

**Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg**
University of Applied Sciences

**Bericht des Rektors
für das Studienjahr
2008/2009**

dem Hochschulrat und dem Senat
im Januar 2010 vorgelegt

Hochschule für öffentliche Verwaltung
und Finanzen Ludwigsburg

Reuteallee 36
71634 Ludwigsburg

Tel.: 07141 140 521
Fax: 07141 140 544

Internet: www.hs-ludwigsburg.de
E-Mail: maier@hs-ludwigsburg.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	6
1 Bericht des Rektorats	8
1.1 Hochschulpolitik	8
1.1.1 Entwicklung der Fachhochschulen in Baden-Württemberg	8
1.1.2 Landesprogramm „Hochschule 2012“	9
1.1.3 Dienstrechtsreform	9
1.2 Entwicklung der Hochschule	10
1.2.1 Zehnjähriges Bestehen der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg	10
1.2.2 Rektorat	15
1.2.3 Aus der Arbeit des Hochschulrats	16
1.2.4 Aus der Arbeit des Senats	16
1.2.5 Fakultäten und Studiengänge	18
1.2.6 Weiterarbeit als ECOfit-Hochschule	18
1.2.7 Gebäudebetrieb und räumliche Situation	19
1.2.8 Personalstruktur	19
1.2.9 Einführung der W-Besoldung	20
1.2.10 Struktur- und Entwicklungsplanung	20
1.2.11 Rechnungshof	22
1.3 Öffentlichkeitsarbeit	23
1.3.1 Pressearbeit/Publikationen/Hochschulzeitung DIALOG	23
1.3.2 Werbung für einzelne Studiengänge	24
1.4 Verein der Freunde	25
1.4.1 Zahl der Mitglieder	25
1.4.2 Finanzielle Zuwendungen an die Hochschule	25
1.4.3 Auszeichnung der Preisträger	25
1.4.4 Sonstige Aktivitäten	25
1.4.5 Studienreise	26
1.5 Hochschuleinrichtungen	26
1.5.1 Informationszentrum	26
1.5.2 Rechenzentrum	27
1.5.3 Bibliothek	28
1.6 Aufbau von Bachelor-Studiengängen im Ausbauprogramm des Landes Hochschule 2012	30
1.6.1 Bachelorstudiengang E-Business und E-Government	30
1.6.2 Bachelorstudiengang Bildungswissenschaft – Lebenslanges Lernen	31
1.7 Master-Studiengänge	31
1.7.1 Masterstudiengang „Europäisches Verwaltungsmanagement – EU“	31
1.7.2 Masterstudiengang Public Management	35
2 Berichte der Hochschulabteilungen	37
2.1 Finanzen, Controlling, Organisation und Bauangelegenheiten	37
2.1.1 Finanzen	37
2.1.2 Controlling	40
2.1.3 Organisation	40
2.1.4 Bauangelegenheiten	40
2.2 Personal, Studierendenverwaltung	41
2.2.1 Personalstruktur (Lehrkörper, Verwaltungspersonal)	41
2.2.2 Personelle Veränderungen	42

2.3	Prüfungsamt	43
2.3.1	Aufgaben des Prüfungsamtes	43
2.3.2	Bachelorumstellung im Prüfungswesen	45
2.3.3	Zwischen- und Staatsprüfungen 2002 – 2009 (Fakultät I)	47
2.3.4	Zwischen- und Staatsprüfungen 2002 – 2009 (Fakultät II)	50
3	Berichte der Fakultäten	53
3.1	Fakultät I – Management und Recht	53
3.1.1	Struktur, Organisation	53
3.1.2	Studiengänge: Diplom-, Bachelor-, Master-, Kontaktstudiengänge	53
3.1.3	Lehrpersonal	54
3.1.4	Export und Import von Lehrleistungen und Internationalität	54
3.1.5	Verzahnung von Theorie und Praxis / Zusammenarbeit mit Praxisstellen	55
3.1.6	Studiengang Gehobener Verwaltungsdienst (Innenverwaltung)	55
3.1.7	Studiengang Allgemeine Finanzverwaltung	56
3.1.8	Studiengang Sozialversicherung	57
3.2	Fakultät II	57
3.2.1	Studiengang Steuerverwaltung	57
3.2.2	Bachelorisierung	58
3.2.3	Lehrversorgung	58
3.2.4	Export von Lehrleistungen und Internationalität	59
3.2.5	Verzahnung von Theorie und Praxis	59
3.2.6	Qualität der Lehre	60
3.2.7	Prüfungsergebnisse, Übernahmesituation für Studierende	61
3.2.8	Rückblick und Ausblick	61
4	Forschung und Entwicklung	62
4.1	EU-Research Project "Mandie - Managing District Centres in North West Europe"	62
4.2	Forschungsprojekt Green IT! Effizienter und nachhaltiger IT-Einsatz	62
4.3	Verwaltungsmodernisierung durch Europäisierung? Die Europäische Dienstleistungsrichtlinie als Veränderungskatalysator für eine Verwaltung im Wandel	63
4.4	Projekt Online Dokumente BGB	63
4.5	Projekt zur Entwicklung von Schlüsselqualifikationen	63
4.6	One Stop Europe 2009 - Internationale Konferenz zum Thema Electronic Public Management	64
4.7	Forschungsprojekt zu Scientology	65
4.8	Forschungsstelle für Personal- und Arbeitsrecht	66
4.9	Institut für angewandte Forschung (in Gründung)	68
5	Weiterbildung	69
5.1	Kontaktstudium für Führungskräfte der Justiz	69
5.2	Anpassungsfortbildung Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen	69
5.3	Kontaktstudium Kommunaler Bilanzbuchhalter	70
6	Internationale Beziehungen der Hochschule	71
6.1	Akademisches Auslandsamt	71
6.2	Partnerschaften mit Hochschulen und Institutionen im Ausland	72
6.3	Internationales Forum für öffentliche Verwaltung und Management	72
6.4	International Advisory Board der Universität Budapest	73
6.5	Aktivitäten im Rahmen der bilateralen Kooperationen	73

6.5.1	Seminare für Studierende	73
6.5.2	Praktika für Studierende	74
6.5.3	Veranstaltungen für Professoren	74
6.5.4	Weitere Projekte	75
6.6	Besuche an der HVF	75
6.7	Sitzungen des Senatsausschusses	76
6.8	Sonstige Veranstaltungen	76
6.9	DAAD	76
6.10	Erasmus	77
6.11	Walter-Hallstein-Programm im Baden-Württemberg STIPENDIUM	77
7	Qualitätssicherung	78
7.1	Qualitätsmanagement	78
7.1.1	Leitbild	78
7.1.2	Ausbau des Qualitätsmanagementsystems	78
7.2	Evaluation	79
7.2.1	Grundsätze	79
7.2.2	Lehrevaluation	80
7.2.3	Dozentenbefragung	80
7.2.4	Studienanfängerbefragung	81
7.2.5	Studierendenbefragung zu den allgemeinen Studienbedingungen	81
7.2.6	Absolventenbefragung	82
7.2.7	Verwaltungsmitarbeiterbefragung	82
8	Bericht der Gleichstellungsbeauftragten	83
8.1	Statistik Studienjahr 2008/2009	83
8.2	Eigene Aktivitäten der beiden Gleichstellungsbeauftragten	85
8.3	Kommissionsarbeit	86
9	Berichte der Senatsbeauftragten	87
9.1	Ethik	87
9.2	Didaktik- und E-Learning	88
9.2.1	Hochschuldidaktische Grundlagenkurse für Lehrbeauftragte	88
9.2.2	Themenveranstaltungen für Professoren, Professorinnen und Lehrbeauftragte	88
9.2.3	Teilnahme ans auswärtigen Veranstaltungen	88
9.2.4	E-learning	89
9.3	Hochschulsport	89
10	Jahresbericht LIP – Projekte 2008/2009	90
10.1	LIP – Projekt GEMEINDEHAUSHALTSANALYSEN in Kooperation mit der IHK Stuttgart und weiteren IHKs	90
10.2	LIP – Projekt BÜRGERMEISTERKANDIDATEN- SEMINAR	91
10.3	LIP – Projekt SEMINAR "Der Vertragsschluss nach Bürgerlichem Recht"	91
11	Statistiken	92
11.1	Entwicklung der Studierendenzahlen	93
11.2	Entwicklung der Zahl der Lehrbeauftragten	95
12	Anlagen	96
12.1	Professoren	96

12.2	Ehrensensator	99
12.3	Honorarprofessoren	99
12.4	Professoren im Ruhestand	100
12.5	Mitglieder des Hochschulrats	102
12.6	Mitglieder des Senats	103
12.7	Organigramm der Hochschule	104
13	Schlussbemerkung und Dank	105

Vorwort

Mit dem Rechenschaftsbericht für den Zeitraum des Studienjahrs 2008/09 berichtet der Rektor, wie die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg im Berichtszeitraum vom 1. September 2008 bis 31. August 2009 ihre Aufgaben erfüllt hat. Nach § 16 Abs. 6 des Landeshochschulgesetzes (LHG) legt der Rektor dem Hochschulrat Rechenschaft über die Erfüllung der Aufgaben der Hochschule ab. Dem Senat erstattet er Bericht. Zu den Aufgaben zählen nach § 2 LHG die anwendungsbezogene Lehre und Weiterbildung, Forschung und Entwicklung, soziale Förderung und Beratung der Studierenden sowie ihre Unterstützung beim Übergang in das Berufsleben, die Förderung der Verbindung zu den Absolventen, internationale Hochschulzusammenarbeit sowie das Zusammenwirken mit anderen Hochschulen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen. Der Rechenschaftsbericht enthält außer dem Bericht des Rektors auch die Berichte der Prorektoren, des Kanzlers, der Dekane, der Gleichstellungsbeauftragten, der Leiter der zentralen Einrichtungen und der sonstigen Beauftragten über die Arbeit in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen.

Am 1. September 2009 jährte sich zum 10. Mal der Gründungstag, an dem aus der Fusion der Hochschule für öffentliche Verwaltung und der Hochschule für Finanzen die heutige Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg hervorging. Die Ergebnisse der zurückliegenden Schaffensperiode der Hochschule Ludwigsburg haben zu hohem Ansehen und breiter Akzeptanz in der Verwaltung und in der Öffentlichkeit geführt. Zehn Jahre Hochschule bieten nicht nur Anlass, den Blick mit Stolz zurück auf das Erreichte zu lenken. Es stellt sich bei einem solchen Anlass auch die Frage nach den Zukunftsperspektiven der Ausbildung für den öffentlichen Sektor. Es ist davon auszugehen, dass die öffentlich Bediensteten in Staat und Kommunen auch in den nächsten Jahrzehnten dringend benötigt wird, selbst wenn sich die Anforderungen an die staatlichen und kommunalen Träger aus den verschiedensten Gründen ändern. Ohne wissenschaftlich und praxisnah ausgebildete Mitarbeiter vermag der öffentliche Dienst nicht die Leistung zu erbringen, die der Bürger zu Recht von ihm erwarten darf. Wie schon bei der Gründung der Vorgängerhochschulen in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts zu Recht erkannt wurde, ist dies nur im Rahmen einer qualitativ guten Hochschulausbildung möglich. Es gilt, weiterhin die Voraussetzungen für ein durch Qualität und Praxisbezug gleichermaßen ausgewiesenes Verwaltungsstudium zu gewährleisten. Die öffentliche Verwaltung braucht wissenschaftlich qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die gehobene Sachbearbeitung und das mittlere Management ebenso wie Führungspersönlichkeiten mit entsprechenden Fach- und Methodenkompetenzen. Beides wird durch die an der Hochschule eingerichteten Bachelor- und Masterstudiengänge gewährleistet.

Die Hochschule ist dabei, ihren Platz im baden-württembergischen Wissenschaftssystem zu festigen. Seit Jahren zeichnet sich ab, dass die interne Struktur der Hochschule die weitere Entwicklung hemmt. Zwar werden zahlenmäßig zunehmende Pensionierungen von Verwaltungsbeamten in absehbarer Zeit zu mehr Neueinstellungen führen. Aber tendenziell schrumpfen die Kernverwaltungen der öffentlichen Hand durch weiteren Aufgabenabbau. Privatisierungen traditionell staatlicher Aufgaben verkleinern die Berufsfelder der Beamenschaft. Für den breiter werdenden privatrechtlich organisierten Sektor und für neue Bedürfnisse der Gesellschaft haben die Hochschulen für den öffentlichen Dienst noch kein ausreichendes Angebot. Durch neue Studiengänge mit sinnvoller Kombination aus juristischer, betriebswirtschaftlicher und managementbezogener Qualifikation – sei es im Bildungs-, Sozial-, Umwelt- oder Technikbereich - kann der halbstaatliche, halbkommunale und private Bedarf sinnvoll abgedeckt werden. Von dieser überfälligen Öffnung wird die Zukunft der Hochschule abhängen.

Die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen ist schon heute ein Kompetenzzentrum für den öffentlichen Sektor in den Bereichen Studium und Ausbildung, Weiterbildung, Forschung, Wissenstransfer sowie internationale Vernetzung und Europakompetenz. Studium und Ausbildung sind stets zukunftsorientiert, da sie auf eine Tätigkeit vorbereiten, die weit später liegt. Wir wollen weiterhin unsere Aufgaben gewissenhaft erfüllen und ein Studium anbieten, das die Beschäftigten befähigt, den Anforderungen des öffentlichen Sektors auch in den nächsten Jahrzehnten gerecht zu werden. Herausragende Vorhaben, die im Struktur- und Entwicklungsplan unserer Hochschule bis 2011 dargestellt sind, sind die Implementierung neuer Bachelor- und Masterstudiengänge, die darauf bezogene Teilhabe an einschlägigen Förderprogrammen des Landes und des Bundes, die Kooperation mit anderen Hochschulen im nationalen und internationalen Kontext, der Ausbau der Weiterbildungsangebote, die Verstärkung der Forschung und Entwicklung sowie die Einrichtung eines umfassenden Qualitätsmanagementsystems an der Hochschule.

Der vorliegende Rektorbericht stellt die Entwicklungen in der gesamten Hochschule dar, die auf der engagierten Mitwirkung aller Hochschulangehörigen beruhen. Allen Beteiligten sei gedankt, die zur Aufgabenerfüllung beitragen und die Hochschule voranbringen. Die Anforderungen an Lehrende, Studierende und Mitarbeitende nehmen stetig zu. Eine Konstante im Wandel ist das unablässige Ringen der Professorinnen und Professoren um eine qualitativ hochwertige Ausbildung der Studierenden sowie um Fortschritte in der Forschung und Weiterbildung. Die Lehrbeauftragten bringen ein hohes Maß an Idealismus und ihre fundierte berufliche Erfahrung ein, die für unsere praxisorientierte Hochschulausbildung unerlässlich ist. Mein herzlicher Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die ihre Aufgaben in der Hochschulverwaltung, in den Abteilungen, Sekretariaten, Dekanaten und Zentralen Einrichtungen trotz enormer Belastung und häufigem Zeitdruck hervorragend erfüllen.

Ich bedanke mich bei allen, die bereit sind, Verantwortung in der Hochschulselbstverwaltung zu übernehmen. Dies gilt auch für die Studierenden im AStA, StuRa und AESPA sowie in den Hochschulgremien. Ihre Dialogbereitschaft und ihr Engagement tragen mit dazu bei, dass die Studienbedingungen passgenau gestaltet und fortentwickelt werden können.

Ganz herzlich bedanken möchte ich mich auch bei meinen Kollegen im Rektorat und bei den Rektoratssekretärinnen. Auch die Dekanate und Fakultäten haben die vielen und noch wachsenden Aufgaben angepackt und sehr konstruktiv mit dem Rektorat zusammengearbeitet. Die großen Umstrukturierungen und die Umstellung auf die Bachelorstudiengänge haben allen Fakultätsmitgliedern viel zusätzliches Engagement abverlangt. Die vielen Sitzungen und Besprechungen sowie die zahlreichen Veranstaltungen und Kontakte der Hochschule fordern einen hohen Einsatz.

Es ist diese Einsatzbereitschaft ihrer Mitglieder, welche die Grundlage für den guten Ruf der Hochschule für Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg bildet. Ich wünsche uns allen auch in Zukunft die Kraft und die Entschlossenheit, unsere Hochschule weiter voran zu bringen.

Schließlich danke ich auch den Vertretern der Ministerien, der Verwaltungen und Kommunen und der Ausbildungsbehörden. Die gute Zusammenarbeit mit ihnen in der Gestaltung und Durchführung unserer Studiengänge prägt unser Profil als wissenschaftliches Kompetenzzentrum für den gesamten öffentlichen Sektor entscheidend mit.

Ludwigsburg, im Dezember 2009

Walter Maier

1 Bericht des Rektorats

Rektor Prof. Walter Maier

1.1 Hochschulpolitik

1.1.1 Entwicklung der Fachhochschulen in Baden-Württemberg

Die HVF Ludwigsburg ist Mitglied in der Rektorenkonferenz der Fachhochschulen in Baden-Württemberg und beteiligt sich mit Nachdruck an dem gemeinsamen Plan, die Wettbewerbsposition der Fachhochschulen zu stärken. Die bislang beschrittenen erfolgreichen Pfade der Hochschulen sollen weiter ausgebaut, tragfähiger gemacht und für die anstehenden Zukunftsaufgaben vorbereitet werden. In einem gemeinsamen Eckpunktepapier wurden nach einem Abstimmungsprozess innerhalb der RKF und mit dem Wissenschaftsministerium die Grundlagenpositionen für die strategische und zukunftsorientierte Weiterentwicklung der Hochschulart Fachhochschule formuliert. Diese Entwicklung ist für die HVF Ludwigsburg besonders bedeutsam, weil sie selbst ihren Standort im baden-württembergischen Hochschulsystem festigen und ausbauen muss.

Die Fachhochschulen in Baden-Württemberg, seit den 80er Jahren Aushängeschild und Erfolgsmodell baden-württembergischer Hochschulpolitik, sind national und international anerkannte Hochschulen mit Spitzenleistungen in Lehre und Forschung. Die Hochschulpolitik hat jedoch die Weiterentwicklung der Fachhochschulen in den letzten Jahren ausgeblendet. Während im Jahr 2007 der Schwerpunkt im *Ersten Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform (EFRUG)* auf der Neuordnung der Personalkategorien in den Universitäten lag, befasste sich das *Zweite Gesetz (ZHFRUG)* in erster Linie mit der Einführung der Dualen Hochschule. Die Aufwertung dieser dritten Säule der Hochschulstruktur mit einem den FHn sehr ähnlichen Profil führt in Baden-Württemberg zu einer bundesweit einmaligen Parallelität, Konkurrenzsituation und Zersplitterung der Ressourcen. Die gesetzliche Unterscheidung zwischen den Hochschularten ist an vielen Gesetzesstellen im Sinne des Bologna-Prozesses weder sinnvoll noch zeitgemäß und behindert die wettbewerbliche „Binnendifferenzierung“ der Hochschulen.

Das Landeshochschulgesetz (LHG), das bisher häufig zwischen den verschiedenen Hochschularten differenziert und damit privilegierend beziehungsweise diskriminierend wirkt, soll entsprechend geändert werden. Das LHG schränkt die Spielräume für eine zielorientierte und profilstärkende Entwicklung der Hochschulen unnötig ein. Die FHn fordern daher von der Landesregierung ein hochschulpolitisch mutiges Handeln, das Freiräume schafft und Handlungszwänge konsequent abbaut. Neben Studium, Lehre und Forschung soll vor allem das Handlungsfeld *Autonomie der Hochschule* zur Verbesserung der Rahmenbedingungen angegangen werden. Wissenschaftsminister Prof. Dr. Frankenberg gab dem Diskurs über die Weiterentwicklung der FHn durch den Vorschlag zur Umbenennung in *Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW)* einen wichtigen Impuls. Für die Änderung des Namens der Hochschulen spricht, dass der Begriff *HAW* im nationalen und internationalen Sprachgebrauch längst etabliert ist und die Aufgabe der FHn im bildungspolitischen Gefüge gut widerspiegelt. Der Begriff weist zugleich zukunftsorientiert das weitere Entwicklungspotenzial der FHn in Richtung anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung aus.

Die HVF Ludwigsburg ist bisher nicht wie die übrigen Fachhochschulen in § 1 Abs. 1 Nr. 4 LHG namentlich genannt, sondern lediglich in § 1 Abs. 6 LHG n.F. zusammengefasst mit den anderen verwaltungsinternen Hochschulen (Kehl, Schwetzingen, Villingen-Schwenningen) als „die nach § 69 LHG errichteten Hochschulen für den öffentlichen Dienst“ erwähnt. Ein Antrag der Hochschulen Ludwigsburg und Kehl im Zuge der Anhörung zum Gesetzgebungsverfahren des ZHFRUG, namentlich genannt zu werden, war erfolglos. Die Bestimmung des § 1 Abs.1 Nr. 5 LHG a.F. wurde un-

rändert als § 1 Abs. 1 Nr.6 LHG n.F. übernommen und die „Duale Hochschule Baden-Württemberg“ in § 1 Abs. 1 Nr. 5 LHG n.F. neu eingefügt. Für die HVF Ludwigsburg wird es jetzt darauf ankommen, dass die geplante gesetzliche Namensänderung nicht wieder an ihr vorbei geht. Ziel wird es sein, die gesetzliche Namensänderung der FHn in „Hochschulen für angewandte Wissenschaften“ auch im eigenen Hochschulnamen nachzuvollziehen und dies ebenso wie die übrigen FHn im LHG gesetzlich verankert zu erhalten.

1.1.2 Landesprogramm „Hochschule 2012“

Minister Prof. Dr. Frankenberg stellte in einem Gespräch mit den Rektoren der Hochschulen Ludwigsburg und Kehl im Landtag am 11.12. 2008 fest, dass es kein Junktim zwischen der Evaluation der Hochschulen in den Jahren 2010/11 und der zwischenzeitlichen Einrichtung neuer Studiengänge gibt. Damit ist die Möglichkeit der Beteiligung an den Förderprogrammen des Landes eröffnet. Die Hochschulen Ludwigsburg und Kehl baten das MWK um Aufnahme in den Verteiler des Landesprogramms und um Zusendung der aktuellen Ausschreibungsunterlagen. In der zweiten Stufe des Landesprogramms *Hochschule 2012* stellte die HVF Ludwigsburg daraufhin einen Antrag auf Förderung der Beteiligung an dem Bachelorstudiengang *Bildungswissenschaft/Lebenslanges Lernen* zusammen mit der PH Ludwigsburg. Eine Entscheidung über ihren Antrag ist der Hochschule noch nicht zugegangen. In der dritten Stufe des Landesprogramms soll im Frühjahr 2010 der Antrag auf Förderung des Bachelorstudiengangs *E-Business und E-Government* gestellt werden.

1.1.3 Dienstrechtsreform

Die Föderalismusreform wirkt sich auch auf die Hochschulen aus. Die Rahmengesetzgebung des Bundes ist aufgehoben, und der Hochschulbereich ist in die alleinige Verantwortung der Länder gestellt. Die Federführung bei der Umsetzung Land Baden-Württemberg obliegt dem Staatsministerium. Die Dienstrechtsreform verändert die beamtenrechtliche Situation in Bezug auf Laufbahnvoraussetzungen und Aufstieg. Die Hochschulen für den öffentlichen Dienst beteiligten sich an der Diskussion mit eigenen Vorschlägen, die von einer Arbeitsgruppe der Rektoren der FHÖD unter Leitung von Rektor Prof. Maier ausgearbeitet wurden:

- Die gegenseitige bundesweite Anerkennung der Laufbahnbefähigungen und der Hochschulabschlüsse zwischen den Ländern und zwischen dem Bund und den Ländern ist auch zukünftig unabdingbar notwendig. Die gegenseitige Anerkennung muss in die jeweiligen rechtlichen Bestimmungen aufgenommen werden. Sie dient der Sicherung und Förderung der Mobilität und Flexibilität des Personals im öffentlichen Dienst, aus Sicht der Hochschulen vor allem auch der Sicherung der Qualität der Abschlüsse und der Sicherung der Auswahlmöglichkeiten der Studierenden zwischen den Hochschulen.
- Zugangsvoraussetzung zu den Laufbahnen des gehobenen und höheren Dienstes oder vergleichbarer Laufbahnen soll mindestens ein akkreditierten Bachelor- oder Masterabschluss (oder ein gleichwertiger Hochschulabschluss) und ein in das Studium integrierter oder nachgeschalteter Vorbereitungsdienst sein. Auf den Vorbereitungsdienst soll verzichtet werden, wenn das Hochschulstudium die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Methoden sowie die berufspraktischen Fähigkeiten und Kenntnisse vermittelt, die zur Erfüllung der Aufgaben in der Laufbahn erforderlich sind.
- Die Einbindung der abnehmenden Dienstherrn in die Gestaltung von Studium und Ausbildung ist unverzichtbar. Die Stärke der Hochschulen für den öffentlichen Dienst liegt in der Berufsfähigkeit ihrer Absolventinnen und Absolventen. Die Berufsfähigkeit wird insbesondere auch durch die berufspraktischen Studienzeiten gewährleistet, die integraler Bestandteil des Gesamtstudiums sind. Die enge Verzahnung von fachtheoretischem und fachprak-

tischem Studium stellt sicher, dass die Kompetenzen, Inhalte und Veränderungen in und aus der Praxis unmittelbar erkannt und einbezogen werden können.

1.2 Entwicklung der Hochschule

1.2.1 Zehnjähriges Bestehen der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg

Das zehnjährige Jubiläum unserer Hochschule gibt Anlass zu einem kurzen Überblick über die Entstehungsgeschichte der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg.

1.2.1.1 Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Stuttgart/Ludwigsburg

Als die Bildungsreform der 70er Jahre zur Schaffung von Fachhochschulen und zur Hochschulausbildung des öffentlichen Dienstes führte, nahm zum 1. April 1973 als eine der ersten Verwaltungshochschulen im Bundesgebiet die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung mit Sitz in Stuttgart mit den Studiengängen *Gehobener Verwaltungsdienst* und *Rentenversicherung* die Arbeit auf. Beschlüsse des Ministerrats brachten der Hochschule im Jahr 1980 zwei neue Studiengänge, nämlich den Studiengang Allgemeine Finanzverwaltung und den Studiengang Wissenschaftliches Bibliotheks- und Dokumentationswesen. Letzterer wurde 1984 der Hochschule für Bibliothekswesen angegliedert. Schließlich übernahm die Hochschule 1981 das Fachstudium Verwaltungswissenschaften für die in Baden-Württemberg auszubildenden Anwärter des gehobenen Archividienstes. 1984 wurde die Fachhochschule auf Beschluss der Landesregierung nach Ludwigsburg verlegt.

1.2.1.2 Fachhochschule für Finanzen Baden-Württemberg

Zum 1.9.1977 wurde an der Landesfinanzschule Baden-Württemberg der Studiengang Steuerverwaltung auf Fachhochschulniveau eingerichtet. Der Studiengang ist bundeseinheitlich als verwaltungsinterner Vorbereitungsdienst für den gehobenen Steuerverwaltungsdienst geregelt. Zum 1.1.1979 wurde die Landesfinanzschule zur Fachhochschule für Finanzen Ludwigsburg. Die damalige Hochschule hatte über 1000 Studierende und insgesamt 479 Teilnehmer in der Staatsprüfung. In den Jahren ihres Bestehens verließen die Hochschule mehr als 10 000 Absolventinnen und Absolventen, die sehr gut für ihre beruflichen Aufgaben in der Steuerverwaltung vorbereitet waren, die aber auch über den eigentlichen Bildungsauftrag hinaus stets gute Berufschancen in anderen öffentlichen Bereichen und Organisationen sowie in den steuerberatenden Berufen und in der Privatwirtschaft hatten.

1.2.1.3 Hochschulfusion 1999: HöV + HF = HVF

Die beiden Hochschulen lebten fünfzehn Jahre lang gutnachbarlich unter einem Dach, ohne viel miteinander zu tun zu haben. Dies änderte sich, als die Landesregierung wegen der gesunkenen Studierendenzahlen Überlegungen anstellte, die Hochschulen für öffentliche Verwaltung in Ludwigsburg und in Kehl am Standort Kehl zusammenzulegen. Der Zusammenschluss der bisher selbstständigen, auf ihrem Gebiet anerkannten und erfolgreich arbeitenden Hochschulen erzeugte bei den Betroffenen Irritationen, nicht selten Ängste. Zugleich wurde aber die Tendenz begrüßt, die Verwaltungshochschulen den allgemeinen Fachhochschulen weitgehend gleichzustellen und eine größere, noch leistungsfähigere Hochschule zu schaffen. Nach vielen Verhandlungen innerhalb der Gründungssenate und mit den Ministerien und mit dem Rechnungshof entstand durch Errichtungsverordnung der Landesregierung die Fachhochschule Ludwigsburg - Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen. Die neue Hochschule wurde rechtsfähige Körperschaft und institutionell mit den Bereichen Personal und Haushalt dem Wissenschaftsministerium zugeordnet, das die Aufsicht im Einvernehmen mit den für die jeweilige Laufbahn zuständigen Ministerien

führt. Festgelegt wurde auch, dass entweder der Rektor oder der Prorektor Steuerbeamter sein muss. Die Neugründung ging nicht ohne Geburtswehen vonstatten, zumal zwölf junge hauptamtliche Dozenten des Steuerstudiengangs in die Finanzverwaltung zurückversetzt wurden. Darüber hinaus durften achtzehn Professorenstellen des Studiengangs Gehobener Verwaltungsdienst bei Pensionierung der Stelleninhaber nicht mehr neu besetzt werden. Infolgedessen konnte die Hochschule in den letzten 10 Jahren kaum wissenschaftlichen Nachwuchs berufen, was eine bis heute kaum bewältigte Hypothek aus der Fusion darstellt. Auch das Verwaltungspersonal wurde nach und nach um acht Stellen reduziert.

1.2.1.4 Hochschulstruktur

Der schwierige Prozess der Fusion kann aus heutiger Sicht als gelungen bezeichnet werden. Bereits in der ersten Sitzung des Gründungssenats mit 26 Mitgliedern wurde einstimmig die Zahl der 11 Fachbereiche der alten Hochschulen auf vier Fachbereiche reduziert (Rechtswissenschaften, Wirtschafts-, Sozial- und Kommunalwissenschaften, Finanzen und Sozialversicherung, Steuer- und Wirtschaftsrecht). Die Zusammenarbeit der Hochschulorgane wurde dank der Vernunft und des Engagements aller Beteiligten schnell zur Normalität. Im Jahr 2006 gelang es, auf Grund der Empfehlungen einer vom Senat eingesetzten Arbeitsgruppe die drei Fachbereiche Rechtswissenschaften, Wirtschafts-, Sozial- und Kommunalwissenschaften sowie Finanzen und Sozialversicherung zu einer Fakultät zusammenzulegen und auf diese Weise die Effizienz der Hochschulstruktur zu steigern. Seither weist die Hochschule zwei Fakultäten auf.

Die Hochschule ist zu einem Kompetenzzentrum für den öffentlichen Sektor mit modern ausgerichteten Angeboten in Lehre, Forschung und Weiterbildung geworden. Die HVF erfüllt die institutionellen Kriterien der allgemeinen Hochschulen (Körperschaft, hochschulgemäße Personalstruktur, Wahl der Leitungsorgane auf Zeit). Die Neustrukturierung mit der Verteilung der Zuständigkeiten auf Hochschulrat, Senat, Hochschulleitung und Dekanate hat sich bewährt. Die in den Hochschulrat gesetzte Hoffnung, dass externer und interner Sachverstand im Interesse der Entwicklung der Hochschule zusammen finden, hat sich bestätigt.

Im Bereich der Lehre sind allerdings bis heute die gewünschten Synergieeffekte zwischen den Studiengängen nur begrenzt eingetreten. Dies liegt wesentlich daran, dass die zeitlichen Studienabläufe der Steuerverwaltung und der anderen Studiengänge nicht kompatibel sind. In der Fakultät II Steuer- und Wirtschaftsrecht gibt es keinen Semesterbetrieb wie in den anderen Studiengängen, obwohl dies zulässig wäre. Auch die Abläufe, die in den Studiengängen der alten HöV durch beharrliche Reformarbeit weitgehend harmonisiert waren, sind im Zuge der Bachelorreform zum Teil wieder auseinander gerückt. Der Studienablauf im Studiengang Gehobener Verwaltungsdienst wurde so verändert, dass studiengangübergreifende Veranstaltungen im Wahlpflichtfächern, Seminaren und Sprachkursen nicht die Regel werden konnten. Die Synergieeffekte zwischen den Studiengängen zu stärken, bleibt deshalb auch eine Aufgabe für die nächste Studienreform, die im Jahr 2011 nach Abschluss der ersten Bachelorjahrgänge ansteht.

1.2.1.5 Änderung des Hochschulnamens

Im Jahr 2008 wurde der Name unserer Hochschule in „Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg“ geändert. Dies geht auf die Änderung der Errichtungsverordnung durch die Landesregierung vom 17.03.2008 (GBl. S. 102) zurück. Mit der Anpassung der Grundordnung vom 08.07.2008 haben Hochschulrat und Senat die satzungsmäßigen Folgerungen für die Hochschule gezogen. Im Landeshochschulgesetz war zuvor bei den anderen Hochschulen der Begriff „Fachhochschule“ durch „Hochschule“ ersetzt worden. Diese gesetzliche Änderung konnte für die HVF Ludwigsburg leider nicht erreicht werden (vgl.1.1.1 a.E.).

1.2.1.6 Studienangebote für den öffentlichen Dienst

Bekanntlich enthält unser Leitbild unter dem Titel „*Neue Studiengänge*“ das Ziel: „*Die Hochschule entwickelt zeitnah neue Studien- und Weiterbildungsangebote für den öffentlichen Sektor.*“ Aufgrund des Landtagsbeschlusses, „*die Errichtungsverordnung so zu ändern, dass neue Studiengänge bedarfsorientiert zugelassen werden, die auch externen Bewerbern offen stehen*“, wurde § 2 Abs. 6 ErrVO entsprechend neu gefasst. Mit der Zulassung neuer Studiengänge für den öffentlichen Dienst erfüllt sich das seit langem verfolgte Anliegen der Hochschule, selbstständig oder in Kooperation mit anderen Hochschulen weitere Bachelor- und Masterstudiengänge einzurichten. Damit wurde die normative Basis für die geplanten, im Struktur- und Entwicklungsplan der Hochschule enthaltenen neuen Studiengänge gelegt.

1.2.1.7 Bologna-Prozess

Der Bologna-Prozess schafft einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum und verursacht tief greifende Veränderungen in Studium, Lehre und Qualitätssicherung. Ein Meilenstein war auch in der HVF Ludwigsburg die Umstellung vom einstufigen Diplom auf das zweistufige Bachelor- / Mastersystem.

- Zum 1.10.2007 begann der Steuerstudiengang in Ludwigsburg als erster im ganzen Bundesgebiet mit dem Studium zum Bachelor of Laws (LL.B.). Kurze Zeit später folgten die Studiengänge Innenverwaltung, Rentenversicherung und Allgemeine Finanzverwaltung mit dem Bachelor of Arts (B.A.). Alle in Zusammenarbeit mit der Fachpraxis neu entwickelten Bachelorstudiengänge wurden durch die Zentrale Evaluationsagentur (ZEVA) erfolgreich akkreditiert.
- Der viersemestrige Masterstudiengang „Europäisches Verwaltungsmanagement“, ein seit dem Jahr 2001 angebotener Vollzeitstudiengang, wird inzwischen im achten Jahrgang erfolgreich in Kooperation mit der Hochschule Kehl betrieben und ist für weitere sieben Jahre bis zum 31.08.2016 reakkreditiert worden. Die Absolventen haben hervorragende Berufschancen sowohl in supranationalen Organisationen als auch im nationalen Bereich in den Europaabteilungen der Ministerien, Behörden, Städte, Verbände und der großen Privatunternehmen.
- Seit 1998 wird in Kooperation mit der PH Ludwigsburg der Magister- bzw. Masterstudiengang Kulturmanagement durchgeführt, in dem zeitweise die Hälfte der Studierenden aus Absolventen der HVF Ludwigsburg bestand.
- Seit 2002 führt die Hochschule in Zusammenarbeit mit dem Justizministerium unter Leitung von Prorektor Prof. Dr. Hopp ein Kontaktstudium zur Weiterbildung der Führungskräfte der Justiz im Bereich der Neuen Steuerungsinstrumente durch.
- Seit 2008 werden überdies auf Initiative von Prorektor Prof. Rieth und anderer Kollegen Kontaktstudien auf den Gebieten „Neues kommunales Haushalts- und Rechnungswesen“ (NHKR) und „Kommunaler Bilanzbuchhalter“ angeboten. Beide Studienangebote erfreuen sich einer ausgezeichneten Nachfrage bei den Kommunen, die bis zum Jahr 2016 ihr Haushaltswesen von der Kameralistik auf die Doppik umstellen müssen.
- Die Hochschulen Ludwigsburg und Kehl entwickeln derzeit gemeinsam mit der Fachpraxis den Masterstudiengang „Public Management“. Pate steht die Erkenntnis, dass die Anforderungen an Führungskräfte steigen und neue interdisziplinäre Handlungsstrategien erfordern. Nach mehreren Besprechungen im Innenministerium und an den Hochschulen Ludwigsburg und Kehl erklärten sich die kommunalen Spitzenverbände bereit, die Hochschulen

bei der Durchführung des Masterstudiengangs Public Management finanziell zu unterstützen. Das Kabinett verabschiedete ein entsprechendes Eckpunktepapier. Beide Hochschulen arbeiten gemeinsam daran, dass der Masterstudiengang akkreditiert und im Oktober 2010 mit je einer Studiengruppe an jeder Hochschule beginnen wird. Schwerpunkt sind die Führungskompetenzen für Leitungsfunktionen im öffentlichen Sektor. Zielgruppen sollen Bewerber mit mindestens zweijähriger Berufspraxis aus dem Bereich der eigenen Bachelorstudiengänge, aber auch Quereinsteiger und nach Möglichkeit auch Techniker sein.

- Auch für den Master of Taxation werden seit längerem in der Fakultät II Vorarbeiten geleistet. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass in der Dienstrechtsreform die Voraussetzungen geschaffen werden, den Masterabsolventen die entsprechenden Laufbahnperspektiven zu eröffnen.
- Weitere Kooperationen mit der PH Ludwigsburg sind in den Bachelorstudiengängen *Kultur- und Medienbildung* sowie *Bildungswissenschaft / Lebenslanges Lernen* im Gange bzw. geplant.
- Außerdem soll in Kooperation mit einer technischen Hochschule ein Bachelorstudiengang *E-Business und E-Government* eingerichtet werden.

In der derzeitigen Diskussion wird der Bachelorabschluss von der universitären Seite her schlecht geredet. Dies verunsichert die Studierenden im Lande. Der Bologna-Prozess ist nach Auffassung der Hochschule richtig und notwendig. Ein einheitlicher Rahmen für das Studien- und Qualitätssicherungssystem erleichtert bei angemessener Umsetzung den Austausch zwischen Hochschulen im Inland und im Ausland. Junge Menschen können mit dem Bachelor in überschaubarer Zeit einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss erwerben. Mehr als 85% der Absolventinnen und Absolventen finden auch unmittelbar im Anschluss an das Studium eine Stelle. Nach dem ersten Studium können sie eine Berufstätigkeit aufnehmen oder ein Masterstudium beginnen, entweder konsekutiv im gleichen Fach, nicht-konsekutiv in einem anderen Fachgebiet oder berufsbegleitend. Während die Unistudenten auf die Straße gehen, sind die FH-Studenten weitgehend zufrieden. Die Hochschule sieht dennoch an einigen Stellen Korrekturbedarf:

- In den Curricula muss ausreichend Zeit für eine kritische Reflexion der Studieninhalte eingeplant werden.
- Der Praxisbezug des Studiums soll besonders herausgestellt werden.
- Aufenthalte an anderen Hochschulen im In- und Ausland sollen ohne Zeitverlust möglich sein.
- Der Prüfungsaufwand soll auf das notwendige Maß reduziert werden. Module sollen nach Möglichkeit zusammengefasst werden. In einem Modul soll i.d.R. nur noch eine Prüfung stattfinden. Gemeinsame Prüfungen mehrerer Module sollen ermöglicht werden. Studienbegleitende Prüfungen sollen auch mit einer Abschlussprüfung kombiniert werden können.
- Die gegenseitige Anerkennungspraxis zwischen Hochschulen soll nicht auf Studieninhalte, sondern auf die wesentlichen erlangten Kompetenzen abstellen.

An unserer Hochschule führte die Modularisierung des Studiums mit der Betonung von fachlichen, methodischen und persönlichen Kompetenzen zu einer Qualitätssteigerung. Die Umstellung auf das Bachelor/Master-System war leichter als an anderen Hochschulen:

- Das Studium dauerte schon als Diplomstudium sechs Semester, so dass keine Studienverkürzung eintrat.
- Der Praxisbezug des dualen Studiums im Wechsel zwischen Hochschule und Fachpraxis war schon bisher das Markenzeichen der Ausbildung.
- Die Berufsaussichten sind nach wie vor hervorragend und werden sich durch die Altersabgänge in der Verwaltung voraussichtlich weiter verbessern.

- Die besondere Chance des Bologna-Prozesses für die Fachhochschulen, die Einrichtung von Masterstudiengängen, wurde schon früh erfolgreich genutzt. Der Masterstudiengang Europäisches Verwaltungsmanagement ist schon seit dem Jahr 2001 erfolgreich akkreditiert und inzwischen bis zum Jahr 2016 reakkreditiert.
- Im Jahr 2010 wird ein Master Public Management angeboten, der nach zweijähriger Berufstätigkeit berufsbegleitend in fünf Semestern studiert werden kann.

Selbstverständlich gibt es auch an unserer Hochschule nach dem ersten Durchlauf des Bachelorstudiums Vorschläge zur weiteren Verbesserung, die laufend in den zuständigen Gremien diskutiert und bearbeitet werden. Diese Vorschläge werden auch Gegenstand des anstehenden Evaluierungsverfahrens durch die Evalag Baden-Württemberg sein.

1.2.1.8 Studierendenzahlen, Zulassungsverfahren

Im Jahr 2007 wurde den Hochschulen Ludwigsburg und Kehl die Zulassung für den Bachelorstudiengang Gehobener Verwaltungsdienst – Public Management übertragen. Seither sind Zulassungsvoraussetzungen zum Studium neben den Schulabschlussnoten die Ergebnisse des Studierfähigkeitstests und die Vorlage eines Ausbildungsvertrages, der aufgrund eines Einstellungsgesprächs bei einer Ausbildungsstelle in der Praxis abgeschlossen wird. Beginn der Bewerbungsfrist ist der 1. April. Der Bewerbungsschluss erfolgt am 1. Oktober. Im Juli wird die Zulassungszahl durch das Innenministerium im Einvernehmen mit dem MWK festgelegt.

Die Zulassungstests werden ab September landeseinheitlich an den beiden Hochschulen durchgeführt. Die Testdauer beträgt ca. drei Stunden. Der Test besteht aus vier Teilen: Diktat, Mathematik (Textaufgaben, Grafiken), Konzentrationstest, Intelligenz-Basisfaktoren-Test. Die programmgesteuerte Testauswertung führt zu einer automatischen landesweiten Rangliste. Die Auswahlrangliste wird je zur Hälfte nach Schulnoten und nach Testergebnis erstellt. Ab November werden die vorläufigen Zulassungen von den Hochschulen an die Bewerber verschickt, damit sich diese bei einer Ausbildungsstelle ihrer Wahl bewerben können. Die Auswahlentscheidung der Ausbildungsstelle wird aufgrund eines persönlichen Gesprächs getroffen und der Hochschule mitgeteilt. Im Januar des Folgejahres läuft die erste Frist für die Auswahl der Bewerber durch die Ausbildungsstellen ab. Aufgrund des Nachweises einer Praxisstelle sprechen die Hochschulen die endgültigen Zulassungen aus. Danach werden Nachrückverfahren mit entsprechenden Fristsetzungen durchgeführt. Die Einstellung durch die Ausbildungsstelle erfolgt dann zum 1. September des Folgejahres.

Die Zuständigkeiten der Hochschulen im Zulassungsverfahren und für die Personalverwaltung richten sich grundsätzlich nach dem Hauptwohnsitz in den

- Regierungsbezirken Stuttgart und Tübingen: Ludwigsburg
- Regierungsbezirken Freiburg und Karlsruhe: Kehl.
- außerhalb Baden-Württembergs: je nach Antragseinreichung durch die Bewerber.

Das Verfahren läuft so gut, dass es den anderen Ressorts nur wärmstens zur Nachahmung empfohlen werden kann. Testdemonstrationen fanden unter anderem beim Besuch von MD Tappeser aus dem MWK und bei einer Tagung des LPA des Freistaats Bayern in der Hochschule statt. Die Hochschule Ludwigsburg bringt ihre Erfahrungen in einer landesweiten Arbeitsgruppe zur Entwicklung eines Zulassungsverfahrens ein, das für alle Hochschulen bis zum Jahr 2011 geschaffen werden soll.

	2006	2007	2008
Bewerbungen	2518	2805	2605
am Test teilgenommen	1675	1606	1660
bestanden	1333	1388	1370
nicht bestanden	342	218	290
Termine in LB	27	14	20

1.2.1.9 Internationalität

Unsere Hochschule steht in einem Netzwerk von über einen Dutzend europäischer Verwaltungshochschulen, mit denen ein reger Austausch von Wissenschaftlern und von Studierenden stattfindet. Die Mehrzahl unserer Studierenden absolviert einen Teil ihrer Praktikumszeit im Ausland und erwirbt auf diese Weise interkulturelle Kompetenz auch vor Ort. Mit dem ersten internationalen Partner, der heutigen Corvinus Universität Budapest, begingen wir im April 2009 das 20jährige Jubiläum des intensiven Austauschs zwischen den Hochschulen. Hierzu fand ein festlicher Empfang im Staatsministerium unter Leitung von Staatsminister Prof. Reinhart statt. Die HVF unterhält außerdem Partnerschaften und Kooperationen mit europäischen Hochschulen in Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Spanien, Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Russland, Slowenien sowie außereuropäischen Hochschulen in den USA, China und Usbekistan.

Die HVF ist geschäftsführendes Mitglied des International Forum of Public Administration and Management (IFPAM), das gemeinsame Tagungen zu verwaltungswissenschaftlichen Themen sowie gemeinsame Forschungsprojekte betreibt. Derzeit wird von einigen ausländischen Mitgliedshochschulen zusammen mit der HVF Ludwigsburg ein internationaler Studiengang mit einem Joint Master-Abschluss vorbereitet, der mit Unterstützung der EU-Kommission entwickelt und in englischer Sprache angeboten werden soll. Die Studierenden sollen je nach ihrer Wahl ihr Studium semesterweise an den beteiligten Hochschulen zusammenstellen und einen gemeinsamen Masterabschluss ablegen können.

1.2.2 Rektorat

Das Rektorat der Hochschule Ludwigsburg besteht aus vier Personen.

- Rektor ist Prof. Walter Maier, der seit der Hochschulfusion im Jahr 1999 Prorektor der HVF gewesen war und vor der Fusion die Hochschule für Finanzen geleitet hatte. Die sechsjährige Amtszeit dauert von 01.12.2005 – 30.11.2011.
- Kanzler Walter Veigel, das zweite hauptamtliche Mitglied, ist für die Wirtschafts- und Personalverwaltung verantwortlich (Amtszeit von 28.04.2006– 27.04.2012).
- Prorektor Prof. Dr. Dr. h.c. Helmut Hopp ist für den Studien- und Prüfungsbetrieb, das Qualitätsmanagement, für den Masterstudiengang Europäisches Verwaltungsmanagement, für das Walter-Hallstein-Programm und für Forschung und Entwicklung zuständig (Wiederwahl am 08.10.2008).
- Zum Aufgabengebiet von Prorektor Prof. Wolfgang Rieth. gehören die Organisationsentwicklung, die informationstechnischen Einrichtungen mit dem Vorsitz im Lenkungsausschuss des Informationszentrums, das Controlling, das Zulassungsverfahren und die Leitung des Akademischen Auslandsamts (Wiederwahl am 08.10.2008).

1.2.3 Aus der Arbeit des Hochschulrats

Der Hochschulrat besteht aus neun Mitgliedern, davon fünf externe und vier hochschulinterne Mitglieder; den Vorsitz führt ein externer Vorsitzender. Der Hochschulrat trat im Berichtszeitraum vier Mal zusammen. Die Diskussionen im Hochschulrat verliefen sehr konstruktiv und mit großem Engagement für die Hochschule Ludwigsburg. Die Beschlüsse waren fast immer einstimmig.

25. Sitzung am 15.10.2008

- Bestätigung der Wahl der Prorektoren
- Rechenschaftsbericht des Rektors zum abgelaufenen Studienjahr 2007/08
- Bericht des Rektors zur wirtschaftlichen Lage der Hochschule
- Zustimmung zu der Kooperationsvereinbarung mit der VWA über das Kontaktstudium Kommunalen Bilanzbuchhalter
- Künftige Zusammensetzung des Hochschulrats

26. Sitzung am 28.01.2009

- Wahlen zum Hochschulrat - Besetzung des Auswahlausschusses
- W-Besoldung, Einsetzung eines Personalausschusses des Hochschulrats
- Bericht des Rektors zur wirtschaftlichen Lage die Hochschule im Haushaltsjahr 2008
- Qualitätsmanagement

27. Sitzung am 08.06.2009

- Beschlussfassung zum Haushaltsvorentwurf 2010/11
- Weiterentwicklung der grundständigen Studiengänge, Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzlage
- Kooperationen (Bachelorstudiengang Bildungswissenschaft/Lebenslanges Lernen, Bachelorstudiengang E-Business und E-Government, East European Academic Center)
- Gründung eines Instituts für angewandte Forschung

28. Sitzung am 24.06.2009

- Gemeinsame Sitzung des Hochschulrats und des Senats anlässlich des Besuches des MD Tappesser, MWK
- Zulassungsverfahren im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst
- Weiterentwicklung der Hochschule - neue Studiengänge
- Beteiligung der Hochschule an Förderprogrammen (Hochschule 2012, Hochschule 2020)

1.2.4 Aus der Arbeit des Senats

Der Senat trat im Berichtszeitraum sechs Mal zusammen. Die wichtigsten Beschlüsse betrafen die folgenden Themen:

52. Sitzung am 08.10.2008

- Berichte der Gleichstellungsbeauftragten und der Didaktikbeauftragten
- Wahlen der Prorektoren, der Senatsbeauftragten und des Senatsausschüsse
- Studien- und Prüfungsordnungen für die Studiengänge Allgemeine Finanzverwaltung und Rentenversicherung
- Satzung für das Kontaktstudium Kommunaler Bilanzbuchhalter
- Gebührensatzung
- Berufungsverfahren der Fakultät I
- Wahl des Ehrensensors auf Vorschlag des Rektors

53. Sitzung am 17.12.2008

- Berufungsverfahren der Fakultät II
- Gemeinsame Studien und für den Masterstudiengang Europäisches Verwaltungsmanagement
- Wahlen der studentischen Vertreter
- Verfahren zur Anpassung von Hochschulsatzungen

54. Sitzung am 08.04.2009

- Bachelorordnung Studiengang Steuerverwaltung
- Satzung Honorarprofessoren
- Satzungsentwurf Proseminarordnung
- Wahlperiode der Studierenden

55. Sitzung am 19.05.2009

- Berufungsverfahren Fakultät I
- Evaluationssatzung
- Beratender Senatsausschuss Qualitätsmanagement

56. Sitzung am 24.06.2009

- Gemeinsame Sitzung des Hochschulrats und des Senats anlässlich des Besuches des MD Tappesser, MWK
- Zulassungsverfahren im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst
- Weiterentwicklung der Hochschule - neue Studiengänge
- Beteiligung der Hochschule an Förderprogrammen (Hochschule 2012, Hochschule 2020)
- Studiengebühren

57. Sitzung am 09.07.2009

- Berufungsverfahren Fakultät II
- Planung des Studienjahres 2009/10
- Änderung der Grundordnung
- Wahl von Senatsbeauftragten

1.2.5 Fakultäten und Studiengänge

Die Hochschule besteht aus zwei Fakultäten mit folgenden Studiengängen:

- **Fakultät I Management und Recht**, der die Studiengänge Gehobener Verwaltungsdienst, Rentenversicherung, Allgemeine Finanzverwaltung und Archivare zugeordnet sind,
- **Fakultät II Steuer und Wirtschaftsrecht**, welcher der Studiengang Steuerverwaltung zugeordnet ist.

Weitere Studiengänge:

- Der Masterstudiengang Europäisches Verwaltungsmanagement ist beiden Fakultäten gemeinsam zugeordnet.
- Außerdem wird der Masterstudiengang Kulturmanagement durchgeführt. Er ist jedoch ein Studiengang der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg. Bei ihr liegt auch das Satzungsrecht. Die HVF ist Kooperationspartner.
- Die Hochschule bietet seit 2002 in Zusammenarbeit mit dem Justizministerium ein Kontaktstudium zur Weiterbildung der Führungskräfte der Justiz im Bereich der Neuen Steuerungsinstrumente an.
- Seit dem Mitte 2008 wird der Kontaktstudiengang „Neues kommunales Haushalts- und Rechnungswesen“ (NKHR) durchgeführt.
- Seit Oktober 2008 wird der Kontaktstudiengang „Kommunaler Bilanzbuchhalter“ in Kooperation mit der VWA angeboten.

1.2.6 Weiterarbeit als ECOfit-Hochschule

In ihrem Leitbild hat sich unsere Hochschule der Nachhaltigkeit und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet.

„Die Mitglieder der Hochschule sind dem Gedanken der Nachhaltigkeit verpflichtet. Sie nehmen ihre Verantwortung für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen wahr, indem sie die Möglichkeiten zur Energieeinsparung, zum schonenden Umgang mit Umweltgütern sowie zur Abfallreduzierung aktiv nutzen und weiterentwickeln.“

Umweltschutz lohnt sich nicht nur aus moralischen, sondern auch aus betriebswirtschaftlichen Gründen. Diese Erkenntnis hat unsere Hochschule im Rahmen des Förderprogramms ECOfit umgesetzt und sich als ECOfit-Betrieb zusammen mit fünf Unternehmen und der Stadt Kornwestheim erfolgreich zertifizieren lassen. Die Hochschule zeichnet sich damit durch ein besonderes Engagement im betrieblichen Umweltschutz aus. Im Berichtszeitraum wurden folgende weitere Maßnahmen getroffen:

- Errichtung einer Solaranlage auf dem Dach des Gebäudes 6 als Ergebnis eines Fachprojekts im Bachelorstudiengang Innenverwaltung unter Beteiligung vieler Hochschulangehöriger in der Form einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts mit Anteilen von je 500 € (Gesamtvolumen 88.000 €),
- bessere Mülltrennung durch Aufstellen von Wertstoffinseln auf den Fluren der Hochschule,
- Kostensparende Müllbeseitigung durch eine Volumen mindernde Pressanlage.

Damit sind bei weitem noch nicht alle Möglichkeiten des Umweltschutzes ausgeschöpft. Es besteht die Absicht, das Umweltprogramm an das QM-Programm der Hochschule anzubinden.

1.2.7 Gebäudebetrieb und räumliche Situation

Die Hochschule ist in folgenden Gebäuden der Reuteallee 36 untergebracht:

- Gebäude 4 (ein Stockwerk für Rektorat, Hochschulverwaltung, Fakultätssekretariate, ein Stockwerk für Vorlesungen),
- Gebäude 5 (ein Stockwerk für EDV-Werkstatt und EDV-Vorlesungsräume),
- Gebäude 6 (5 Stockwerke für Vorlesungsräume und Dozentenräume, die Bibliothek und ein Lagergeschoss).

Im Zusammenhang mit EDV-Verkabelungsarbeiten wurden die Gebäude der HVF grundlegend renoviert und die Raumnutzungsmöglichkeiten entsprechend den Bedürfnissen der Hochschule verbessert. Als letzter Bauabschnitt wird die Renovierung der Cafeteria im Bauteil 6 in der Zeit zwischen Januar und Mai 2010 vorgenommen.

Nach Aufgabe der Außenstelle REFA und des Barackengebäude „Villa“, deren vier Vorlesungsräume und einige Dozentenzimmer zum Ende des Sommersemesters 2008 wegen des sehr schlechten baulichen Zustandes aufgegeben werden mussten, sind die räumlichen Ressourcen für die Lehre äußerst knapp.

Im Hochschulausbauprogramm des Landes wurde zusammen mit der PH Ludwigsburg die Errichtung eines neuen Hörsaalgebäudes auf dem Hochschulgelände beantragt.

1.2.8 Personalstruktur

Struktur des Lehrkörpers

Die Verteilung der Professoren auf die Fakultäten sieht folgendermaßen aus (Stand 01.09.2008):

- Fakultät I: 37,5 Professorenstellen; davon sind drei gesperrt. Zwei Stellen werden vom MWK aufgrund eines Kabinettsbeschlusses freigegeben; eine dieser beiden Professorenstellen wird an die Hochschule Kehl zugewiesen. Die Freigabe erfolgt für den Bedarf im grundständigen Bereich.
- Fakultät II: 35,5 Professorenstellen (davon 6 gesperrt).

Die Verminderung von Professorenstellen in der Fakultät I ist in der Vergangenheit auf den Vollzug der k.w.-Vermerke zum Abbau der Überkapazitäten im Studiengang für den gehobenen Verwaltungsdienst zurückzuführen. Bei den Professorenstellen waren noch 3 k.w.-Vermerke vorhanden, die haushaltsmäßig zum 1.1.2008 vollzogen wurden. Seit dem Jahr 2000 mussten damit insgesamt 18 k.w.-Stellen bei den Professoren erfüllt werden. Zum 01.09.2008 konnten erstmals seit 10 Jahren im Studiengang für den gehobenen Verwaltungsdienst wieder zwei Professorenstellen besetzt werden.

Die Sperrung von insgesamt neun Professorenstellen geht auf den Beschluss des Landtags aus dem Jahr 2007 zum Rechnungshofbericht zurück (unten 1.2.10). Hochschulrat und Senat setzten sich beim Aufsicht führenden Ministerium erfolgreich dafür ein, im Hinblick auf die zu erwartende Erhöhung der Zulassungszahlen in den Studiengängen Innen- und Steuerverwaltung bei den vom Finanzausschuss des Landtags beschlossenen Stelleneinsparungen auf die Ausbringung von kw-Vermerken zu verzichten und statt dessen die 9 Professorenstellen nur zu sperren. Bei einer Erhöhung der Zulassungszahlen können die nach Freigabe von 2 Stellen im Studiengang Innenverwaltung verbliebenen 7 gesperrten Stellen wieder reaktiviert werden.

Die Hochschule ist heute in einem Generationenwechsel im Lehrkörper begriffen. Zum 28. Feb. und zum 31. Aug. 2009 sind insgesamt in der Fakultät I drei und in der Fakultät II zehn Kolleginnen und Kollegen in den altersbedingten Ruhestand getreten. Dies bringt große Herausforderungen für

die Wahrung der Kontinuität und zugleich erhebliche Chancen für die Anpassung der fachlich-personellen Ausrichtung an veränderte Bedürfnisse mit sich.

Ein Markstein in der Entwicklung war die Einführung der W-Besoldung zum 1.1.2005, mit deren Auswirkungen die Hochschule bis heute zu kämpfen hat (unten 1.2.9). Die Absenkung der Eingangsbesoldung für Professoren erschwert die Nachwuchsgewinnung im Professorenbereich vor allem für Bewerber mit Berufserfahrung und aus der Privatwirtschaft. In der Fakultät II Steuer- und Wirtschaftsrecht mussten Professorenstellen infolge der kumulativen Berufungsvoraussetzungen mehrfach ausgeschrieben werden (u.a. Promotion, mindestens zweijährige Berufserfahrung in der Steuerverwaltung, Unvereinbarkeit der Tätigkeiten als Hochschullehrer und als Steuerberater in dem verwaltungsinternen Studiengang). Aufgrund einer Entscheidung des Finanzministeriums können inzwischen Stellen von hauptamtlichen Dozenten des Studiengangs Steuerverwaltung auch in der A-Besoldung besetzt werden.

Struktur des Verwaltungspersonals

Beim sonstigen Personal mussten seit der Hochschulfusion im Jahr 1999 acht k.w.-Stellen bei den Mitarbeitern erfüllt werden, die damals ausgebracht wurden. Davon ist noch ein k.w.-Vermerk vorhanden, der spätestens zum 31.12.2009 zu vollziehen ist. Außerdem sind seit dem Jahr 2007 1,5 Stellen der Hochschulverwaltung gesperrt.

1.2.9 Einführung der W-Besoldung

Das Rektorat erließ durch Beschluss die Ordnung über die Vergabe von Leistungsbezügen und Zulagen gemäß § 9 der Leistungsbezügeverordnung. Danach sind grundsätzlich Leistungsbezüge aufgrund besonderer Leistungen in der Forschung, in der Lehre, der Weiterbildung und bei der Nachwuchsförderung möglich, die erheblich über dem Durchschnitt liegen und in der Regel über mehrere Jahre erbracht worden sind.

Leistungsbezüge zu den relativ niedrigen Grundgehältern der W-Besoldung können nur gezahlt werden, wenn die Hochschule einen entsprechenden Vergaberahmen hat. Der Vergaberahmen richtet sich nach dem Besoldungsdurchschnitt (§ 34 BBesG). Dieser wird zwar für die Universitäten im Lande jeweils einzeln ermittelt, aber für die baden-württembergischen Fachhochschulen insgesamt nach einem landesweiten Durchschnitt festgesetzt. Wegen dieser Deckelung war an der HVF Ludwigsburg im Berichtszeitraum noch kein Vergaberahmen vorhanden. Aufgrund der Altersstruktur des Lehrkörpers, der bis auf wenige Ausnahmen aus Gründen der Besitzstandswahrung weiter nach der Besoldungsgruppe C besoldet wird, überstiegen die gezahlten Gehälter immer noch den Besoldungsdurchschnitt. An die jüngeren Professoren der W-Besoldung konnten zumeist auch wegen der dreijährigen Wartefrist noch keine Leistungszulagen gezahlt werden. Der Vergaberahmen normalisiert sich im Studienjahr 2009/10, wenn weitere freie Stellen besetzt werden können. Eine vertretbare Bezahlung der Professorinnen und Professoren in der W-Besoldung hängt wesentlich davon ab, dass ältere Professorinnen und Professoren in den Ruhestand gehen und die Stellen nicht mehr wie bisher durch k.w.-Vermerke wegfallen.

Die bis zum 31.12.2009 befristete Möglichkeit des Wechsels von der C- in die W-Besoldung wurde an der HVF Ludwigsburg nur von zwei Kollegen wahrgenommen.

1.2.10 Struktur- und Entwicklungsplanung

Im Jahr 2008 wurde ein beratender Ausschuss zur Fortschreibung der Strukturplanung 2008-2011 eingesetzt. Dem Ausschuss gehörten neben dem Rektorat die Dekane, die Studiengangleiter, die Abteilungsleiter, ein Senatsvertreter, die Gleichstellungsbeauftragte und ein Vertreter des AstA an. Durch Beschlüsse des Hochschulrats und des Senats wurden die Entwicklungsziele der Hoch-

schule Ludwigsburg als Kompetenzzentrum für den öffentlichen Sektor in den folgenden Bereichen präzisiert:

- Studium, Ausbildung
- Weiterbildung
- anwendungsorientierte Forschung
- Wissenstransfer in die Fachpraxis
- internationale Vernetzung, Europakompetenz

Neben der Weiterentwicklung bisheriger Studiengangstrukturen und Forschungsschwerpunkte stehen folgende Strategien im Vordergrund:

(1) Ausbaupläne

Die Hochschule Ludwigsburg sieht sich als eine Hochschule im ‚Ausbau‘. Demzufolge wird versucht, neue Zielgruppen für Bachelor- und Master-Studiengänge anzusprechen. Weitere grundlegende Studiengänge werden angestrebt

- als komplementäre Ergänzung zu den Beamtenstudiengängen,
- als kooperative verwaltungsnahe Studiengänge. Dadurch entstehen neue Querschnittqualifikationen in Kooperation mit anderen Hochschulen im Umfeld.

Außerdem ist die Einrichtung weiterer Masterstudiengänge als zweite Stufe zu den bereits vom Diplom auf den Bachelor umgewandelten Studiengängen geplant

- Master of Public Management,
- Master of Taxation.

(2) Querschnittstrategie

Als Querschnittstrategie für alle Studiengänge

- a) soll durch geeignete Maßnahmen bewirkt werden, dass sich die Zahl der Absolventinnen und Absolventen erhöht. Dies ist nur möglich, wenn der Hochschule durch Förderprogramme zusätzliche Stellen und Mittel zugeführt werden (Finanzausgleich, Projekt „Hochschule 2012“, Studiengebühren).
- b) Insbesondere wird angestrebt, den Anteil von Absolventinnen und Absolventen in den rechts-, verwaltungs-, wirtschafts- und managementorientierten Studienrichtungen zu erhöhen, indem interdisziplinäre Studienangebote neu- oder weiterentwickelt werden, die gesellschaftswissenschaftliche und naturwissenschaftlich-technische Perspektiven verbinden.
- c) Es soll durch geeignete Maßnahmen die Europäisierung, Internationalisierung und Interkulturalität verstärkt werden.

(3) Profilbildung

Die Profilierung der HVF Ludwigsburg soll weiterentwickelt und geschärft werden, und zwar über den Kernbereich Ausbildung und Studium hinaus insbesondere in den Schwerpunkten

- Weiterbildung
- anwendungsorientierte Forschung und Wissenstransfer in die Fachpraxis
- Internationale Vernetzung, Europakompetenz.

(4) Weiterbildung

Die Weiterbildung soll durch weitere Maßnahmen intensiviert werden. Kontaktstudiengänge, Teilzeit-Studienangebote, E-Learning, Weiterbildungsangebote und Kooperationen in regionalen und internationalen Netzwerken sollen die Öffnung der Hochschule Ludwigsburg unterstützen.

(5) Anwendungsorientierte Forschung und Wissenstransfer

Die HVF Ludwigsburg unterstützt und fördert die anwendungsorientierte Forschung durch die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur und durch Lehrdeputatsreduktionen der Professorinnen und Professoren. Dazu gehören auch der Ausbau von Kooperationsbeziehungen zu anderen Forschungseinrichtungen und die Stärkung der interdisziplinären Zusammenarbeit innerhalb der Hochschule.

Es ist geplant, wie an den anderen Hochschulen im Lande auch an der Hochschule Ludwigsburg ein Institut für angewandte Forschung (IAF) zu gründen. Das IAF soll die zentrale Plattform für forschungsrelevante Aktivitäten zwischen Forschung, Ausbildung und Praxis an der Hochschule Ludwigsburg sein. Zu den Aufgaben zählen die Mitwirkung bei der Entwicklung von Forschungsvorhaben, die administrative Verwaltung von Forschungsprojekten, bei verfügbaren Ressourcen auch das wissenschaftliche Projektmanagement, interne und externe Kommunikation von forschungsbezogener Information sowie die Mitwirkung beim Transfer von Forschungsergebnissen. Im Berichtszeitraum wurde hierzu Kontakt mit der Koordinierungsstelle Forschung der Fachhochschulen aufgenommen. Deren Leiter Dr. Thum stellte in einem Vortrag die Grundlagen dar und stellte sich für die Diskussion in einer Professorenversammlung zur Verfügung.

1.2.11 Rechnungshof

Der Landesrechnungshof prüfte im Jahr 2006 die Organisation und das Personal der Hochschulen in Ludwigsburg und in Kehl (vgl. dazu die letzten beiden Rektorberichte).

Der Landtag fasste hierzu die folgenden Beschlüsse:

1. die vom Rechnungshof bei gegebener Aufgabenstellung aufgezeigten Einsparpotenziale an den Hochschulen Ludwigsburg und Kehl unter Berücksichtigung reformbedingter Änderungen zur Hälfte zu realisieren,
2. die Vorschläge des Rechnungshofs zur Reform des Laufbahnrechts sowie der Ausbildung des gehobenen Verwaltungsdienstes im Rahmen der Dienstrechtsreform zu prüfen,
3. ergebnisoffen zu prüfen, ob die Hochschulen Ludwigsburg und Kehl in die zweite Stufe des Ausbauprogramms „Hochschule 2012“ aufgenommen werden können,
4. die Errichtungsverordnung der Hochschulen für öffentliche Verwaltung so zu ändern, dass neue Studiengänge bedarfsorientiert zugelassen werden, die auch externen Bewerbern offen stehen,
5. dem Landtag bis zum 30. Juni 2009 über das Veranlasste zu berichten,
6. die Struktur der Studiengänge, insbesondere die Externalisierung und die Integration der Studiengänge, und die Hochschulstruktur zu prüfen und auf der Grundlage der Evaluierung eines vollständig abgeschlossenen Ausbildungszyklus der zum 1.9.2007 eingeleiteten Studienreform sowie der Empfehlungen des Rechnungshofs dem Landtag zum 1.9.2011 Vorschläge für eine mögliche Reform vorzulegen.

Diese Beschlüsse führten im Berichtszeitraum zu folgenden Konsequenzen:

a) Stellenbesetzungen

Die aufgrund der Sparvorschläge des Rechnungshofs zum Wegfall vorgesehenen neun Professorenstellen (Fak. I: 2, Fak. II 7) und 1,5 Verwaltungsstellen wurden aufgrund einer Übereinkunft mit dem MWK lediglich gesperrt, können aber reaktiviert werden, wenn steigende Studierendenzahlen zusätzliches Personal erfordern. Aufgrund des Kabinettsbeschlusses vom 18.08.2009 werden die zwei bisher in der Fakultät I gesperrten Stellen aus Anlass der Einrichtung des Masterstudiengangs Public Management entsperret. Das MWK legt Wert auf die Feststellung, dass die Freigabe der Stellen, eine für Ludwigsburg und eine für Kehl, wegen des Bedarfs im grundständigen Bereich erfolgt.

b) Änderung der Errichtungsverordnung

Die entsprechend geänderte Errichtungsverordnung (§ 2 Abs. 6 ErrVO) bietet die rechtliche Grundlage, selbstständig oder in Kooperation mit anderen Hochschulen weitere Bachelor- und Masterstudiengänge einzurichten. Die Vorbereitungen für den berufsbegleitenden Masterstudiengang Public Management waren im Berichtszeitraum in vollem Gange.

c) Aufnahme in das Landesprojekt „Hochschule 2012 – 3. Stufe“

Im Hochschulrat wurde vorgeschlagen, die Berücksichtigung der Ausbaupläne der Hochschule in der 3. Stufe mit Nachdruck zu betreiben. Die Teilnahme an dem Ausbauprogramm ist für die Hochschule von besonderer Bedeutung, weil für die Einrichtung neuer Studiengänge – mit Ausnahme des Masterstudiengangs Public Management, bei dem über Finanzausgleichsmittel verhandelt wird – keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.

d) Evaluation

Die Entscheidung zur Auswahl der evaluierenden Institution wurde vom federführenden Innenministerium im Benehmen mit dem Wissenschaftsministerium zugunsten der Evaluationsagentur Baden-Württemberg (Evalag) getroffen. Der Selbstbericht der Hochschulen Ludwigsburg und Kehl soll bis Ende März 2010 abgegeben werden. Die Begehung an den Hochschulen soll im Juni 2010 stattfinden. Der Evaluationsbericht wird von der Evalag im Frühjahr 2011 abgegeben. Auf dessen Grundlage wird das Innenministerium dem Landtag berichten.

1.3 Öffentlichkeitsarbeit

1.3.1 Pressearbeit/Publikationen/Hochschulzeitung DIALOG

Prof. Eberhard Ziegler

Die Hochschule hat ihre Pressearbeit erfolgreich fortgesetzt. Im Schnitt wurde alle zwei Wochen eine Presseerklärung herausgegeben. Zu den großen Veranstaltungen im Berichtszeitraum (im April 2009 hat die Hochschule Ludwigsburg die dritte One Stop Europe Konferenz durchgeführt) wurden Journalisten an die Hochschule geladen, und es fanden Hintergrundgespräche mit Pressevertretern vor Ort statt.

Auch der Aufbau eines Presse-Netzwerkes wurde fortgesetzt. Eine Kartei mit Kontaktadressen zu über 150 regionalen und überregionalen Zeitungen, Zeitschriften und Fachpublikationen wird kontinuierlich ergänzt und erweitert und hat sich besonders bei der publizistischen Verwertung von Veranstaltungen sehr gut bewährt.

Für die Außendarstellung der Hochschule ist die Hochschulzeitschrift DIALOG von zentraler Bedeutung, die unter der Redaktion von Prof. Ziegler zweimal jährlich in einer Auflage von 3500 Exemplaren erscheint.

Nachdem in der Vergangenheit in einem kontinuierlichen Veränderungsprozess die Zeitschrift in ihrem Layout und ihrer inhaltlichen Ausrichtung weiterentwickelt wurde (vgl. die Rektorberichte der letzten Jahre), konnte im Berichtszeitraum auf diese Entwicklung weiter aufgebaut werden.

Noch stärker als in der Vergangenheit wurden Studierende in die Redaktionsarbeit eingebunden, um ihnen Möglichkeiten praktischen Lernens im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu ermöglichen. So haben z.B. zwölf Studierende des Fachprojekts Presse- und Öffentlichkeitsarbeit - Hochschulzeitung DIALOG wesentlich zur Gestaltung der Ausgabe 21 beigetragen und neben eigenen Artikeln z.B. Frau Tanja Gönner, Umweltministerin des Landes Baden-Württemberg, interviewt.

Im gesamten Berichtszeitraum wurden in den bewährten Rubriken „Titel“, „Forum“, „Praxis“ und „Hochschule“ erneut bedeutsame Beiträge von Professoren, Lehrbeauftragten, aber auch von Studierenden veröffentlicht, die auf eine erfreuliche Resonanz in der Leserschaft stießen. Über die Veranstaltungen der Hochschule, des Vereins der Freunde der Hochschule und des Ludwigsburger Instituts für innovative Projekte (LIP) wurde ebenfalls umfassend berichtet.

Über Themen der Hochschule wurde im Berichtszeitraum aber auch verstärkt in der Verwaltungszeitung Baden-Württemberg berichtet, dem Organ des Verbands der Verwaltungsbeamten. Die guten Verbindungen zum Staatsanzeiger, der immer wieder über Themen und Veranstaltungen aus der Hochschule berichtet, wurden weiter ausgebaut.

Erfreulich ist auch, dass Journalisten an der Hochschule Lehraufträge übernommen haben und den Studierenden Grundkenntnisse der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit vermitteln.

1.3.2 Werbung für einzelne Studiengänge

Der jährlich stattfindende Studientag der Hochschule erfreut sich zunehmender Beliebtheit. So konnten am 19. November 2008 annähernd 200 Schülerinnen und Schüler begrüßt werden, die die Hochschule mit ihren verschiedenen Studiengängen näher „unter die Lupe“ nehmen wollten.

Die von Prof. Ziegler mit Studierenden organisierte Veranstaltung begann mit einer persönlichen Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, zu der Brezeln und Getränke gereicht wurden. Gerade durch diese persönliche Ausrichtung, die die gesamte Veranstaltung prägt, vermag sich unsere Hochschule der großen Konkurrenz von Massen-Hochschulen wie z.B. den Universitäten Stuttgart und Tübingen, an denen zeitgleich der Studientag angeboten wird, zu erwehren. In einer anschließenden Talk-Runde – moderiert von SWR-Redakteur Knut Bauer – wurden alle Studiengänge der Hochschule durch Studierende vorgestellt. Danach erfolgte eine Aufteilung in Kleingruppen zur Präsentation der einzelnen Studiengänge und zur Teilnahme an einer Original-Vorlesung. Ebenfalls in Kleingruppen führten Studierende unserer Hochschule die Schülerinnen und Schüler durch die hochschulinternen Einrichtungen wie Rechenzentrum, Bibliothek, Studierendensekretariat etc. Um einen ersten Eindruck vom studentischen Leben zu ermöglichen, standen auch eine Besichtigung des Studentendorfes und die unterschiedlichen Unterbringungsmöglichkeiten in den Wohnheimen auf dem Programm. Über die Veranstaltung wurde in der Lokalausgabe der Stuttgarter Zeitung positiv berichtet.

Die Hochschule beteiligte sich erneut an verschiedenen Ausbildungsmessen. Diese bieten eine hervorragende Möglichkeit, mit Abiturientinnen und Abiturienten ins Gespräch zu kommen und ihnen unsere Studiengänge zu präsentieren. Schwerpunktmäßig wurde vom Rektorat die Horizon-Ausbildungsmesse im Haus der Wirtschaft in Stuttgart und die Azubi-Messe Echterdingen (diese zusammen mit den anderen Ludwigsburger Hochschulen) organisiert und durchgeführt. Möglichkeiten zur Kooperation mit den Stuttgarter Finanzämtern, der Deutschen Rentenversicherung und Kommunen wurden genutzt.

Für die Bewerbung des Masterstudiengangs wurden Kontakte zu deutschsprachigen Auslandszeitungen geknüpft. Ein Bericht über Aufbau und Ablauf des Studiengangs wurde von Zeitungen in Rumänien, Bulgarien, Russland und Kasachstan veröffentlicht.

1.4 Verein der Freunde

Kanzler Walter Veigel

1.4.1 Zahl der Mitglieder

Im Berichtszeitraum war ein geringer Mitgliederschwund zu verzeichnen. Am 31.12.2008 hatte der Verein 1 226 Mitglieder.

1.4.2 Finanzielle Zuwendungen an die Hochschule

Der Verein hat die Fachhochschule durch die Gewährung von Zuschüssen finanziell für Folgendes unterstützt:

- studentische Exkursionen im In- und Ausland
- Seminare und Workshops
- Zuschüsse für Aktivitäten des AstA und des Studentenrats
- Übernahme von Versicherungsprämien für Veranstaltungen der Studierenden
- Abos für Fachzeitschriften und Tageszeitungen
- Auszeichnung der Preisträger
- Mitfinanzierung bei der Herausgabe der Hochschulbroschüre
- Druckkostenzuschuss für den „Dialog“
- Zuschüsse zur Durchführung der Diplomierungsfeiern

Dafür wurden folgende Mittel aufgebracht:

- im Jahr 2008 18 885 €
- im Jahr 2009 ca. 17 000 €

1.4.3 Auszeichnung der Preisträger

Der Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, die besten Absolventen der einzelnen Studiengänge wie folgt

- Bester Absolvent V-Zweig
- Bester Absolvent W-Zweig
- Bester Absolvent Rentenversicherung
- Bester Absolvent Allgemeine Finanzverwaltung
- Bester Absolvent Steuerverwaltung
- Zweitbester Absolvent Steuerverwaltung

bei der jährlichen Diplomierungsfeier mit einer Urkunde und durch Preise auszuzeichnen. Neben den vom Vereinsvorsitzenden eingeworbenen wertvollen Sach- und Geldspenden von der kommunalen Seite und der Württembergischen Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie erhielten die Preisträger vom Verein jeweils eine Geldspende. Erstmals wurden auch Geldpreise der Stadt Ludwigsburg und des Instituts für Wirtschaft und Steuern, Mosbach, verliehen.

1.4.4 Sonstige Aktivitäten

Seit vielen Jahren bietet der Verein den Studierenden des Hauptstudiums mit großem Erfolg den Workshop „Selbstmarketing – Bewerbungstraining“ unter der bewährten Leitung von unserem Vereinsmitglied Prof. Rudolf Jourdan an.

Die Teilnehmer erhalten dabei wertvolle Tipps, Ratschläge und Anregungen für Ihre Bewerbung um eine Stelle. Der Workshop umfasste die beiden BAUSTEINE:

- die schriftliche Bewerbung (Anschreiben – „übliche“ Bewerbungsunterlagen – Lebenslauf – äußere Form – „Blindbewerbung“)
- das Vorstellungsgespräch („Mein großer Auftritt“: Bei der Verwaltung und vor einem Gremium - Gemeinderat/Ausschuss)

Die Inhalte wurden in Form von Übungen und Rollenspielen erarbeitet und vertieft. Dabei stellte der Verein den Teilnehmern wieder umfangreiche schriftliche „Muster“ und Unterlagen kostenlos zur Verfügung. Die Workshops fanden freitags/samstags im Landgasthof „Haus Herrmann“ in Murrhardt-Fornsbach statt. Insgesamt haben 70 Studierende an diesen Veranstaltungen teilgenommen. Neben der kostenlosen Überlassung der Lehrgangsunterlagen wurden die Teilnehmer durch einen finanziellen Zuschuss des Vereins zu den Fahrt- und Unterbringungskosten finanziell unterstützt.

1.4.5 Studienreise

In der Zeit vom 1. bis 5.6.2009 führte der Verein für seine Mitglieder unter der Leitung seines Geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes, Prof. Peter Raviol, eine Studienreise nach Dresden und Umgebung durch. Höhepunkte der Studienreise waren:

- Besichtigung der historischen Altstadt von Dresden mit Besuch des Zwingers, der Semperoper und der Frauenkirche
- Spaziergang in die Neustadt mit Einkehr und Abendessen „Wenzel“ (sächsisch-böhmisches Lokal) alternativ „Altmarktkeller“ am Altmarkt in Dresden
- Besuch der Sächsischen Staatskanzlei
- Fahrt mit dem Bus in die Sächsische Schweiz, Kurort Rathen mit Bastei und Besuch und Besichtigung der Festung „Königstein“
- Besuch der Fachhochschule der Sächsischen Verwaltung in Meißen mit anschließender Stadtbesichtigung und Besuch der Porzellanmanufaktur

1.5 Hochschuleinrichtungen

1.5.1 Informationszentrum

Prorektor Prof. Wolfgang Rieth

Im Jahr 2005 bildete die Hochschule ein Informationszentrum (IZ) als zentrale Betriebseinrichtung im Sinne von § 28 Abs. 2 Landeshochschulgesetz. Aufgaben und Organisation des IZ regelt auf der Grundlage von § 13 der Grundordnung der Hochschule die Verwaltungsordnung für das IZ. Im IZ arbeiten die Einrichtungen der Hochschule zusammen, die mit deren Versorgung mit Literatur und neuen Medien sowie mit der Durchführung von Kommunikations- und Informationsverarbeitung befasst sind. Das IZ der Hochschule Ludwigsburg besteht aus den Abteilungen Bibliothek und Rechenzentrum. Jede Abteilung hat eigene Kernkompetenzen, die vom Lenkungsrat des IZ festgelegt werden. Die beiden Leiter der Abteilungen bilden gemeinsam mit einem Mitglied des Rektorats den Lenkungsrat des IZ. Dieser leitet das IZ als Kollegialorgan. Den Vorsitz hat das Mitglied des Rektorats. Der Lenkungsrat wird vom Nutzerausschuss beraten (beratender Senatsausschuss).

Aufgabe des IZ ist die Versorgung der Hochschule mit Literatur und anderen Medien, die Koordination, Planung, Verwaltung und der Betrieb von Diensten und Systemen im Rahmen der Kommunikations- und Informationstechnik. Weitere Ziele sind die Zusammenarbeit mit externen Ein-

richtungen und Personen, die Koordination der interdisziplinären Zusammenarbeit und die Unterstützung anwendungsbezogener Forschungs- und Entwicklungsprojekte

1.5.2 Rechenzentrum

Prorektor Prof. Wolfgang Rieth

Auch im Berichtsjahr blieb die Stelle des Rechenzentrumsleiters weiter unbesetzt. Sie wird kommissarisch vom zuständigen Prorektor wahrgenommen. Zugleich wechselte im Berichtszeitraum ein Mitarbeiter aus dem Rechenzentrum in die neu geschaffene Stabstelle „DV-gestützte Lehre und Forschung“. Zur Aufrechterhaltung des Betriebs des Rechenzentrums wurde einerseits der seitherige Auszubildende nach erfolgreichem Abschluss seiner Lehre mit Zeitvertrag eingestellt. Andererseits konnte mit der Firma ACES als externem Dienstleister aus Ludwigsburg, die hier bereits sehr gute Reverenzen (evangelische Hochschule) vorzuweisen hatte, ein zunächst zeitlich befristeter Vertrag zur Wartung und Entwicklung der Serverlandschaft abgeschlossen werden.

In Zusammenarbeit mit dieser Firma wurde ein Konzept zur Erneuerung der Serverlandschaft erstellt und die Beschaffung neuer Hardware geplant. Mit der Umsetzung dieses Konzepts im Studienjahr 2009/2010 wird die Serverlandschaft der Hochschule neu geordnet und komplett virtualisiert sein. Dazu gehört auch die Umstellung der Server auf Microsoft-Basis, auch um ein möglichst breites Anbieterfeld im Bereich der Dienstleister zu haben.

Die Hochschule konnte ihre gute bis sehr gute Ausstattung im Bereich der DV-Infrastruktur sowohl für Studierende und Lehrende als auch für die Hochschulverwaltung insbesondere dank der (finanziellen) Unterstützung des MWK im Berichtszeitraum weiter erneuern.

Auch die Angebote im Softwarebereich sind relativ umfassend. Hier sind neben der selbstverständlichen Office-Palette insbesondere die Anbindungen an die wesentlichsten Recherche- und Wissensdatenbanken zu nennen, aber auch Angebote für Praktika in wichtiger Anwendungssoftware. Kooperationen mit privaten und öffentlichen Stellen haben sich bewährt. In enger Zusammenarbeit mit der DATEV wird u.a. ein Übungsfinanzamt und eine Übungssteuerkanzlei für die Steuerverwaltung betrieben. Praktika in der aktuellen Finanzverwaltungssoftware für die Innenverwaltung finden in enger und sehr bewährter Kooperation mit dem Regionalen Rechenzentrum in Stuttgart und der Datenzentrale statt. Mittlerweile fanden sehr positive Gespräche mit der neuen Leitung des kommunalen Rechenzentrums in Stuttgart statt, die eine Intensivierung der Zusammenarbeit vorsehen. So sollen Praktika in Zusammenarbeit mit dem KDRS auch an der Hochschule im Rahmen von Fachprojekten stattfinden.

Im Berichtszeitraum wurden die PC im Verwaltungsnetz auf Office 2007 umgestellt. Für das folgende Studienjahr ist die Umstellung der PC im Hochschulnetz auf Office 2007 geplant.

Eigene Entwicklungen im Rahmen anwendungsbezogener Forschung, teilweise aus Mitteln des LARS-Projektes finanziert, unterstützen die interdisziplinäre Zusammenarbeit in der Lehre in der Hochschule. Dazu gehört das Projekt Online-Dokumente BGB und das Projekt Recht im Internet von Frau Prof. Dr. Kohler-Gehrig, Web-gestützte Wissenstools wie die Linkbibliothek und die Dokumentendatenbank, sowie ein auf die speziellen Bedürfnisse der Hochschule zugeschnittenes Online-Anmelde- und Verwaltungssystem für sämtliche mitarbeitensintensiven Veranstaltungen, welches aus einem eigenen studentischen Projekt entstanden ist. Im Zuge der Umstellung auf die Bachelor-Studiengänge waren umfangreiche Anpassungen, Neu- und Umprogrammierungen des Anmeldesystems erforderlich, die auch noch in das folgende Studienjahr hinein fort dauern. Die PHP-MySQL-Tools sind grundlegend zu überarbeiten, die Veranstaltungsanmeldungen an die Bachelor-Strukturen anzupassen. Der im Vorjahr komplett auf eine Online-Version umgestellte Zulassungstest hat sich im Berichtsjahr ohne Probleme bewährt. Kleinere Verbesserungen wurden eingerichtet.

Die Betreuung des hochschulinternen Evaluationssystem EvaSys ging auf die Stabstelle „DV-gestützte Lehre und Forschung“ über.

Im Zuge der Serverumstellung ist auch ein verbesserter Fernzugriff für Studierende und Lehrende geplant, dazu gehört auch der Zugang zu den Bibliothekssystemen. Die Hochschule stellt web-basierte Werkzeuge für den Bereich der Lehrorganisation bereit. Weiter in der Testphase sind verschiedene Plattformen zur Implementierung von e-Learning-Angeboten, wobei die Hochschule dem Ilias-Verbund angeschlossen ist und dieses Tool letztlich als einheitliches e-Learning-Angebot für die Hochschule ausbauen möchte.

Im Bereich der Hochschulverwaltung finden neben Office-Standard-Anwendungen ganz überwiegend HIS-Programme Anwendung. Für den Bereich der Innenverwaltung wurde jüngst mit HIS-ZUL ein weiteres Produkt dieser Familie eingeführt. Die Module HIS-Bau und HIS SuperX befinden sich im Aufbau. Die Mitarbeiter werden durch ein Schulungsprogramm regelmäßig auf dem aktuellen Stand gehalten.

Im Berichtsjahr entwickelte das Rechenzentrum gemeinsam mit den betroffenen Abteilungen sowie teilweise der HIS und dem HSZ Import-/Exportmöglichkeiten von Noten etc. aus/in die Anmeldesysteme bzw. HIS-Systeme. Die Prüfungsordnungen waren für die Bachelorstudiengänge im POS einzurichten, wobei die Doppelabschlüsse im Studiengang Steuerverwaltung besondere Probleme verursachten.

Die geplante Einführung und der Ausbau der Online-Selbstbedienungsfunktionen auf HIS-Basis hat sich, auch aufgrund der Komplikationen bei der Bachelorumstellung und des knappen Zeitbudgets der HIS, verzögert. Im Berichtszeitraum konnten lediglich die Vorgaben seitens der Hochschule definiert und Angebote eingeholt werden.

In 2008 hatte die Hochschule den elektronischen Hochschul- bzw. Studierendenausweis mit erheblichen Investitionskosten eingeführt. Zur Arbeitserleichterung des Studienbüros und zur Verbesserung des Serviceangebots für die Studierenden wurde das Chipkartensystem so umgestaltet, dass eine Vorausvalidierung für das Praxisjahr nun möglich ist.

1.5.3 Bibliothek

Dipl.-Bibl. Michael Söffge

Der neue Berichtszeitraum brachte positive Veränderungen im Bereich Schulung, EDV-Anbindung und Retrokatalogisierung. Dagegen führte die Haushaltssperre im Mai zu einem großen Einbruch im Bestandsaufbau.

a) Medienbestand

Der Bibliothek standen und stehen in den Haushaltsjahren 2008 und 2009 an Haushaltsmitteln 289.000 € und 180.000 € zur Verfügung. Aus diesen Mitteln wurden im Berichtszeitraum insgesamt 6296 Bände, Periodika und Fortsetzungsabonnements bezahlt.

Das hohe Niveau des Medienbestandes konnte aufgrund der Haushaltssperre diesmal nicht gehalten werden. Die Nachbeschaffung der Grundlagenliteratur wird in erheblichem Maße den Etat 2010 belasten.

b) Bestandsaufbau

Durch die Haushaltssperre im Mai 2009 war die Bibliothek gezwungen, die geringe Etazuweisung vollständig zur Finanzierung der gehaltenen Abos zu verwenden. Ab Mai konnte die Bibliothek keine neue Literatur mehr erwerben. Darüber hinaus mussten Zeitschriftenabonnements und Fortsetzungswerke reduziert werden. Insgesamt belaufen sich die Einsparungen auf ca. 10.000 €, die durch die Kündigungsfristen allerdings erst 2010 zum Tragen kommen.

Durch den Bestellstopp und die dadurch freiwerdenden Ressourcen war es möglich, bis zum Herbst die Retrokatalogisierung zu forcieren. Bis auf eine Bestandsgruppe sind nun alle Medien im lokalen Bibliothekssystem LIBERO erfasst, so dass eine vollständige Implementierung des gesamten Bestandes bis Jahresende zu realisieren ist.

Im Jahr 2009 erzielte die Hochschule wieder für 103 von 227 abgegebenen Diplomarbeiten die Freigabe zur Veröffentlichung in OPUS. Im Jahr 2008 waren es nur 75 Freigaben. Mit Sperrvermerk versehen waren diesmal 57 Arbeiten.

Nach Prüfung der Aufnahmekriterien (mind. 12 erreichte Punkte) konnten 61 Arbeiten in OPUS aufgenommen werden. Zwischenzeitlich sind 125 Diplomarbeiten der HVF in OPUS als Volltext frei verfügbar.

Besonders erfreulich ist, dass ab sofort auch erstmals alle Studierenden der Steuerverwaltung (FB II) ein Exemplar ihrer Arbeit in digitaler Form zur Archivierung in der Bibliothek abgeben müssen. Dadurch hofft die Hochschule, auch hier in Zukunft interessante neue Arbeiten für die Aufnahme in OPUS zu gewinnen.

c) Ausleihe

Durch den nahezu vollständigen Abschluss der Altbestandserfassung ist die Treffermenge bei Recherchen in den letzten Jahren stetig angestiegen. Dies zeigt sich auch in den steigenden Ausleihzahlen. Im Berichtszeitraum konnte die Jahresausleihe (inkl. Verlängerungen und Fernleihe) um nochmals 5000 Ausleihen gesteigert werden und betrug 107.430.

d) Fernleihe

Über die nehmende Fernleihe wurden im Berichtszeitraum 548 Medien bestellt und in der gebende Fernleihe 942 Anfragen positiv erfüllt. Das entspricht den Vorjahreswerten. Es wird erwartet, dass die Zahl der nehmenden Fernleihe in diesem Jahr nochmals hoch ausfallen wird (letzter Diplomstudiengang) und nächstes Jahr stark absinkt, da die Studierenden künftig ihre Bachelorarbeit in der Praxisphase anfertigen müssen. Durch die teils zu langen Anfahrtswege werden Studierende gezwungen sein, sich Literatur aus anderen Bibliotheken per Fernleihe zu beschaffen, was nicht im Sinne der HVF-Bibliothek ist.

e) Mahnwesen

Im Berichtszeitraum wurden in 1278 Mahnungen insgesamt 2987 Medien angemahnt. Die Mahneinnahmen beliefen sich auf 4098,55 € (inkl. Fernleihgebühren). Dies entspricht in etwa den Vorjahreswerten.

f) EDV-System und Datenbanken

Zum Oktober 2009 wurde der Vertrag mit der Firma LIB-IT für das Bibliothekssystem LIBERO um weitere fünf Jahre verlängert. Die Vertragsverlängerung sieht zudem vor, dass der benötigte Server für den Betrieb von LIBERO künftig in das geplante Blade-Server-Konzept der HVF eingebunden werden soll.

Das breite Spektrum an vorhandenen Datenbanken wie z.B. Juris oder Beck-Online konnte gehalten werden. Der Vertrag mit Legios wird jedoch wegen geringer Nutzungszahlen und hoher Bereitstellungskosten 2010 nicht verlängert.

Der geplante Heim-Zugriff für Studierende auf die Datenbanken der HVF mittels VPN oder CITRIX ließ sich bisher aus technischen und finanziellen Gründen noch nicht realisieren. Eine Möglichkeit soll jedoch möglichst noch 2009 geschaffen werden.

g) Bibliothekseinführungen und Veranstaltungen

Im Bereich Schulungen konnte 2008/09 endlich das geplante Bibliothekskonzept umgesetzt werden, welches die Einführung in das wissenschaftliche Arbeiten und den Umgang mit Datenbanken als Pflichtveranstaltung für alle Studierenden vorsieht. Seitens der Bibliothek konnten die Studierenden mit diesem Gesamtkonzept optimal in den Bereichen Recherche, Formalien einer Diplomarbeit und Datenbanknutzung auf die Anfertigung der Diplomarbeit vorbereitet werden. Das Konzept wurde seitens des Lehrkörpers und der Studierenden sehr gelobt und wird im kommenden Semester fortgeführt.

Im Berichtszeitraum wurden für die Studierenden 5 Pflicht-Einführungen in die allgemeine Bibliotheksbenutzung am Einführungstag durchgeführt. Des Weiteren fanden 10 Schulungen zur Einführung in das wissenschaftliche Arbeiten und zur Einführung in die Datenbanken der HVF statt. Diese wurden über das Anmeldesystem angeboten. An den 10 Veranstaltungen nahmen ca. 200 Studierende teil.

Darüber hinaus wurden vom Bibliothekspersonal im Rahmen eines Lehrauftrages für die Proseminare Bachelor IV, ALF, Rente und Bachelor Steuer weitere 38 Veranstaltungen zur selben Thematik durchgeführt. Insgesamt betrug der Schulungsaufwand im Berichtszeitraum 89,5 Stunden.

Aus terminlichen Gründen fand die Fachbuchpräsentation 2008 bereits im September statt. Da der Fachbereich 2 aber erst im Oktober begonnen hat, wurde vom NWB-Verlag ein Zusatztermin im Oktober realisiert.

In Zusammenarbeit mit dem Boorberg-Verlag fand im Oktober zudem eine Einführung in den Vorschriftendienst Baden-Württemberg statt.

h) Öffnungszeiten

Aufgrund der guten Erfahrungen aus dem Vorjahr erschien es notwendig, die Bibliotheks-Öffnungszeiten während der Diplomarbeitenanfertigung von Oktober 2008 bis Februar 2009 wieder zu erweitern. Durch den Einsatz von studentischen Hilfskräften war die Bibliothek daher an vier Wochentagen bis 19.00 Uhr geöffnet. Die Benutzungszahlen erreichten jedoch nicht annähernd den Stand des Vorjahres und waren am Aufwand gemessen viel zu gering. Das Angebot wird daher 2009 nicht fortgeführt, da auch die finanziellen Mittel für eine Erweiterung der Öffnungszeiten nicht vorhanden sind.

1.6 Aufbau von Bachelor-Studiengängen im Ausbauprogramm des Landes Hochschule 2012

1.6.1 Bachelorstudiengang E-Business und E-Government

Die Hochschule Ludwigsburg plant einen sechssemestrigen Bachelorstudiengang E-Business und E-Government als Vollzeitstudiengang einschließlich zwei Praxissemestern in einer Ausbildungsbehörde oder Firma. Der Studiengang soll Absolventen hervorbringen, welche Kompetenzen aus beiden Bereichen - Recht/Verwaltung /Management und IT-Technik - mitbringen und diese fächerübergreifend anwenden können. Grund sind Bedarfsmeldungen aus dem staatlichen und kommunalen Bereich und die Erfahrung, dass Behörden nur schwer Beschäftigte finden, die von vornherein gute Kenntnisse und Fähigkeiten in beiden Bereichen haben und diese sinnvoll verbunden anwenden können. In der Verwaltung sind in der Vergangenheit z.T. große EDV-Projekte gescheitert, weil aus mangelndem Verständnis die administrativen und die technischen Anforderungen nicht zur Deckung gebracht werden konnten (z.B. in dem erfolglosen *Projekt Fiskus* der Finanzverwaltung mit vergeblichen Kosten von bundesweit fast einer Mrd. Euro, Anteil von Baden-Württemberg 12,8 v.H., jetzt ersetzt von fünf Bundesländern durch das *Projekt Konsens* auf der

Grundlage bayrischer Software und unter deshalb notwendiger Anschaffung neuer Hardware in Baden-Württemberg).

Eine von der Hochschule Ludwigsburg durchgeführte Abnehmerbefragung bestätigte den Bedarf für den Studiengang. Befragt wurden Ministerien, Regierungspräsidien, Landratsämter, die kommunalen Spitzenverbände, Zweckverbände und die Datenzentrale Baden-Württemberg. Der Fragebogen wurde in Zusammenarbeit mit dem Innen- und dem Finanzministerium erstellt und der Studiengang auf ausdrücklichen Wunsch des Finanzministeriums hin als verwaltungsinterner Studiengang konzipiert. Das Finanzministerium nahm allerdings inzwischen von der verwaltungsinternen Konzeption Abstand und behilft sich mit Studierenden der Wirtschaftsinformatik der Dualen Hochschule, die in der Finanzverwaltung Praktika absolvieren. Die befragten zukünftigen Abnehmer in Land und Kommunen waren sich ziemlich einig, dass die derzeitige Ausbildung der Mitarbeiter in den genannten Bereichen verbessert werden muss. Die im Studiengang angelegten Kompetenzen werden generell für wichtig gehalten. Die Beschäftigung als Beamter statt als Angestellter wird überwiegend kritisch beurteilt. Die Einrichtung eines grundständigen Studiengangs wird für erheblich sinnvoller gehalten als die Einrichtung eines Masterstudiengangs. Allerdings lehnten 88 % der Befragten einen Finanzierungsbeitrag zu dem Studiengang ab. Die Realisierung des Studiengangs hängt damit von dem Erfolg des Antrags auf Förderung in der dritten Stufe des Landesprogramms Hochschule 2012 als externer Studiengang ab.

1.6.2 Bachelorstudiengang Bildungswissenschaft – Lebenslanges Lernen

In Kooperation mit der PH Ludwigsburg soll der Bachelorstudiengang Bildungswissenschaft – Lebenslanges Lernen angeboten werden. Die Hochschule Ludwigsburg hat hierfür im Berichtszeitraum Module für die Bereiche Recht und Wirtschaft erstellt. Der in der zweiten Stufe des Landesprogramms *Hochschule 2012* gestellte der Hochschule Ludwigsburg auf Förderung ist noch nicht beschieden.

1.7 Master-Studiengänge

1.7.1 Masterstudiengang „Europäisches Verwaltungsmanagement – EU“

Prof. Dieter Kies

Im Oktober 2009 hat der 9.Jahrgang der Studierenden das Studium im Masterstudiengang „Europäisches Verwaltungsmanagement – EU“ an den Hochschulen Ludwigsburg und Kehl aufgenommen. Dieser Studiengang ist ein interdisziplinärer Vollzeitaufbaustudiengang, dessen Ziel es in erster Linie ist, den Studierenden ein vertieftes Verständnis der Verwaltungs-, Rechts- und Sozialstrukturen einschließlich ihrer Verfahren sowie der Politik, Wirtschaft und Kultur der Mitgliedstaaten der EU und der europäischen Institutionen zu vermitteln. Dabei sind die im halbjährigen Auslandspraktikum gewonnenen Erfahrungen in den Bereichen Organisation, Sprachkompetenz und interkultureller Kommunikation von besonderer Bedeutung. Ein Charakteristikum des Masterstudienganges stellt die Zusammensetzung der Studierenden dar, da hier Absolventen der beiden Verwaltungshochschulen Ludwigsburg und Kehl gemeinsam mit Absolventen aus Universitäten und anderen Hochschulen aus dem In- und Ausland studieren.

1.7.1.1 Re-Akkreditierung

Stand im Vorjahresbericht noch der Ablauf des Re-Akkreditierungsverfahrens mit all den Besprechungen, Sitzungen und dem umfangreichen Akkreditierungsantrag sowie der Vor-Ort-Begehung durch die Gutachter der ZEvA am 9. Juli 2008 an der HS Kehl im Mittelpunkt, so muss in diesem Bericht der erfolgreiche Abschluss des Re-Akkreditierungsverfahrens an vorderster Stelle genannt werden. Die Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover (ZEvA) hat in ihrer Sitzung am 14.10.2008 für den Masterstudiengang Europäisches Verwaltungsmanagement entschie-

den: Der Studiengang wird für die Dauer von sieben Jahren und ohne Auflagen re-akkreditiert! Diese Entscheidung bedeutet für das „Masterteam“ der Hochschulen Kehl und Ludwigsburg eine hohe Anerkennung.

Die im Bewertungsbericht der Peergroup, der insgesamt äußerst positiv ausgefallen war, enthaltenen Anregungen wurden bereits umgesetzt. Unmittelbare Auswirkungen ergaben sich für das 4. Semester, wo künftig die Präsentation des Praktikumsberichts zeitlich und organisatorisch vom Masterkolloquium getrennt wird. Das Modulhandbuch ist entsprechend geändert worden. Konkrete Schritte sind hinsichtlich des Praktikums auch bei dem Aufbau einer Datenbank sowie der Erstellung einer Rahmenvereinbarung mit den Praktikumsstellen erfolgt. Eine weitere Anregung betraf die Lehrevaluation; diese erfolgt nunmehr während des laufenden Semesters.

1.7.1.2 Studienjahrgang 2007

Der im Oktober 2007 gestartete 7. Jahrgang des Masterstudienganges war zu Beginn des Berichtszeitraumes in der Praktikumsphase des 3. Semesters. Neben Praktikastellen in Brüssel – Europäisches Parlament, Vertretung des Landes Baden-Württemberg, Vertretung der BRD bei der EU, Büro der baden-württembergischen Kommunen und dem Europabüro der Dekra sowie der Vertretung der DIHK – führte der Weg für andere nach Ystad in Schweden zu Europe Direct oder nach Palmrain in Frankreich zu Infobest.

Die Abschlussfeier des Studienjahrgangs 2007 fand am 29. September 2009 in der Aula der Hochschule Kehl statt. Die Veranstaltung wurde mit Grußworten der Rektoren der beiden den Masterstudiengang tragenden Hochschulen, Rektor Prof. Paul Witt und Rektor Prof. Walter Maier, eröffnet. Im Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Kehl, Dr. Günther Petry, fand das Zitat „Bei uns ist es so und in Frankreich ist es anders“ eine interessante Fortführung der Vorlesungen im Bereich der Interkulturellen Kommunikation. Frau Sandra Schott als Vertreterin der Studierenden gewann in einem Rückblick auf das Studium die Aufmerksamkeit der zahlreichen Gäste gewinnen. Die Festansprache von Dr. Joachim Beck, Direktor des Euro-Institutes in Kehl befasste sich mit dem Thema „Vom Eurokraten zum Wahrsager? Gesetzesfolgenabschätzung als Herausforderung für die Europäische Kommission“. Nach weiteren Grußworten der beiden Studiendekane Prof. Dr. Gert Fieguth, Kehl und Prof. Dieter Kies, Ludwigsburg, konnten die erfolgreichen Absolventinnen und Absolventen ihre Zeugnisse entgegennehmen. Als Jahrgangsbeste erhielten Frau Stephanie Mössle, Frau Nina Fritz, Herr Thomas Hummel und Frau Sandra Schott Ehrenpreise. Umrahmt wurde die Veranstaltung durch die musikalischen Leistungen des Blechbläserensembles der Hochschule Kehl.

Abschließender Höhepunkt des Studienjahrgangs 2007 war ein auf Einladung von Staats- und Europaminister Prof. Dr. Wolfgang Reinhart erfolgreicher Besuch in der Villa Reitzenstein, der am 20. Oktober 2009 stattfand.

Die Europa-Union Bodenseekreis hat im Oktober 2009 zwei Masterabsolventen und einen Studierenden für ihre Master- bzw. Diplomarbeiten ausgezeichnet, Sandra Schott, Ronny Müller und Jonathan Mayer.

1.7.1.3 Studienjahrgang 2008

Am 1. Oktober 2008 begann der achte Jahrgang das Masterstudium an der HS Ludwigsburg mit der von Frau Prof. Dr. Kathrin Hänel geleiteten Zukunftswerkstatt. Am 6. Oktober wurde am späten Nachmittag die Eröffnungsfeier eingeleitet durch eine Rede von Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp. Als Einstieg konnte er ein Zitat von Ministerpräsident a.D. Erwin Teufel verwenden: „Wer bei Vernunft ist, ist Europäer“. Nach der Begrüßung durch die Studiendekane Prof. Dieter Kies und Prof. Dr. Gert Fieguth sowie einem Grußwort von Herrn David Linse M.A. für die ehemaligen Masterabsolventen stellten die im Studiengang eingesetzten Professoren und Lehrbeauftragten ihre Fächer vor. Bereits zuvor waren die Studierenden in verschiedenen Gesprächsrunden über das Studium in

Ludwigsburg sowie über die angebotenen Wahlpflichtfachveranstaltungen informiert worden. Eine Feier mit alten und neuen Masters und den Dozenten schlossen den Tag ab.

Um die von der Peergroup gewünschte Erhöhung der Studierendenzahl – im Rahmen der festgelegten Obergrenze von 25 Studierenden – zu erreichen und aus der Erfahrung, dass vor Studienbeginn noch einige Absagen zugelassener Studierender eingehen, wurden für den Masterjahrgang 2008-2010 im Ergebnis 32 Bewerber/-innen zugelassen. Das am 1. Oktober begonnene Studium wurde von 20 Studierenden aufgenommen. Hierunter waren wiederum zwei ungarische sowie zwei russische Studierende, erstmals sind Studierende aus Irland, Bosnien, Litauen und aus Rumänien mit dabei. Einen universitären Abschluss haben neun Studierende, vier Studierende haben zuvor ein Studium an den Hochschulen Ludwigsburg bzw. Kehl absolviert.

Vom 21. Bis zum 23. Oktober 2008 stand eine Exkursion nach Luxemburg zu den dortigen EU-Institutionen auf dem Plan. Diese Exkursion wurde erstmals gemeinsam mit den Studierenden des Masterstudiengangs European Studies (MEUS) der Universität Tübingen durchgeführt. Auf dem Arbeitsprogramm in Luxemburg stehen Termine beim Europäischen Gerichtshof, der Europäischen Investitionsbank und dem Europäischen Rechnungshof.

Eine weitere Exkursion führte im Februar 2009 nach Budapest, wo die Studierenden des Jahrgangs 2008 u.a. durch eine Informationsveranstaltung an der Corvinus-Universität auf den Studiengang aufmerksam machten. Neu aufgenommen in das Programm in Ungarn war ein gemeinsamer Workshop mit ungarischen Studierenden zum Thema „Die EU-Erweiterung und ihre Grenzen“.

Aktuell befindet sich der Jahrgang 2008 in der Praktikumsphase.

1.7.1.4 Studienjahrgang 2009

Am 1. Oktober 2009 wird der nunmehr neunte Jahrgang sein Studium in Ludwigsburg beginnen. An drei Tagen im Juli und August 2009 fand das diesjährige „Eignungsfeststellungsverfahren“ statt. Von den insgesamt 45 Bewerber/n/-innen wurden 40 zu diesen Terminen eingeladen. Nachdem sich die Bewerber/-innen vorgestellt und ihre Motivation für den Studiengang dargelegt hatten, wurden in verschiedenen Gesprächsrunden mit Prorektor Prof. Dr. Hopp, Prof. Dr. Fieguth, Frau Prof. in Dr. Hänel und Prof. Kies nach persönlichen Stärken und Schwächen gefragt, nach den Vorstellungen zum Studienablauf – insbesondere zu dessen Workload und den Unterschieden zum bisherigen Studium – zu dessen Finanzierung. Aufschlussreich waren auch die in englischer Sprache geführten Runden, in denen es z.B. um die Europakennnisse der Bewerber ging oder darum, die Ergebnisse einer Gruppenarbeit zu präsentieren. 31 Zulassungen konnten nach diesen Gesprächsrunden ausgesprochen werden. Aufgrund anderer Studienentscheidungen, dem Wunsch nach Aufnahme des Studiums erst in 2010, Erkrankungen oder uns nicht mitgeteilten Gründen haben neun Personen vor Aufnahme des Studiums abgesagt.

Mit 22 Studierenden wurde die im Akkreditierungsbescheid der ZEvA ausgesprochene Empfehlung, das Kontingent von 25 Studienplätzen auszuschöpfen, damit fast erfüllt. Der Studiengang setzt sich aus drei russischen, einer griechischen Studierenden sowie 16 Studierenden mit deutscher Staatsangehörigkeit zusammen, eine Studierende besitzt sowohl die deutsche als auch die französische Staatsangehörigkeit. Sieben Studierende haben zuvor an der HS Ludwigsburg, zwei an der HS Kehl studiert. Neun Studierende haben ein Studium an einer Universität absolviert.

Die Vorlesungsplanung sieht vom 18. bis 20. November wiederum eine Exkursion zu den EU-Einrichtungen in Luxemburg vor. Gemeinsam mit Studierenden von MEUS / Tübingen werden der EuGH, die EIB und der Europäische Rechnungshof besucht werden.

Verstärkt wird entsprechend einem Beschluss der Studienkommission für den Masterstudiengang in diesem Jahrgang Wert gelegt werden auf eine Implementierung wissenschaftlicher Methodik. Erster Höhepunkt in dieser Hinsicht ist ein von Prof. Dr. Hopp, Prof. Dr. Kese und Frau Sandra Schott M.A. geleiteter Forschungsworkshop mit dem Thema "Europäisierung der Verwaltung". Ziel ist es, das Niveau unseres Masterstudiengangs noch einmal erheblich zu steigern um den Faktor Methodenkompetenzen. Zugleich sollen die Master-Studierenden motiviert werden, in Zukunft immer stärker in abzusehende Forschungstätigkeiten der Hochschule mit einzusteigen. Dies soll dadurch geschehen, dass „junge“ Studierende schon an aktuellen Unterthemen von Forschungsvorhaben ühend beginnen zu arbeiten und hieraus Ideen für ihre Master-Arbeiten erhalten. Zugleich soll ein Reservoir an Arbeiten entstehen, welches für weitere Forschungszwecke genutzt werden kann.

Die anderen am Masterstudiengang mitwirkenden Kollegen wurden angehalten, in ihren Vorlesungen ebenfalls mehr Wert auf die Vermittlung wissenschaftlicher Methodik zu legen.

1.7.1.5 Marketing

Zur Steigerung der Studierendenzahl haben verstärkte Anstrengungen im Werbebereich beigetragen. Zu nennen sind hier zum einen mehrere besondere Informationsveranstaltungen an den beiden den Masterstudiengang tragenden Hochschulen. An unserer HS wurden diese aufgrund unterschiedlicher Interessenschwerpunkten getrennt nach den Fakultäten durchgeführt. Hieraus resultierte für das Zulassungsverfahren des Jahrgangs 2009 die erfreulich hohe Anzahl von 10 Bewerber/-innen.

Da ein beträchtlicher Teil unserer Bewerber in den letzten Jahren von anderen Hochschulen sowie aus den Staaten Osteuropas kamen, wurde die Werbung „vor Ort“ verstärkt. Durch die Masterstudierenden der Jahrgänge 2007 und 2008 konnte an der Corvinus-Universität in Budapest der Studiengang mit seinen Inhalten, seinen Zugangsvoraussetzungen und den Möglichkeiten des Walter-Hallstein-Stipendiums vor vorgestellt werden. Anschließend wurde mit ungarischen Studierenden im Rahmen eines Workshops die „Erweiterung der EU“ untersucht. Durch Prof. Raviol und Prof. Kies wurden im Anschluss an diese Veranstaltungen jeweils Bewerbergespräche geführt.

Weitere Informationsveranstaltungen an der Hochschule der sächsischen Verwaltung in Meißen, an der Hochschule Nürtingen/Geislingen und anlässlich des Besuchs einer Studierendengruppe der Universität Saratow haben dazu beigetragen, die Qualität und die Quantität der Bewerber/-innen für den Masterstudiengang zu steigern.

Als weitere Marketingmaßnahme war der Masterstudiengang durch Studiendekan Prof. Dieter Kies an den „Deutsch – Ungarischen Hochschultagen“ vom 26. bis 27. September 2008 in Budapest beteiligt. An zwei Tagen wurde hier in Form einer Informationsmesse und in Vortragsveranstaltungen – veranstaltet vom DAAD – über das deutsche Hochschulsystem, die Studien- und Forschungsmöglichkeiten an deutschen Hochschulen und die deutschsprachigen Studiengänge in Ungarn informiert werden. Unterstützt wurde der Studiendekan bei dieser Veranstaltung von den beiden ungarischen Masterstudierenden Anita Keresztes JG 06 und Csilla Csapo JG 07.

„Flagge gezeigt“ hat der Masterstudiengang auch bei einer Messe der wichtigsten Europa-Studiengänge – EU-Studies Fair – in Brüssel am 7. Februar 2009. Landtag und Landesregierung von Baden-Württemberg sind die Gastgeber der Europa-Jugendveranstaltung ebenfalls am 07. Februar 2009 im Landtag. Wie bereits in 2007 werden die Masterstudierenden die Chance haben, mit Ministerpräsident Günther H. Oettinger und anderen Persönlichkeiten des politischen Lebens über Europa zu diskutieren. Flankiert wird die Veranstaltung vom „Markt der Möglichkeiten“, bei welchem die Studierenden den Masterstudiengang der Öffentlichkeit vorstellen werden. Die Präsenz

der Masterstudierenden und deren aktive Unterstützung bei all diesen Veranstaltungen zeigt deren außergewöhnlich enge Bindung an „ihren“ Studiengang.

1.7.1.6 Auf europäischen Spuren in Ludwigsburg: Vorträge von Studierenden der HVF und Stadtführungen verdeutlichen die Verbindung Ludwigsburg – Europa

Die vielfältigen Verbindungen Ludwigsburgs zu Europa wurden im Frühjahr 2009 anlässlich einer Vortragsveranstaltung sowie einer Stadtführung sichtbar. Tanja Lukasik, M.A. und Dipl. Verwaltungswirtin und Friedrich Maisch, Dipl. Verwaltungswirt von der Europa-Koordinationsstelle der Stadt Ludwigsburg und die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen, vertreten durch Prof. Dieter Kies entwarfen gemeinsam dieses Projekt im Vorfeld der Europawahl.

In einem Workshop, der für alle Studierenden der HS LB angeboten wurde, sollte von den Studierenden - einzeln oder in Kleingruppen - in Referatsform Themen erarbeitet werden, welche die europäische Dimension Ludwigsburgs betreffen. Bei einer Vortragsveranstaltung im Deutsch-Französischen Institut am Dienstag, 21. April stellten sechs Studierende der Hochschule ihre Themen mit Bezug zu Ludwigsburg und Europa der Öffentlichkeit vor:

- Von der württembergischen Magna Charta zur Ludwigsburger Verfassung mit konstitutioneller Monarchie (*Martina Schrag*)
- De Gaulles Rede an die Jugend Europas in Ludwigsburg im Jahr 1962 und ihre Folgen (*Marina Münderlein und Maria Latzusch*)
- Die Hochschulen in Ludwigsburg und ihre Aktivitäten in Europa (*Martina Kuch, Jara Schock und Anja Krusche*)

1.7.2 Masterstudiengang Public Management

Prof. Dr. Volkmar Kese

Am 18. August 2009 hat das Kabinett dem gemeinsamen Entwurf der Hochschulen Ludwigsburg und Kehl zur Errichtung eines Master-Studiengangs für Führungskräfte in der Verwaltung, Master of Arts (M. A.) Public Management, „grünes Licht“ gegeben. Das Master-Programm richtet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung, die eine Führungsposition in kommunalen und staatlichen Verwaltungen anstreben. Bei den angesprochenen Zielgruppen handelt es sich insbesondere um Absolventinnen und Absolventen der grundständigen Studiengänge an den Hochschulen Ludwigsburg und Kehl, aber auch um Absolventinnen und Absolventen anderer gleichwertiger Studienabschlüsse. Bei den anzustrebenden Führungspositionen ist sowohl an kommunale Wahlämter als auch an sonstige Führungspositionen in der Kommunal- und Landesverwaltung gedacht. Zur Zielgruppe zählen zudem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter staatlicher und kommunaler Unternehmen. In fünf Semestern sollen die Studierenden für Führungsaufgaben qualifiziert werden. Um die angestrebte Zielsetzung des Studiengangs zu erreichen, wurden an den Hochschulen Ludwigsburg und Kehl Abnehmerbefragungen durchgeführt zu den Fragen:

- Was ist aus der Sicht der Abnehmer das Anforderungsprofil an eine Absolventin/eines Absolventen eines Master-Studiengangs für Führungskräfte in der öffentlichen Verwaltung?
- Welche Schlüsselqualifikationen sollen Absolventinnen/Absolventen des Master-Studiengangs beherrschen?
- Welche fachlichen Schwerpunkte sollten in dem Master-Studiengang gesetzt werden?

Die Ergebnisse aus den Befragungen und aus zwei eintägigen Workshops mit den Vertretern der Fachpraxis wurden bei der Konzeption des Master-Studiengangs berücksichtigt und in den Entwurf des entwickelten Curriculums eingearbeitet. Die gesamte Entwicklung des Studiengangprojekts,

seine curriculare Differenzierung in neun Modulgruppen und der dazugehörigen 21 Module sind unter höchstem Einsatz sämtlicher daran beteiligten Kolleginnen und Kollegen in nur 15 Monaten erfolgreich entwickelt worden, was eine große Herausforderung darstellte, da bei der Entwicklung dieses berufs begleitenden Studienganges völlig neue Wege bei der Konzeption und Gestaltung beschritten werden mussten. Für einen kurzen inhaltlichen Überblick werden nachfolgend die Modulgruppen mit ihren Modulen aufgeführt:

Modulgruppe 1: Ethik und Selbstmanagement (Führung 1)

Modul 1.1: Ethik und nachhaltige Entwicklung

Modul 1.2: Selbstmanagement

Modulgruppe 2: Organisationsgestaltung (Führung 2)

Modul 2.1: Organisationsmanagement

Modul 2.2: Organisationsentwicklung / Change-Management

Modul 2.3: Informationsmanagement / E-Government

Modul 2.4: Personalmanagement, einschließlich Diversity Management, und Personalrecht

Modulgruppe 3: Kommunikation (Führung 3)

Modul 3.1: Gesprächs- und Verhandlungsführung

Modul 3.2: Public Relations – Externe und interne Kommunikation

Modul 3.3: Führungskonzepte, einschließlich Gender Mainstreaming

Modulgruppe 4: Kommunalpolitik, Landes-, Bundes- und Europapolitik

Modul 4.1: Politisch-administrative Systeme und ihre Akteure

Modul 4.2: Kommunalpolitik und Partizipation auf kommunaler und staatlicher Ebene

Modul 4.3: Kommunalpolitiken im Mehrebenensystem

Modulgruppe 5: Wirtschaft und Finanzen

Modul 5.1: Öffentliche Finanzpolitik, ökonomische Analyse des Staates

Modul 5.2: Kommunales (öffentliches) Investitions- und Finanzmanagement

Modul 5.3: Beteiligungsmanagement – kommunale (öffentliche) Betriebe und Beteiligungen

Modul 5.4: Betriebswirtschaftliche Steuerung der Verwaltung

Modulgruppe 6: Recht im kommunalen und staatlichen Management

Modul 6.1: Verfassungs- und europarechtliche Problemfelder für Führungskräfte

Modul 6.2: Verwaltungs- und privatrechtliche Problemfelder für Führungskräfte

Modul 6.3: Prozessrecht einschließlich moderner prozessvermeidender Strategien (Mediation)

Modulgruppe 7: Interdisziplinäre Projekte und Vertiefungsmodule

Modulgruppe 8, 9: Master-Kolloquium, Master-Thesis

2 Berichte der Hochschulabteilungen

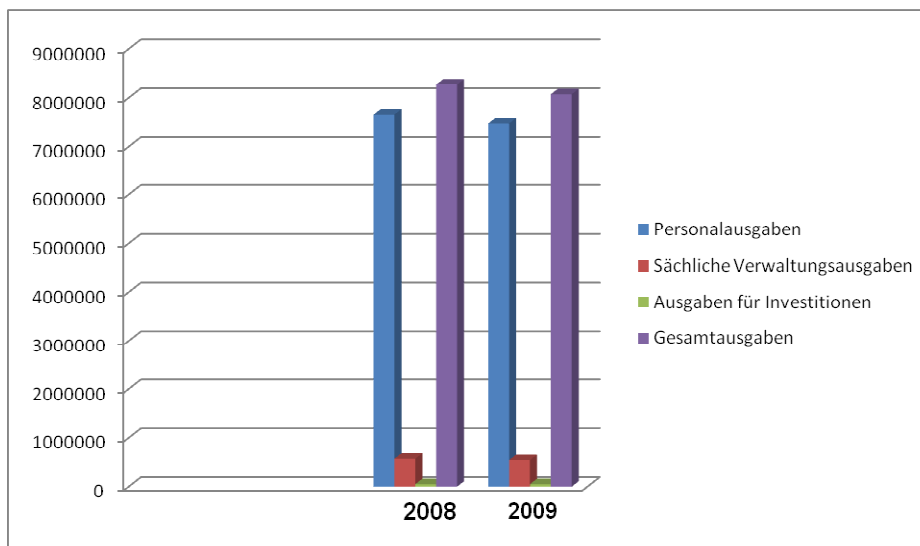
Kanzler Walter Veigel, StOI Günter Lauer

2.1 Finanzen, Controlling, Organisation und Bauangelegenheiten

2.1.1 Finanzen

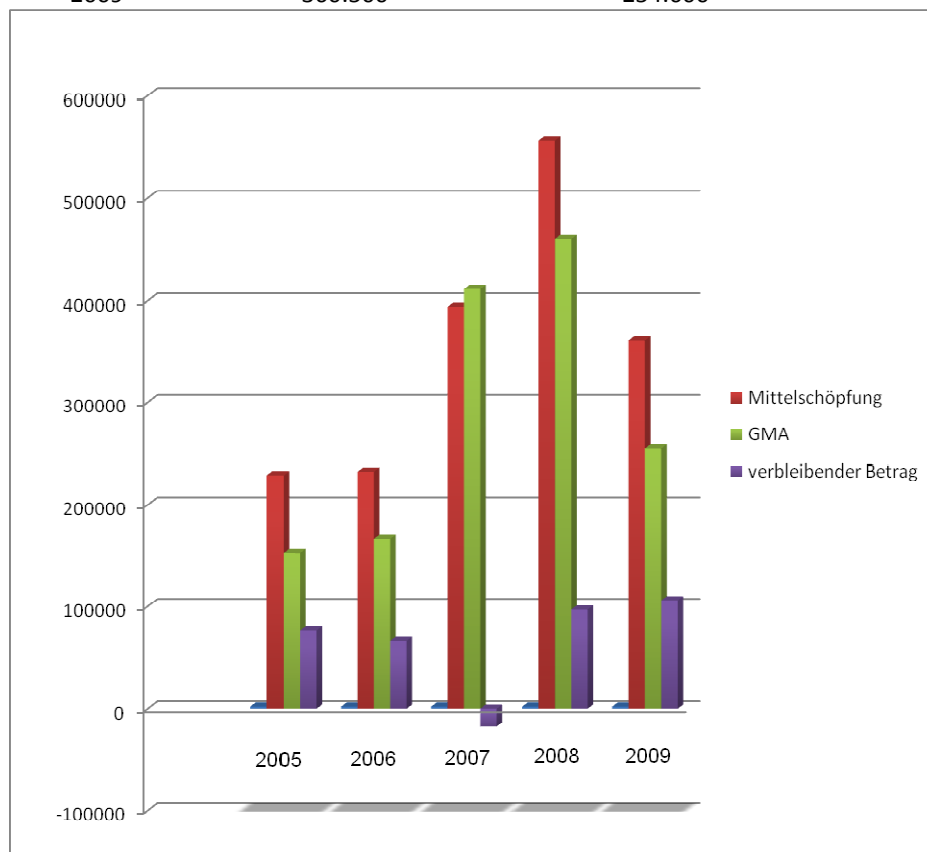
In den Staatshaushaltsplänen 2008 und 2009 standen der Hochschule folgende Haushaltsmittel zur Verfügung:

Titel	Zweckbestimmung	Haushalts- betrag 2008	Haushalts- betrag 2009	Differenz betrag
TGr.				
422 01	Bezüge der Beamten	5.500.000,00	5.295.000,00	-205.000,00
428 01	Entgelte der Beschäftigten	912.200,00	943.000,00	30.800,00
429 01	Sonst. Personalausgaben	402.300,00	402.300,00	0,00
	Zwischensumme Personalausgaben	6.814.500,00	6.640.300,00	-174.200,00
547 01	Sächliche Verwaltungsausgaben	150.500,00	150.500,00	0,00
TG 71	Aufwand für Lehre u. Forschung, Informations- technik, Rechenzentrum und die Bibliothek			
429 71	Personalaufwand	836.800,00	836.800,00	0,00
547 71	Sachaufwand	421.400,00	393.800,00	-27.600,00
812 71	Erwerb v. Maschinen, Geräten usw.	51.000,00	51.000,00	0,00
TG 71	Summe Titelgruppe 71	1.309.200,00	1.281.600,00	-27.600,00
Gesamtzusammenstellung				
	Personalausgaben	7.651.300,00	7.477.100,00	-174.200,00
	Sächliche Verwaltungsausgaben	571.900,00	544.300,00	-27.600,00
	Ausgaben für Investitionen	51.000,00	51.000,00	0,00
	Gesamtausgaben	8.274.200,00	8.072.400,00	-201.800,00

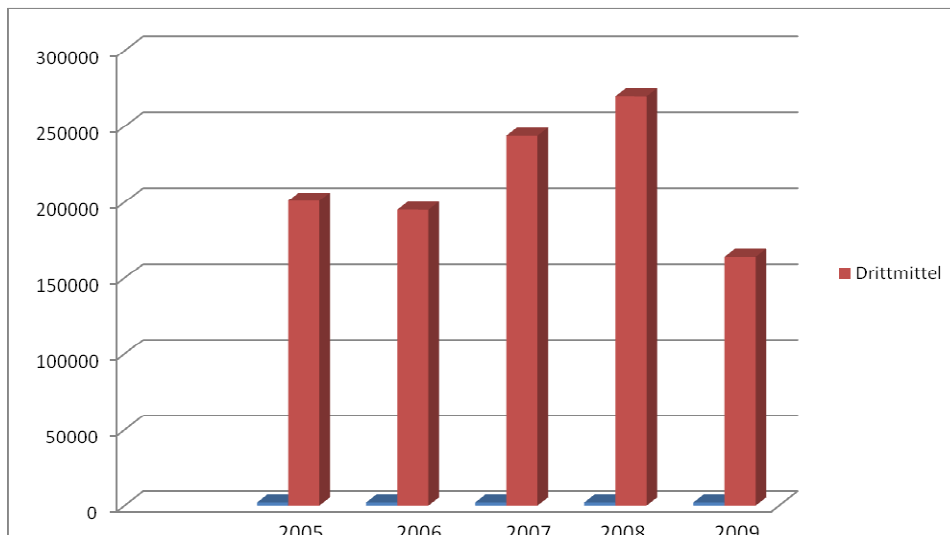
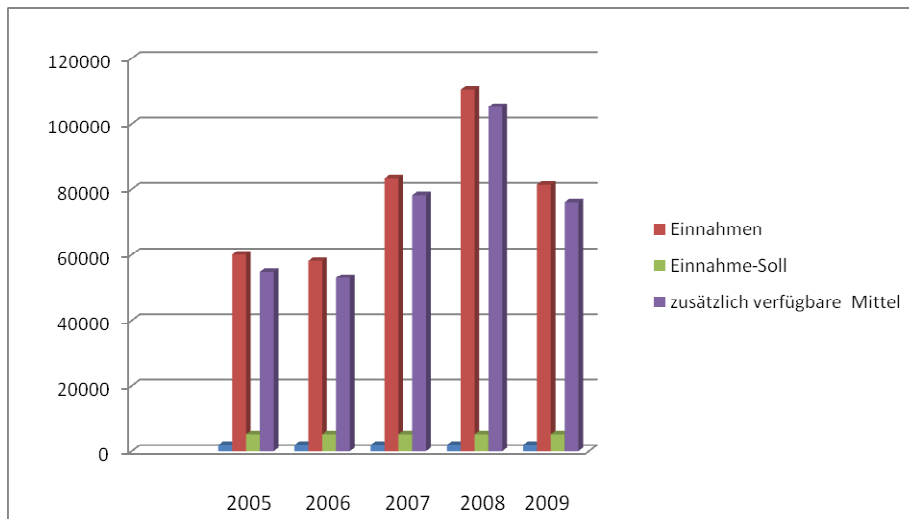


Die Personalausgaben sind Fixkosten und belaufen sich auf 92,5% der Gesamtausgaben. Auch bei den sächlichen Verwaltungsausgaben sind kaum Spielräume vorhanden, da dort zum großen Teil Ausgaben für Rechtsverpflichtungen z.B. Leasingverträge, Wartungsverträge, Periodika usw. geleistet werden müssen. Deshalb kommt der Mittelschöpfung aus freien Stellen eine besondere Bedeutung zu. Mit diesen Mitteln können von der Hochschulleitung Akzente gesetzt werden. Die Haushaltsansätze bei den Tit. 429 01, 547 01 und der Titelgruppe 71 können im Rahmen des Globalhaushalts um die Schöpfungsmittel erhöht werden. Allerdings muss die von der Landesregierung jährlich festgelegte Globale Minderausgabe (GMA) von den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln abgesetzt werden. Folgende Mittel konnten geschöpft werden.

HH-Jahr	Mittelschöpfung	GMA	verbleibender Betrag
2005	228.800	152.850	75.950
2006	232.300	166.200	66.100
2007	394.000	411.500	-17.500
2008	556.900	460.100	96.800
2009	360.500	254.600	105.900

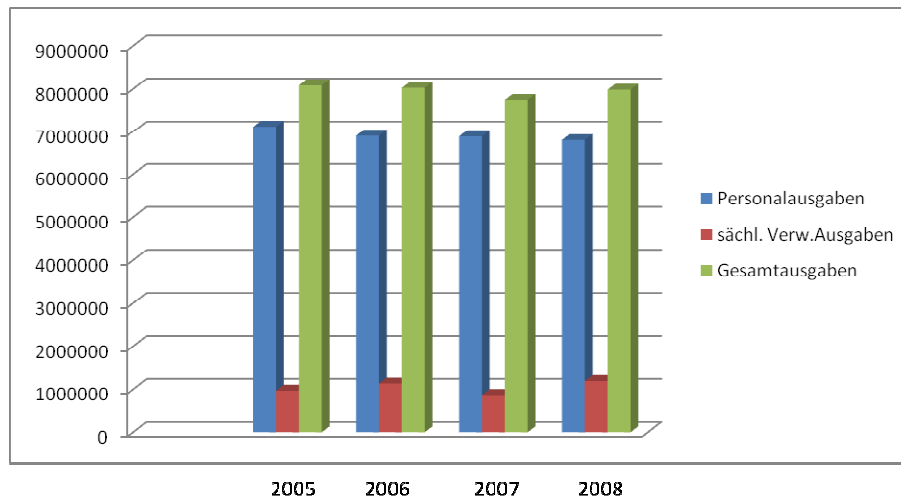


Ein wesentlicher Beitrag zur Konsolidierung des Hochschulhaushalts ist die Einwerbung von Drittmitteln. Ohne Zuschüsse aus anderen Kapiteln des Staatshaushaltsplans konnten Drittmittel wie folgt vereinnahmt werden (HH-Jahr 2009 Stand 21.7.2009):



Die Hochschule darf von den Studierenden der grundständigen Studiengänge keine Studiengebühren erheben. Durch Mieteinnahmen, Teilnahmegebühren bei Fortbildungsmaßnahmen, Verwaltungs- und Benutzungsgebühren usw. konnten folgende Beträge vereinnahmt werden, die zusätzlich zu den im Staatshaushaltsplan veranschlagten Mitteln verausgabt wurden (HH-Jahr 2009 Stand 21.7.2009):

Unter Berücksichtigung der Schöpfungsmittel, der zusätzlichen Einnahmen und dem Abzug der Globalen Minderausgabe wurden in den Jahren 2005 bis 2008 folgende Mittel verausgabt:



2.1.2 Controlling

Die Hochschulen haben die dezentrale Finanzverantwortung für den flexiblen und eigenverantwortlichen Einsatz der im Staatshaushaltsplan ausgebrachten Stellen und veranschlagten Mittel erhalten (§ 7 a LHO i. V. mit § 13 Abs. 3 LHG). Dabei müssen sie die Einhaltung der haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen und das jeweils verfügbare Ausgabenvolumen durch geeignete Informations- und Steuerungsinstrumente sicherstellen. Die Hochschulen verwenden dazu die Software der Fa. HIS GmbH. Mit Hilfe dieser Programme erfüllt die Hochschule ihre Berichtspflichten gegenüber dem Ministerium gem. § 13 Abs. 8 und 9 LHG sowie für interne Zwecke. Die Berichte werden von der Controllerin, Frau Sturm-Joedecke, und Herrn Lauer erstellt.

2.1.3 Organisation

Die Geschäftsverteilungspläne für die Mitarbeiter des Informationszentrums und der Verwaltung wurden laufend den gegebenen Änderungen angepasst. Nachdem Herr Mager die Hochschule verlassen hatte, hat Herr Prorektor Prof. Rieth die Leitung des Rechenzentrums übernommen. Weitere organisatorische Maßnahmen im Bereich des Rechenzentrums stehen demnächst an. Die Hochschule hat sich als Ziel gesetzt, im Zeitraum von Januar 2009 bis Januar 2011 ein umfassendes Qualitätsmanagement-System für die gesamte Hochschule zu entwickeln und einzuführen. Hierfür wurde Herr Rassi eingestellt. Die Stabsstelle "Qualitätsmanagement-System" ist dem Rektorat zugeordnet.

Der Organisationsplan der Hochschule ist am Ende dieses Berichts als Anlage beigefügt.

2.1.4 Bauangelegenheiten

Im Berichtszeitraum konnten die restlichen Arbeiten zur Verkabelung, Deckensanierung und Verbesserung des vorbeugenden Brandschutzes abgeschlossen werden. Die interne Ausschilderung (Wegweiser) steht kurz vor dem Abschluss.

Nach Etatisierung des Zukunftsinvestitionsprogramms und des Landesinfrastrukturprogramms im StHPI. 2009 und Billigung des Bauprogramms durch den Finanzausschuss des Landtags ist es gelungen, dass mit der Sanierung der Cafeteria im Bauteil 6 zu Beginn des Jahres 2010 begonnen wird. Dabei sind folgende Baumaßnahmen vorgesehen:

- Erneuerung des Fussbodens
- Erneuerung der Be- und Entlüftung
- Sanierung der abgehängten Decke
- Malerarbeiten
- Umbau der Essenausgabe

Während der Baumaßnahmen muss die Cafeteria für ca. drei Monate geschlossen werden.

2.2 Personal, Studierendenverwaltung

Kanzler Walter Veigel, Ulla Gottwald

2.2.1 Personalstruktur (Lehrkörper, Verwaltungspersonal)

Zum Stichtag 31.8.2009 standen für den Bereich der Lehre folgende Stellen zur Verfügung:

Professor	W 3	18
Professor	W 2	55
Summe der Professorenstellen		73
Abzgl. gesperrte Professorenstellen		9
besetzbare Professorenstellen		64
besetzte Professorenstellen		61
freie Professorenstellen		3
Professorenstellen der Fakultät I		37,5
Abzgl. gesperrte Stellen Fakultät I		3
besetzbare Professorenstellen Fakultät I		34,5
freie Professorenstellen der Fakultät I		0
Professorenstellen der Fakultät II		35,5
Abzgl. gesperrte Stellen Fakultät II		6
besetzbare Professorenstellen Fakultät II		29,5
freie Professorenstellen der Fakultät II		3

Zur Erfüllung und Ergänzung des nach den Studien- und Prüfungsordnungen vorgeschriebenen Lehrangebots werden nach den Vorgaben des Landes Lehrbeauftragte wie folgt beschäftigt:

Studiengang Innenverwaltung	=	40 %
Studiengang Allg. Finanzverwaltung	=	30 %
Studiengang Rentenversicherung	=	30 %
Studiengang Steuerverwaltung	=	25 %

Laut Staatshaushaltsplan 2009 stehen für den Bereich der Verwaltung folgende Stellen zur Verfügung:

Verwaltungsbeamte einschließlich Rektor	11
Beschäftigte im Verwaltungs- und Hausdienst	13,5
Beschäftigte im Bibliotheksdienst	4,5
Beschäftigte im Technischen Dienst	4
Personalstellen insgesamt	33
Abzgl. gesperrte Stellen	1,5
besetzbare und tatsächlich besetzte Verwaltungsstellen	31,5

2.2.2 Personelle Veränderungen

2.2.2.1 Neue Professorinnen und Professoren

01.09.2008 Prof. Walter Buttler, Fakultät I, KWR und Kommunales Abgabenrecht
 01.09.2008 Prof. Dr. Oliver Sievering, Fakultät I, Öffentliche Finanzwirtschaft/WiWi
 01.09.2008 ORR Günter Maus, Fakultät II, Besitz- und Verkehrssteuern
 01.03.2009 Prof. Dr. Claudia Schneider, Fakultät I, Verwaltungsmanagement
 01.04.2009 Prof. Dr. Markus Beckers, Fakultät II, Besitz- und Verkehrssteuern
 01.05.2009 Prof. Michael Grau, Fakultät I, Staatl. Liegenschaftswesen, Privatrecht
 01.07.2009 Prof. Dr. Alexander Neeser, Fakultät II, Besitz- und Verkehrssteuern

2.2.2.2 Ruhestand

28.02.2009 Prof. Wolfgang Götzenberger, Fakultät II
 28.02.2009 Prof. Volker Hahn, Fakultät II
 28.02.2009 Prof. Dr. Harald Horschitz, Fakultät II
 28.02.2009 Prof. Jürgen Schaeberle, Fakultät II
 28.02.2009 Prof. Dr. Günther Vollmer, Fakultät I
 28.02.2009 Prof. Volkmar Walter, Fakultät II
 31.08.2009 Prof. Wolfgang Altpeter, Fakultät I
 31.08.2009 Prof. Dr. Hans Büchner, Fakultät I
 31.08.2009 Prof. Peter Fellmeth, Fakultät II
 31.08.2009 Prof. Rudi Haas, Fakultät II
 31.08.2009 Prof. Helmut Karg, Fakultät II
 31.08.2009 Prof. Dr. Dorit Loos, Fakultät I
 31.08.2009 Prof. Hans-Peter Schmitt, Fakultät II

2.2.2.3 Neu eingestellte Verwaltungsmitarbeiter

15.01.2009 Beschäftigter im Bereich Qualitätsmanagement Henning Rassi
 15.01.2009 Beschäftigte im Bereich Drittmittelverwaltung Isabel Trampenau
 01.05.2009 Beschäftigter im Akademischen Auslandsamt Ulrich Track

2.2.2.4 Ausgeschiedene Verwaltungsmitarbeiter

30.09.2008, Beschäftigter im Rechenzentrum Michael Mager

31.12.2008, Beschäftigter im Bereich Öffentlichkeitsarbeit Florian Kunz

2.2.2.5 Dienstjubiläum

Prof. Dr. Reschl	02.01.09	25-jähriges Dienstjubiläum
Prof. Maier	03.03.09	40-jähriges Dienstjubiläum
Prof. Dr. Bächle	16.03.09	40-jähriges Dienstjubiläum
Prof. Dr. Rath	22.03.09	40-jähriges Dienstjubiläum
Frau Mix	04.04.09	25-jähriges Dienstjubiläum
Prof. Matjeka M.A.	01.07.09	40-jähriges Dienstjubiläum

2.2.2.6 Ehrungen

Klaus Herrmann, MdL zum Ehrensator der Hochschule ernannt

In würdigem Rahmen in der Musikhalle Ludwigsburg im Beisein vieler Gäste aus dem In- und Ausland wurde Herrn Klaus Herrmann, MdL der Titel Ehrensator der Hochschule Ludwigsburg verliehen. Die Verleihung wurde vom Senat der Hochschule einstimmig beschlossen. Die Hochschule geht mit der Verleihung des Titels Ehrensator äußerst sparsam um. Es war das erste und einzige Mal in der langen Geschichte der Hochschule, dass dieser Titel verliehen wurde. Den Titel Ehrensator erhalten nach den Bestimmungen hervorragende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die sich besonders um die Hochschule Ludwigsburg bemüht haben. Außerdem müssen sie ein außergewöhnliches und langfristiges Engagement für die Hochschule gezeigt und sich um die Hochschule hervorragend verdient gemacht haben. Der Senat der Hochschule war sich darin einig, dass diese Wertung auf Herrn Herrmann, selbst Absolvent der Hochschule und langjähriger Lehrbeauftragter, wegen seines intensiven und vielfältigen Engagements für die Hochschule in vollem Umfang zutrifft.

Erasmus-Preis für Prof. Peter Raviol

Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) hat Herrn Prof. Peter Raviol den „ERASMUS-Preis 2009“ für seine besonderen Verdienste bei der Umsetzung des ERASMUS-Programms der Europäischen Union in Deutschland verliehen.

2.3 Prüfungsamt

Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp / OAR Claus Wendolsky

2.3.1 Aufgaben des Prüfungsamtes

Das Prüfungsamt ist für die meisten Prüfungen und sonstigen Leistungsnachweise an der Hochschule zuständig. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfüllen in diesem Zusammenhang zunächst die für Prüfungsämter an Hochschulen üblichen Aufgaben:

- Auswertung der Noten und Errechnung der Prüfungsergebnisse,
- Erstellung der Prüfungszeugnisse, der Diplomurkunden und der sonstigen Bescheinigungen,

- Beschaffung und Aktualisierung der für die Prüfungen notwendigen Informationen,
- Regelung der Prüfungszulassungen, -rücktritte und -verlängerungen,
- Beratung der Prüfungsausschüsse bei Problemstellungen und damit Gewährleistung der Einheitlichkeit der Auslegung von Gesetzen und Prüfungsordnungen,
- Erarbeitung neuer Studien- und Prüfungsordnungen bzw. Anpassung an neue bzw. veränderte gesetzliche Vorschriften (einschließlich Stellungnahmen),
- Durchführung von Widerspruchs- und Klageverfahren in Prüfungsangelegenheiten.

Das Prüfungsamt der HS LB ist zusätzlich für die gesamte Organisation und operative Durchführung der Prüfungen zuständig. Insofern werden auch die nachstehenden Aufgaben fast ausschließlich durch das Personal des Prüfungsamtes erledigt:

- Terminplanung und Prüfungskoordination,
- Kontakt mit Klausurstellern, Korrektoren und Gutachtern für Diplomarbeiten in Kooperation mit den jeweiligen Fakultäten,
- Berechnung der Vergütungen für die Aufgabensteller, die Korrektoren, die Gutachter und das Aufsichtspersonal,
- Raumplanung und Bereitstellung der Prüfungsräume,
- Gewinnung und Einweisung des Aufsichtspersonals in Kooperation mit den staatlichen und kommunalen Behörden(450 bis 500 Aufsichtspersonen pro Jahr),
- Terminüberwachung des Eingangs der Klausuraufgaben,
- Drucklegung, Sortierung, Verpackung und Versand der Klausuren und Diplomarbeiten,
- Erstellen der durch die jeweiligen Prüfungsordnungen vorgeschriebenen Leistungsbeurteilungen und -nachweise,
- Ausgabe der Diplomarbeitsthemen sowie Entgegennahme der Diplomarbeiten und Gutachten,
- Organisation und Überwachung aller schriftlichen und mündlichen Prüfungsveranstaltungen,
- Registrierung des fristgerechten Eingangs der korrigierten Klausuren und Diplomarbeiten,
- Registratur/Ablage der Klausuren und sonst. Prüfungsunterlagen,
- Organisation der Einsichtnahmen durch die Prüflinge

Im Laufe eines Studienjahres werden ca. 22.000 Klausuren bzw. Klausurfälle durch das Prüfungsamt bearbeitet. Die Umstellung auf Bachelorstudiengänge führt noch zu einer weiteren Vergrößerung dieser Zahl, da nunmehr in jedem Semester weitere Modulprüfungen nach den Vorgaben der jeweiligen Bachelorordnungen stattfinden müssen. Dazu kommen noch bei nicht bestandenen Modulprüfungen die jeweiligen Nachtermine, ggf. auch mündliche Prüfungen, die ebenfalls zeitnah abzuwickeln sind.

Die Aufgabenbewältigung im Prüfungsamt unterliegt einem ständigen Wandel. Seit dem Jahr 2003 verwendet das Prüfungsamt ein einheitliches, in den einzelnen Studiengängen variabel einsetzbares Prüfungsprogramm „HIS-POS“. Das Programm weist Schnittstellen zur Studierendenverwaltung „HIS-SOS“ und zum Haushaltswesen und zur Kosten-/Leistungsrechnung auf. Da diese Software eigentlich für die Bedürfnisse an externen Hochschulen gedacht ist, ist es teilweise schwierig gewesen, die Programme an die speziellen Anforderungen der internen Studiengänge sowie der einzelnen Fakultäten bzw. Prüfungsordnungen anzupassen. Es bedarf deshalb einer ständigen Kontrolle und Anpassung. Diese Anpassungs- und Programmierarbeiten werden in enger Kooperation mit den EDV-Mitarbeitern der Verwaltung und der HIS GmbH erarbeitet.

2.3.2 Bachelorumstellung im Prüfungswesen

Inzwischen haben in allen Studiengängen die ersten Bachelor-Jahrgänge begonnen. Im Oktober 2007 ging der erste BA-Jahrgang des Studiengangs Steuerverwaltung an den Start.

Im März 2008 folgte der Studiengang Public Management/Gehobener Verwaltungsdienst. Die Studiengänge Allgemeine Finanzverwaltung und Rentenversicherung haben ihre ersten BA-Jahrgänge im September bzw. Oktober 2008 begonnen. In den Bachelor-Studiengängen sind studienbegleitende und modulabschließende Prüfungen die Regel. Modulprüfungen erfolgen dem gemäß in bzw. nach jedem Semester, so dass insgesamt mehr Einzelprüfungsleistungen zu organisieren sind als nach dem alten System.

Bis zum Jahre 2010 werden Prüfungen in den Diplom-Studiengängen noch parallel zu den Prüfungen in den Bachelor-Studiengängen durchzuführen sein.

Im Jahre 2008 haben die Planungen für die Einführung von HIS-POS in den neuen Bachelor-Studiengängen begonnen. Mit der Umsetzung konnte mittlerweile begonnen werden; es sind jedoch weiterhin Kontrollen und Anpassungen erforderlich.

Hochschulweite Prüfungsergebnisse ab 1990

Zwischenprüfungen						Staatsprüfungen				
Jahr	Prüflinge gesamt	Männl.	Weibl.	Nicht bestan- den	in %	Prüflinge gesamt	Männl.	Weibl.	nicht bestan- den	in %
1990	456	144	312	29	6,4	464	169	295	5	1,1
1991	558	168	390	49	8,8	429	132	297	2	0,5
1992	566	179	387	14	2,5	511	148	363	6	1,2
1993	571	191	380	27	4,7	554	177	377	10	1,8
1994	628	244	384	28	4,5	552	186	366	9	1,6
1995	601	229	372	24	4,0	602	232	370	20	3,3
1996	912	359	553	57	6,3	661	253	408	28	4,2
1997	408	144	264	43	10,5	605	235	370	28	4,6
1998	419	134	285	25	6,0	338	142	196	7	2,1
1999	505	209	296	38	7,5	529	205	324	26	4,9
2000	514	193	321	13	2,5	594	232	362	39	6,5
2001	441	143	298	26	5,9	496	197	299	28	5,6
2002	528	161	367	35	6,6	518	197	321	21	4,1
2003	589	190	399	75	12,7	428	140	288	18	4,2
2004	558	180	362	23	4,1	497	156	341	42	8,4
2005	518	172	346	37	7,1	533	168	365	43	8,1
2006	448	172	276	18	4,0	553	179	374	57	10,3
2007	434	148	286	6	1,4	553	175	358	48	11,1
2008	472	134	338	24	5,0	458	156	302	45	9,8
2009	224*)	78	146	3	1,3	448	153	295	24	5,3

Ab dem Kalenderjahr 1999 sind auch die Ergebnisse der jetzigen Fakultät II (Steuerverwaltung, vormals Hochschule für Finanzen) enthalten.

*) Im Kalenderjahr 2009 sind nur die Zwischenprüfungsergebnisse der Steuerverwaltung ausgewiesen; in den anderen Studiengängen finden wegen der Bachelorumstellung ab 2009 keine Zwischenprüfungen mehr statt.

2.3.3 Zwischen- und Staatsprüfungen 2002 – 2009 (Fakultät I)**Zwischenprüfung Innenverwaltung**

	Prüfungsteilnehmer	Weibl.	Männl.	Note gesamt	Note weibl.	Note männl.	Zahl Durchfaller	Durchfaller v.H.
2002	195	154	41	6,54	6,48	6,72	17	8,72
2003	234	160	74	6,12	6,02	6,37	49	20,94
2004	202	138	51	7,35	---	---	13	6,44
2005	186	125	61	6,90	---	---	30	16,1
2006	162	100	62	6,16	---	---	14	8,60
2007	160	108	52	7,16	---	---	5	3,13
2008	183	137	46	7,55	-	-	10	5,46
2009	-	-	-	-	-	-	-	-

Zwischenprüfung Rentenversicherung

	Prüfungsteilnehmer	Weibl.	Männl.	Note gesamt	Note Weibl.	Note männl.	Zahl Durchfaller	Durchfaller v.H.
2002	60	46	14	6,26	6,08	6,84	9	15,00
2003	63	41	22	6,69	6,40	6,72	6	9,52
2004	61	42	16	6,67	---	---	2	3,28
2005	46	37	9	7,53	---	---	3	6,52
2006	38	33	5	7,35	---	---	0	0
2007	36	25	11	7,62	---	---	0	0
2008	38	30	8	7,24	-	-	0	0
2009	-	-	-	-	-	-	-	-

Zwischenprüfung Allgemeine Finanzverwaltung

	Prüfungsteilnehmer	Weibl.	Männl.	Note gesamt	Note Weibl.	Note männl.	Zahl Durchfaller	Durchfaller v.H.
2002	40	29	11	7,62	7,51	7,89	1	2,50
2003	36	26	10	7,54	8,15	5,95	4	11,11
2004	43	26	17	8,50	8,99	7,77	1	2,33
2005	33	15	18	8,88	10,13	7,85	0	---
2006	34	23	11	9,11	---	---	1	2,94
2007	34	22	12	9,17	---	---	0	0
2008	38	22	16	10,11	-	-	0	0
2009	-	-	-	-	-	-	-	-

Da sämtliche grundständigen Studiengänge vom Diplom auf den Bachelor umgestellt wurden, fanden in den Studiengängen Innenverwaltung, Rentenversicherung und Allgemeine Finanzverwaltung im Jahr 2009 keine Zwischenprüfungen mehr statt. Im Bologna-System sind studienbegleitende Modulprüfungen in jedem Semester vorgesehen.

Staatsprüfung Innenverwaltung V-Zweig

	Prüfungs- teilnehmer	weiblich	männlich	Note ge- samt	Note weiblich	Note männlich	Durch- faller	Durch- faller v.H.
2002	128	92	36	8,08	8,25	7,66	3	2,34
2003	93	70	23	8,68	8,79	8,34	3	3,23
2004	108	83	25	8,09	8,11	8,04	2	1,85
2005	136	102	34	8,19	---	---	4	2,94
2006	128	100	28	8,76	---	---	2	1,56
2007	113	81	32	8,84	---	---	2	1,77
2008	89	61	28	8,78	---	---	3	3,37
2009	90	69	21	9,44	---	---	1	1,11

Staatsprüfung Innenverwaltung W-Zweig

	Prüfungs- teilnehmer	weiblich	männlich	Note ge- samt	Note weiblich	Note männlich	Durch- faller	Durch- faller v.H.
2002	76	39	37	8,45	8,09	8,83	2	2,63
2003	57	39	18	9,11	9,02	9,31	1	1,75
2004	71	57	14	8,90	8,72	9,62	1	1,41
2005	73	41	32	8,75	---	---	2	2,74
2006	66	42	24	9,20	---	---	1	1,52
2007	66	43	23	8,73	---	---	2	3,03
2008	60	35	25	9,38	---	---	0	0
2009	70	39	31	9,41	---	---	1	1,42

Staatsprüfung Rentenversicherung

	Prüfungs- teilnehmer	weiblich	männlich	Note ge- samt	Note weiblich	Note männlich	Durch- faller	Durch- faller v.H.
2002	44	28	16	8,53	8,78	8,10	1	2,27
2003	47	30	17	7,96	7,64	8,51	0	0,00
2004	51	39	12	8,24	8,04	8,91	1	1,96
2005	57	40	17	8,41	---	---	1	1,75
2006	58	42	16	8,51	---	---	3	5,17
2007	48	39	9	9,43	---	---	1	2,08
2008	36	32	4	9,36	---	---	0	0
2009	37	25	12	9,45	---	---	0	0

Staatsprüfung Allgemeine Finanzverwaltung

	Prüfungs- teilnehmer	weiblich	männlich	Note ge- samt	Note weiblich	Note männlich	Durch- faller	Durch- faller v.H.
2002	32	20	12	9,69	9,85	9,43	0	0,00
2003	34	26	8	9,71	9,99	8,79	0	0,00
2004	39	28	11	9,44	9,53	9,19	0	0,00
2005	34	26	8	9,06	11,02	9,69	1	2,94
2006	41	25	16	10,07	---	---	0	---
2007	33	16	17	10,36	---	---	0	0
2008	33	23	10	11,27	---	---	0	0
2009	34	21	13	10,71	---	---	0	0

2.3.4 Zwischen- und Staatsprüfungen 2002 – 2009 (Fakultät II)

Zwischenprüfungen Steuerverwaltung

Zwischenprüfung 2002		
		in v.H.
Teilnehmer	233	100
Sehr gut	8	3,4
Gut	53	22,7
Befriedigend	91	39,1
Ausreichend	73	31,3
Nicht bestanden	8	3,4

Zwischenprüfung 2003		
		in v.H.
Teilnehmer	272	100
Sehr gut	14	5,1
Gut	61	22,4
Befriedigend	92	33,8
Ausreichend	82	30,1
Nicht bestanden	23	8,4

Zwischenprüfung 2004		
		in v.H.
Teilnehmer	275	100
Sehr gut	8	2,9
Gut	67	24,3
Befriedigend	112	40,7
Ausreichend	58	21,1
Nicht bestanden	30	10,9

Zwischenprüfung 2005		
		in v.H.
Teilnehmer	268	100
Sehr gut	7	2,78
Gut	67	26,59
Befriedigend	126	50,00
Ausreichend	52	20,63
Nicht bestanden	16	5,9

Zwischenprüfung 2006		
		in v.H.
Teilnehmer	216	100
Sehr gut	6	2,84
Gut	69	32,70
Befriedigend	97	45,97
Ausreichend	39	18,48
Nicht bestanden	5	5,80

Zwischenprüfung 2007		
		in v.H.
Teilnehmer	204	100
Sehr gut	9	4,43
Gut	65	32,02
Befriedigend	107	52,71
Ausreichend	22	10,84
Nicht bestanden	1	1,93

Zwischenprüfung 2008		
		in v.H.
Teilnehmer	213	-
Sehr gut	5	2,51
Gut	45	22,61
Befriedigend	85	42,71
Ausreichend	64	32,16
Nicht bestanden	14	6,57

Zwischenprüfung 2009		
		in v.H.
Teilnehmer	224	100
Sehr gut	4	1,8
Gut	49	21,9
Befriedigend	105	46,8
Ausreichend	63	28,1
Nicht bestanden	3	1,3

Im Studiengang Steuerverwaltung muss auch nach Umstellung des Diploms auf den Bachelor (Bachelor of Laws, LL.B.) weiterhin die Zwischenprüfung stattfinden, da die bundesgesetzlichen Anforderungen des Steuerbeamtengesetzes (StBG) und der Steuerbeamtenausbildungs- und Prüfungsordnung (StBAPO) erfüllt werden müssen.

Staatsprüfungen Steuerverwaltung

Laufbahnprüfung 2002		
		in v.H.
Teilnehmer	238	100
Sehr gut	10	4,2
Gut	66	27,7
Befriedigend	100	42,0
Ausreichend	47	19,7
Nicht bestanden	15	6,3

Laufbahnprüfung 2003		
		in v.H.
Teilnehmer	197	100
Sehr gut	5	2,5
Gut	57	28,9
Befriedigend	97	49,2
Ausreichend	24	12,2
Nicht bestanden	14	7,1

Laufbahnprüfung 2004		
		in v.H.
Teilnehmer	228	100
Sehr gut	7	3,1
Gut	56	24,8
Befriedigend	93	41,3
Ausreichend	31	13,7
Nicht bestanden	38	16,6

Laufbahnprüfung 2005		
		in v.H.
Teilnehmer	234	100
Sehr gut	5	2,5
Gut	48	24,2
Befriedigend	119	60,1
Ausreichend	26	13,1
Nicht bestanden	35	15,0

Laufbahnprüfung 2006		
		in v.H.
Teilnehmer	260	100
Sehr gut	9	4,3
Gut	47	22,4
Befriedigend	110	52,6
Ausreichend	43	20,5
Nicht bestanden	51	19,6

Laufbahnprüfung 2007		
		in v.H.
Teilnehmer	273	100
Sehr gut	3	1,3
Gut	54	23,4
Befriedigend	135	58,7
Ausreichend	38	16,5
Nicht bestanden	43	15,7

Laufbahnprüfung 2008		
		in v.H.
Teilnehmer	240	100
Sehr gut	3	1,52
Gut	42	21,21
Befriedigend	117	59,09
Ausreichend	36	18,18
Nicht bestanden	42	17,5

Laufbahnprüfung 2009		
		in v.H.
Teilnehmer	217	100
Sehr gut	4	2,0
Gut	61	31,2
Befriedigend	105	53,8
Ausreichend	25	13,0
Nicht bestanden	22	10,1

3 Berichte der Fakultäten

3.1 Fakultät I – Management und Recht

Prof. Thomas Schad, Dekan

3.1.1 Struktur, Organisation

Im Rahmen der Rechtsvorschriften regelt die Fakultät ihre Angelegenheiten selbst. Um ein ordnungsgemäßes Lehrangebot gewährleisten zu können, handeln für die Fakultät der Fakultätsrat, der Fakultätsvorstand und der Dekan. Im Fakultätsrat wirken neben dem Dekan und den beiden Prodekanen, die Mitglieder kraft Amtes sind, 8 gewählte Professorinnen und Professoren, 4 Vertreter der Studierenden und eine Verwaltungsmitarbeiterin mit. Für die Sicherstellung des Lehrangebots sorgt der Fakultätsvorstand mit Dekan und zwei Prodekanen. Der laufende Studienbetrieb wird im Wesentlichen von den Studiendekanen organisiert, die auch jeweils eine Studienkommission in dem von ihnen betreuten Studiengang leiten. Im Sekretariat der Fakultät sind drei Mitarbeiterinnen, darunter zwei Teilzeitbeschäftigte, tätig.

3.1.2 Studiengänge: Diplom-, Bachelor-, Master-, Kontaktstudiengänge

Im Bereich der **grundständigen Studiengänge** betreut die Fakultät I die **Bachelorstudiengänge** „Gehobener Verwaltungsdienst – Public Management“, „Allgemeine Finanzverwaltung – Public Financial Management“ und „Rentenversicherung – Public Management“. Alle drei Studiengänge wurden 2008 von der Zentralen Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover (ZEvA) erfolgreich akkreditiert. Der Berichtszeitraum ist vom Übergang der bisherigen Diplom- zu den neuen Bachelorstudiengängen geprägt, der die Fakultät wegen eines im SS 2009 im Studiengang Gehobener Verwaltungsdienst zum zweiten Mal zu bewältigenden Doppeljahrgangs – 200 Studierende zusätzlich - vor gewaltige Herausforderungen gestellt hat. Mit Ablauf des Studienjahrs 2009/10 werden die **Diplomstudiengänge** der Laufbahnen Gehobener Verwaltungsdienst, Allgemeine Finanzverwaltung und Rentenversicherung eingestellt. Die Fakultät liefert ferner die rechts-, verwaltungs- und wirtschaftswissenschaftlichen Studienanteile für den Diplomstudiengang Archivwesen der Archivschule Marburg sowie für den neu entwickelten Bachelorstudiengang Bildungsmanagement der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg.

Auf dem Gebiet der **wissenschaftlichen Weiterbildung** bietet die Fakultät gemeinsam mit der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl und der Fakultät II seit 2002 mit großem Erfolg den viersemestrigen internationalen **Masterstudiengang „Europäisches Verwaltungsmanagement“** an. Ungefähr die Hälfte der Studierenden kommt aus dem Ausland, vorwiegend aus ost- und mitteleuropäischen Staaten. Das Reakkreditierungsverfahren wurde zwischenzeitlich bei der ZEvA erfolgreich und ohne Erteilung von Auflagen abgeschlossen. Seit Mitte der 90er Jahre ist die Fakultät auch erfolgreiche Kooperationspartnerin der PH Ludwigsburg bei deren Magister- bzw. **Masterstudiengang „Kulturmanagement“**.

Für den **berufsbegleitenden Master of Public Management (MPM)** wurde im Berichtszeitraum eine Lenkungsgruppe eingerichtet, dem neben dem Rektor, den beiden Prorektoren und dem Dekan Herr Prof. Dr. Kese angehört. Zahlreiche Professorinnen und Professoren der Fakultät haben sich an der Erarbeitung des Modulhandbuchs und der Studienbriefe beteiligt. Wegen der Laufbahnrelevanz hat sich das Landeskabinett im August 2009 mit dem Studiengang befasst und nunmehr für die Einrichtung grünes Licht erteilt. Die beteiligten Ministerien wurden aufgefordert, die Bereitstellung einer zusätzlichen Professur und – mit Unterstützung der kommunalen Landesver-

bände - der erforderlichen Sachmittel in die Wege zu leiten, damit der Studienbetrieb im Wintersemester 2010/11 aufgenommen werden kann.

Aufgrund starker Nachfrage führte die Fakultät im Berichtszeitraum zum zweiten Mal den **Kontaktstudiengang „Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen“** durch. Ein weiterer **Kontaktstudiengang „Kommunale Bilanzbuchhaltung“** wurde zusätzlich im vergangenen Studienjahr eingerichtet.

3.1.3 Lehrpersonal

Die Fakultät verfügt über 34,5 besetzbare Professorenstellen. Eine halbe Stelle ist wegen Teilzeitbeschäftigung einer Kollegin derzeit unbesetzt, 2 Stellen sind im Haushalt gesperrt. Die Kolleginnen und Kollegen vertreten die Fächer Rechtswissenschaft, Verwaltungsmanagement, Betriebs- und Volkswirtschaftslehre, Soziologie, Psychologie und Informatik. Im Berichtszeitraum traten mit der Professorin Dr. Loos (Volkswirtschaftslehre), sowie den Professoren Dr. Vollmer (Psychologie), Dr. Büchner (Staats- und Verwaltungsrecht, insbes. Baurecht) und Altpeter (ebenfalls Staats- und Verwaltungsrecht) vier Kollegen in den Ruhestand. Rektor und Dekan haben den Kollegen für ihren hervorragenden Einsatz in Lehre und Forschung der von ihnen vertretenen Fachgebiete und in den von ihnen bekleideten Funktionen in der Hochschulselbstverwaltung gedankt. Besonders hervorzuheben ist der Einsatz des Kollegen Altpeter für die Hochschule: Er hat seit 15 Jahren ununterbrochen die Bürde der Ämter des Fachbereichsleiters, des Dekans und Studiendekans auf sich genommen und musste dabei - bedingt durch zwei Studienreformen - in vier Semestern für ein doppeltes Lehrangebot sorgen.

Im Juli 2009 ist völlig unerwartet unser Kollege Prof. Buchfink verstorben. Mit ihm hat die Hochschule einen hochgeschätzten Kollegen, einen äußerst beliebten Dozenten und einen liebenswerten Mitmenschen verloren. Herr Buchfink hat das Fach Grundlagen des Verwaltungsrechts gelehrt und war Spezialist auf dem Gebiet des Tierschutzrechts.

Im Berichtszeitraum konnten erstmals seit der Prüfung durch den Landesrechnungshof 4 Professuren wiederbesetzt werden. So nahmen zu Beginn des WS 2008/09 in den Fächern Kommunales Wirtschaftsrecht und Betriebs- und Volkswirtschaftslehre die Professoren Buttler (KWR) und Dr. Sievering (VWL/BWL) und im SS 2009 in den Fächern Verwaltungsmanagement und Staatliches Liegenschaftswesen / Bürgerliches Recht Frau Prof. Dr. Schneider (VM) und Herr Prof. Grau (Staatl. LW / BGB) ihren Dienst auf.

3.1.4 Export und Import von Lehrleistungen und Internationalität

Im Berichtszeitraum haben mehrere Professorinnen und Professoren an anderen Hochschulen des Landes im Hauptamt gelehrt. So war Frau Prof. Vondung mit einem Lehrauftrag im Fachgebiet Sozialrecht an der Universität Tübingen und Herr Prof. Dr. Büchner mit je einem Lehrauftrag im Fachgebiet Baurecht an der Universität Stuttgart und der Hochschule Nürtingen tätig. Ferner haben die Professoren Dr. Kese und Dr. Reschl Seminare an den Hochschulen Ulm und Stuttgart (Technik) auf den Gebieten des Wissensmanagement und der sozialwissenschaftlichen Methodenlehre abgehalten. Ein Lehrexport hat auch innerhalb unserer Hochschule an die Fakultät Steuer- und Wirtschaftsrecht stattgefunden: So haben die Professoren Dr. Alber und Reinhardt Vorlesungen in den Fächern Beamten- und Sozialversicherungsrecht übernommen.

Workshops an ausländischen Hochschulen wurden von den Professoren Prorektor Prof. Dr. Hopp (Universität Gabrovo, Bulgarien) und Prof. Raviol (Corvinus Universität Budapest, Ungarn) durchgeführt. Herr Prof. Raviol wurde im Juni 2009 vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) für seine besonderen Verdienste bei der Umsetzung des Europäischen Studierenden-Austauschprogramms mit dem „DAAD ERASMUS-Preis 2009“ geehrt. Unsere Studierenden der grundständigen Studiengänge machen darüber hinaus regen Gebrauch von der Möglichkeit, eine

der Verwaltungsstationen im Praxisjahr bei einer Behörde im Ausland abzuleisten und dort bis zu 3 Monate zu verbringen. Immer wieder erhalten sie Anregungen für vergleichende Untersuchungen in ihren Diplomarbeiten. Von sechs Praktikantinnen, die im SS 2009 eine Station in der Stadt Monterey, Kalifornien/USA, abgeleistet haben, berichtet der sie betreuende Assistant Director: „They were great ambassadors of German Administration. They all exemplified the attitudes that one associated with effective German administration: they were reliable, loyal, polite and knowledgeable.“

3.1.5 Verzahnung von Theorie und Praxis / Zusammenarbeit mit Praxisstellen

Die besondere Verzahnung der Lehre mit der Praxis ergibt sich daraus, dass etwa 40 % der Lehrveranstaltungen der Fakultät von Lehrbeauftragten insbesondere aus Behörden und Betrieben der Landes- und Kommunalverwaltung, den Verwaltungs- und Zivilgerichten sowie aus Anwaltskanzleien und Wirtschaftsunternehmen abgehalten werden. Darüber hinaus werden die Leiter und Leiterinnen des Praxisbegleitenden Unterrichts – künftig der praxisbegleitenden Arbeitsgemeinschaften - einmal im Jahr an die Hochschule zu einem Informations- und Meinungsaustausch eingeladen. Schließlich konnten im Berichtszeitraum durch die Einführung der Fachprojekte in den Bachelorstudiengängen praxisnahe Projekte in Kooperation mit verschiedenen Landes- und Kommunalverwaltungen verwirklicht werden. Auf besonderes Interesse in verschiedenen – auch überregionalen – Presseorganen ist ein von Prorektor Prof. Rieth veranstaltetes Fachprojekt „Umstellung der kameralistischen Haushaltsführung auf die Doppik“ in der Gemeinde Benningen, LKrs. Ludwigsburg, gestoßen. Schließlich greifen die Studierenden in ihren Diplomarbeiten regelmäßig praxisnahe Themen auf, was von den Verwaltungen zunehmend – auch durch die Vergabe von Preisen – gewürdigt wird.

3.1.6 Studiengang Gehobener Verwaltungsdienst (Innenverwaltung)

Der Studiengang Gehobener Verwaltungsdienst ist generalistisch geprägt und soll sowohl auf die kommunale als auch die staatliche innere Verwaltung vorbereiten. Die inhaltliche Konzeption des bisherigen Diplom-Studienganges, für den im Berichtsjahr zum vorletzten Mal das Hauptstudium durchgeführt wurde, folgt einem Y-Modell. Nach einem einheitlichen Grundstudium differenziert sich der Studiengang in einen klassisch- generalistischen V-Zweig und einen spezialisierten (aber insgesamt immer noch generalistischen) W-Zweig. Die einzelnen rechtswissenschaftlichen Fächer sind im V-Zweig mit ca. der Hälfte und im W-Zweig mit ca. 1/3 der Lehrveranstaltungsstunden vertreten, während die Fächer des wirtschafts-, sozial- und kommunalwissenschaftlichen Bereichs im V-Zweig die andere Hälfte und im W-Zweig ca. 2/3 des Lehrangebots abdecken.

Die interdisziplinäre Ausgestaltung des Studiengangs erfordert an sich schon eine disziplinübergreifende Zusammenarbeit. Zum anderen werden vor allem in den sozialwissenschaftlich und den wirtschaftsorientierten, aber auch bei den rechts- und wirtschaftsorientierten Fächerangeboten auf eine solche interdisziplinäre Zusammenarbeit Wert gelegt. Durch die Einrichtung der fächerübergreifenden Wahlpflichtfächer ist für die Studierenden wie auch für die Dozentinnen und Dozenten die permanente Auseinandersetzung mit der jeweils anderen Disziplin vorprogrammiert. Der Diplomstudiengang gehobener Verwaltungsdienst wird im bereits angelaufenen Studienjahr 2009/10 mit dem letzten Hauptstudiumsjahrgang zu Ende geführt werden.

Mittlerweile wurde der Diplomstudiengang gehobener Verwaltungsdienst in einen Bachelor-Studiengang „gehobener Verwaltungsdienst - Public Management“ umgestaltet. Die weitere Vorbereitung und erstmalige Durchführung des neuen Bachelor-Studiengangs hat die Dozentinnen und Dozenten im Berichtszeitraum erneut und zu einem großen Teil in Anspruch genommen: Der im März 2008 begonnene erste Jahrgang der künftigen Bachelor of Arts (B.A.) befand sich im Berichtszeitraum im zweiten und dritten Studiensemester. Seit Beginn des Sommersemesters 2009

studierte auch der zweite Bachelor-Jahrgang nach dem sechsmonatigen Einführungspraktikum im 3 Semester umfassenden Grundlagenstudium.

Der schon bisher beim Diplom verfolgten interdisziplinären Ausrichtung folgt das Bachelormodell verstärkt durch seine modulare, an zu erwerbenden Kompetenzen orientierte Struktur. Durch laufendes Abprüfen am Ende der ein bis zwei Semester dauernden Modul-Lehrveranstaltungen wird nunmehr eine laufende Leistungskontrolle erreicht und die Staatsprüfung durch eine Vielzahl von über die gesamte Studienzeit verteilten Einzelprüfungen abgelegt. Der erste Bachelor-Jahrgang wird diese Staatsprüfung am Ende des Wintersemesters 2010/11 ablegen, ein halbes Jahr nach dem letzten Diplom-Jahrgang.

Nach Abschluss des Grundlagenstudiums dieses ersten Bachelor-Jahrgangs lassen sich erste Erfahrungen wie folgt zusammenfassen:

- Stoff- und Stundenmenge führen zu Zweifeln an der Studierbarkeit zumindest bei einem kleineren Teil der Studierenden. Verantwortlich hierfür ist vermutlich, dass im Wesentlichen derselbe Stoff, für den im Diplom-Modell vier Semestern zur Verfügung standen, nunmehr in drei Semestern bewältigt werden muss. Dabei spielt die Verkürzung des „Vorlaufes“ von 3 Monaten Dienstzeit begleitenden Unterrichts im fachpraktischen Einführungsjahr beim Diplom auf lediglich vier Wochen Einführungslehrgang im 6-monatigen Einführungspraktikum sicher auch eine Rolle. Der größere Teil der Studierenden bewältigt dies trotzdem und z.T. mit erstaunlich guten Noten.
- Die Zahl der Module und der damit verbundenen, jeweils an den Semesterenden angesiedelten Prüfungen führt zu einem andauernden Leistungsdruck, insbes. wenn Modulprüfungen nicht bestanden werden und die Wiederholungsprüfungen mitten im Semester und nicht lange vor den nächsten Prüfungsklausuren liegen. Der „Schwund“ an Studierenden durch Abbrechen und Durchfallen dürfte nach Abschluss aller Wiederholungsprüfungen des Grundlagenstudiums mindestens 10% erreichen.

Eine abschließende Bewertung der Reform wird erst 2011 nach den Erfahrungen mit der 14-monatigen Praxisphase in vier Bereichen, der Qualität der an deren Ende zu fertigenden Bachelorarbeit und vor allem mit dem Vertiefungsstudium als eigentliche Neuerung möglich sein.

3.1.7 Studiengang Allgemeine Finanzverwaltung

Prof. Günther Becker

Im Studiengang Allgemeine Finanzverwaltung werden für den gehobenen nichttechnischen Dienst der Allgemeinen Finanzverwaltung im Grund- und Hauptstudium jedes Jahr ca. 80 Regierungsinspektorenanwärterinnen und -anwärter zusammen mit den Ausbildungsbehörden (Landesbetrieb Vermögen und Bau sowie Landesamt für Besoldung und Versorgung) betreut. Die Zahl der von den Ausbildungsbehörden zugewiesenen Studierenden wird auch in den nächsten Studienjahren konstant bleiben.

Im Berichtszeitraum hat der erste Jahrgang des neuen Bachelorstudiums das zweisemestrige Grundstudium absolviert und der vorletzte Diplomjahrgang das Studium abgeschlossen.

Die sehr gute Stellensituation für die Absolventen des Studienganges hat sich im Berichtszeitraum nochmals verbessert. Einerseits ist weiter eine steigende Nachfrage bei den Ausbildungsbehörden selbst zu beobachten, andererseits nehmen die schon bisher sehr guten Berufschancen in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung und in der Privatwirtschaft weiter zu. Insbesondere in den anderen Verwaltungsbereichen (z.B. Hochschulen, Immobilienverwaltung des Bundes, kirchliche Einrichtungen) ist ein steigender Bedarf an den Ausbildungsschwerpunkten des Studienganges (Immobilien, Personal, Finanzen) zu beobachten. Diese Entwicklung wird sich vermutlich noch ver-

stärken, wenn die Bachelorstudenten die Möglichkeit der neuen Ausbildungs- und Prüfungsordnung nutzen und ihre Praxisstationen verstärkt außerhalb der Ausbildungsbehörden absolvieren

3.1.8 Studiengang Sozialversicherung

Prof. Dr. Helmut Erwe

Im Studiengang wird der gehobene nichttechnische Dienst für die Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg ausgebildet. Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung von 1996, geändert im Jahr 2000, bildet das Fundament des Diplom-Studiengangs. Im letzten Jahr begann der Bachelorstudiengang „Rentenversicherung – Public Management“. Die APrORV gD trat am 1. September 2008 in Kraft (GBl 2008, 305 ff). Der Studien- und Prüfungsordnung (SPO) in der am 23.10.2008 vorgelegten Fassung erteilte das Ministerium für Arbeit und Soziales sein Einvernehmen gem. § 34 I LHG sowie seine Zustimmung gem. § 13 V und § 20 IV APrORV gD. Das Grundlagenstudium, das zum Hochschulgrad „Bachelor of Arts (B. A.)“ hinführt, begann im Studienjahr 2008/09. Die Akkreditierung durch die Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover (ZEVA) ist zeitlich befristet bis zum 31.08.2013.

Die Einstellungszahlen werden von der Ausbildungsbehörde festgelegt und lagen in jedem Studienabschnitt bei 34 - 40 Studierenden. Danach konnten jeweils im Grundlagen- und Hauptstudium zwei Arbeitsgemeinschaften ausgebildet werden. Mit einem Ansteigen der Studierendenzahl ist mittelfristig zu rechnen.

Der Studiendekan bereitet den Einsatz der Dozenten für das Fachrecht, das sonstige öffentliche Recht, die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und das Zivilrecht vor. Mitarbeitensintensive Lehrveranstaltungen (Proseminare, Kolloquien, Sprachen und Interkulturalität, Wahlpflichtfächer, Vertiefungsschwerpunkte) werden, soweit sie nicht studiengangspezifisch sind, für alle Studiengänge hochschulweit ausgeschrieben. Unsere Studenten wählen auch mitarbeitensintensive Lehrangebote, die nicht studiengangspezifisch sind (z.B. Krankenhausmanagement, Personalrecht) und von Dozenten angeboten werden, die ihre Lehrleistung überwiegend in anderen Studiengängen erbringen. Das erhöht die Flexibilität unserer Studenten auf dem Arbeitsmarkt, aber auch für die Einsatzbereiche innerhalb der Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg. Im Angebot der mitarbeitensintensiven Veranstaltungen werden auch Qualifizierungsangebote für berufliche Tätigkeiten außerhalb der Deutschen Rentenversicherung gemacht.

Die Übernahmepraxis der Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg hat sich für unsere Absolventen entscheidend verbessert, wird allerdings jährlich neu festgelegt. Im Berichtszeitraum erhielten alle Absolventen, soweit sie die Staatsprüfung mit der Note „befriedigend“ oder besser bestanden hatten, das Angebot einer Beamtenstelle.

3.2 Fakultät II

Prof. Dr. Ekkehard Bächle, Dekan

3.2.1 Studiengang Steuerverwaltung

Im Studienjahr 2008/2009 studierten an der Fakultät II die Einstellungsjahrgänge 2006, 2007 und 2008 im fachtheoretischen Teil des Steuerstudiums. Das Steuerstudium des Jahrgangs 2006 erfolgte im Diplomstudiengang, während für die Jahrgänge 2007 und 2008 bereits das Regelungskonzept für Bachelorstudiengänge angewendet wurde. Der Studienbetrieb für alle Jahrgänge wurde weiter optimiert.

3.2.2 Bachelorisierung

Mit der Umstellung des Diplomstudiengangs auf einen Bachelorstudiengang werden die politischen Zielsetzungen der Hochschule und der Fakultät sowie des fachaufsichtsführenden Finanzministeriums umgesetzt. Das Steuerstudium für den Einstellungsjahrgang 2007 wurde auf der Grundlage einer vorläufigen Bachelorordnung am 01.10.2007 aufgenommen. Das bei der Zentralen Evaluations- und Akkreditierungsagentur (ZEvA) in Hannover eingeleitete Akkreditierungsverfahren wurde mit einer positiven Entscheidung der ständigen Akkreditierungskommission der ZEvA am 8. Juli 2008 abgeschlossen. Die Hochschule hat die Bachelorordnung für den Studiengang „Gehobener Dienst der Steuerverwaltung“ überarbeitet und dabei die Akkreditierungsempfehlungen der ständigen Kommission der ZEvA berücksichtigt. Die Bachelorordnung in der überarbeiteten Fassung vom 26.05.2009 gilt für alle Studierenden ab dem Einstellungsjahrgang 2007. Den erfolgreichen Studierenden wird am Ende des Studiums der Hochschulgrad Bachelor of Laws (LL.B.) verliehen. Die Akkreditierung erfolgte für fünf Studienjahre.

Die Umstellung des Steuerstudiums auf das Bachelorsystem hat im Studienjahr 2008/2009 zu erheblichen Mehrbelastungen im Prüfungswesen geführt. Da jedes einzelne Modul erfolgreich abgeschlossen werden muss, ergaben sich für den Einstellungsjahrgang 2007 eine Vielzahl von Modulwiederholungsprüfungen, die vom Fakultätssekretariat administrativ betreut und mit beträchtlichem zeitlichen Mehraufwand für die Dozentinnen und Dozenten durchgeführt werden mussten. Mehrbelastungen ergaben sich auch bei der Planung und Durchführung der Wahlpflichtfächer, weil die Studierenden verpflichtet sind, an mindestens zwei steuerlichen Wahlpflichtfächern erfolgreich teilzunehmen. Die wissenschaftliche und administrative Betreuung der mit acht (8) Leistungspunkten ausgelegten Bachelorarbeiten führte schon im Berichtszeitraum bei der Dozenten-schaft zu zusätzlichen Belastungen.

3.2.3 Lehrversorgung

Im Berichtszeitraum standen der Fakultät 29,5 Professorenstellen zur Verfügung. Die Lehrversorgung konnte trotz der im Jahre 2007 verfügten Reduzierung der Professorenstellen im Studienjahr 2008/2009 sichergestellt werden. Die Zahl der Arbeitsgruppen wurde in den verschiedenen Studienabschnitten des Steuerstudiums verringert. Dies bedeutete, dass sich die Studierendenzahl pro Arbeitsgruppe erhöhte. Hierdurch haben sich die Lehr- und Lernbedingungen im Steuerstudium deutlich verschlechtert.

Im Studienjahr 2008/2009 sind sechs (6) Professoren zum 28.02.2009 und weitere vier (4) Professoren zum 31.08.2009 in den Ruhestand verabschiedet worden. Professor Wolfgang Götzenberger, Professor Volker Hahn, Professor Dr. Harald Horschitz, Professor Henner Mergenthaler, Professor Jürgen Schaeberle, Professor Volkmar Walter, Professor Helmut Karg, Professor Hans-Peter Schmitt, Professor Rudi Haas und Professor Peter Fellmeth haben über 30 Jahre ihre Studienfächer wissenschaftlich und pädagogisch in hervorragender Weise vertreten. Die Leistungen dieser Kollegen wurden in der Hochschulzeitschrift DIALOG gewürdigt.

Das Ausscheiden der Kollegen aus dem aktiven Dienst führte zu einem Wechsel in mehreren Positionen. Professor Jürgen Hottmann wurde vom Fakultätsrat zum Studiendekan gewählt. Professor Dr. Uwe Grobshäuser übernahm die Leitung der Fachgruppe Ertragsteuern, Professor Rudi Haas die der Fachgruppe Bewertung und Erbschaftsteuerrecht sowie Professor Klaus Dehner die der Fachgruppe Öffentliches Recht. Weitere Änderungen ergaben sich bei der Zusammensetzung des Fakultätsrats und der Studienkommission.

Für die im Studienjahr 2008/2009 wegen Pensionierung frei gewordenen zehn Professorenstellen hatte die Fakultät entsprechend dem künftigen Lehrbedarf in den einzelnen Modulen bzw. Studienfächern geänderte Funktionsbeschreibungen vorgeschlagen. Diese wurden von den Gremien der Hochschule beraten und beschlossen und vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst ge-

nehmt. Im Mai 2008 wurden sechs Professuren für Besitz- und Verkehrssteuern mit spezifischen Schwerpunktfächern in den dafür in Frage kommenden Fachmedien ausgeschrieben.

Bislang konnten lediglich drei Professorenstellen besetzt werden. Bereits zum 01.09.2008 verstärkte Oberregierungsrat Günter Maus (Bilanzsteuerrecht und Besteuerung der Gesellschaften) das Dozententeam der Fakultät. Die Hochschule freut sich, die Kollegen Professor Dr. Markus Beckers (Ertragsteuern und Bewertungsrecht), Professor Dr. Alexander Neeser (Verkehrssteuern und Abgabenrecht) und Professor Stefan Faiß (Ertragsteuern und Abgabenrecht) in ihren Reihen begrüßen zu können. Die drei Neuberufenen nehmen ihre Lehrtätigkeit mit Beginn des Studienjahres 2009/2010 auf.

Der Lehr- und Studienbetrieb in der Fakultät war geprägt durch die zahlreichen Pensionierungen. Nur durch die Bereitschaft der pensionierten Kollegen, im Lehrauftrag tätig zu werden, konnte die Lehre des Steuerrechts in der gewohnten Qualität sichergestellt werden. Die Fakultät konnte aber auch fachlich kompetente und pädagogisch befähigte junge Lehrbeauftragte gewinnen.

Die Lehrversorgung in den für die steuerliche Berufspraxis überaus wichtigen Modulveranstaltungen Informations- und Kommunikationstechnik wurde im Berichtsjahr erstmals von Kolleginnen und Kollegen des Landesentrums für Datenverarbeitung der Oberfinanzdirektion Karlsruhe übernommen. Die Fakultät dankt dem Landeszentrum und insbesondere den einzelnen Dozentinnen und Dozenten für die hervorragende Vermittlung der praktischen Kenntnisse und theoretischen Grundlagen in diesen wichtigen Studienfächern.

3.2.4 Export von Lehrleistungen und Internationalität

Auch im Studienjahr 2008/2009 ergaben sich Lehrimporte und Lehrexporte zwischen den beiden Fakultäten bzw. den diesen zugeordneten Studiengängen.

Mehrere Dozenten/innen der Fakultät haben im Berichtszeitraum wichtige Teile der Lehre im Masterstudiengang Europäisches Verwaltungsmanagement (EMPA) übernommen. Lehraufgaben wurden auch im Kontaktstudiengang Kulturmanagement erfüllt, der von der Fakultät, der Pädagogischen Hochschule und der HVF gemeinsam betreut wird. Mehrere Professorinnen und Professoren der Fakultät haben sich in dem von der Stadt Ludwigsburg ins Leben gerufenen Projekt Kinderuniversität engagiert. An den vielfältigen Aktivitäten des Auslandsamts der Hochschule haben sich Dozentinnen und Dozenten sowie erfreulicherweise viele Studierende beteiligt. Gemeinsam mit dem Akademischen Auslandsamt wurden Exkursionen zur Universität Wuhan/China (South Central University for Nationalities) und zur Wolga-Akademie Saratov (in Russland) geplant und durchgeführt.

Im Rahmen der Wahlpflichtveranstaltungen der Fakultät zum Europäischen Steuerrecht wurden Besuche zu den Institutionen und Organen der Europäischen Union und zur Landesvertretung Baden-Württemberg in Brüssel organisiert und durchgeführt.

3.2.5 Verzahnung von Theorie und Praxis

Zahlreiche Beamte der Steuerverwaltung von Baden-Württemberg übernahmen wie in den Jahren zuvor Lehraufträge an der Fakultät und betätigten sich als Mitveranstalter von Wahlpflichtfächern.

Die Professorinnen und Professoren der Fakultät nahmen regelmäßig an den Sitzungen der Steuerreferenten des Finanzministeriums Baden-Württemberg und an den steuerfachlichen Veranstaltungen und Fortbildungen der Oberfinanzdirektion Karlsruhe teil. In nicht unbedeutendem Umfang belegten die Professorinnen und Professoren der Fakultät die Fortbildungsveranstaltungen an der Bundesfinanzakademie in Bonn/Brühl.

Der Rektor der Hochschule und die Mitglieder des Fakultätsvorstands nahmen an den Tagungen der Personalreferenten für den Geschäftsbereich des Finanzministeriums, an den Sitzungen der

Referenten für Aus- und Fortbildung des Finanzministeriums und der Oberfinanzdirektion Karlsruhe sowie an den Zusammenkünften der Ausbildungsleiter/innen bei den Finanzämtern teil.

Regelmäßig waren Arbeits- und Wahlpflichtgruppen Gäste bei Verfassungs-, Verwaltungs- und Finanzgerichten des Bundes und des Landes. Die Hochschule und die Fakultät pflegen mit ihren Studierenden insbesondere im Rahmen der Wahlpflichtfächer seit Jahren einen intensiven wissenschaftlichen Kontakt zu wichtigen und großen Unternehmen der Wirtschaft und der Steuerberatung in Baden-Württemberg.

Im Januar 2009 haben die Fakultät und die von Professor Wendland und Professorin Dr. Hänel betreute Fachgruppe Sozialwissenschaften die von den Studierenden im Team konzipierten Projektarbeiten der Hochschulöffentlichkeit und der Steuerverwaltung vorgestellt. Insgesamt wurden 39 Arbeiten mit steuerlichen und gesellschaftlichen Inhalten auf hohem Niveau präsentiert. Behandelt wurden beispielsweise spezifische Steuerproblematiken (Umsatzsteuerbetrug durch Karussellgeschäfte, Grenzgängerproblematik, Steuervereinfachung), Fragen zum Studium (Studienwahl, Bewerbungsverfahren für das Steuerstudium, Lehrmethoden, Evaluation, Qualitätssicherung) und Themen zur finanzamtlichen Praxis (elektronische Steuererklärung, Genderproblematik, Finanzverwaltung als Arbeitgeber, Gesundheitsmanagement in den Finanzämtern).

Über die Umstellung des Steuerstudiums auf einen Bachelorstudiengang wurde in mehreren Veranstaltungen informiert.

Der Dekan berichtete im Verlauf einer Tagung der für das Steuerstudium in den Bundesländern verantwortlichen Rektoren und Dekane am 26. und 27. März 2009 bei der Fachhochschule der Sächsischen Verwaltung in Meißen über das bachelorisierte Steuerstudium. Es konnte festgestellt werden, dass die Konzeption des Steuerstudiums an der Hochschule in Ludwigsburg eine Vorlage für die Novellierung des Steuerbeamtenausbildungsgesetzes und der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Steuerbeamte abgeben könnte.

Rektor Professor Maier und Dekan Professor Dr. Bächle waren Gast bei der Vorstehertagung der Oberfinanzdirektion Karlsruhe am 4. November 2008. Die Hochschule nutzte dabei die Gelegenheit, die Vertreter/innen des Finanzministeriums und der Oberfinanzdirektion sowie die anwesenden Vorsteherinnen und Vorsteher über den reformierten Hochschulbetrieb und das Prüfungsweisen zu informieren.

Die Hochschule war sowohl Gast als auch Gastgeber der Deutschen Steuergewerkschaft. Beim Bundestag der Deutschen Steuergewerkschaft – Jugend – in Leonberg am 28. September 2008 konnten der Rektor der Hochschule und der Dekan der Fakultät diverse Bedenken gegen die Bachelorisierung des Steuerstudiums ausräumen und für das geänderte Studiensystem werben. Die Funktionsträger/innen der Deutschen Steuergewerkschaft Baden-Württemberg wurden am 7. Oktober 2008 in den Senatssaal der Hochschule eingeladen. Breiten Raum nahm das neue Studienkonzept und die Berufung von Professorinnen und Professoren für den Studiengang Gehobener Dienst der Steuerverwaltung ein.

Die Fakultät nahm die Tradition wieder auf, mit einem Assessorntag am 22. Januar 2009 den jungen Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes der Steuerverwaltung die Hochschule vorzustellen.

3.2.6 Qualität der Lehre

Nach der Evaluationsatzung der Hochschule sind sämtliche Lehrveranstaltungen aller hauptberuflich tätigen Dozenten/innen in einem Turnus von zwei Jahren zu evaluieren. Im Studienjahr 2008/2009 hat die Fakultät darüber hinaus den Lehrbeauftragten die Möglichkeit angeboten, ihre Lehrveranstaltungen zu evaluieren. Von diesem Angebot wurde fast ausnahmslos Gebrauch gemacht. Die Evaluationsbeauftragte der Hochschule, Professorin Dr. Hänel, und der Evaluationsbe-

auftragte der Fakultät, Professor Hottmann, haben über die Durchführung, die erfreulichen Ergebnisse und die Optimierung des weiteren Evaluationsverfahrens den zuständigen Gremien schriftlich und mündlich berichtet.

Die regelmäßig in den vorangegangenen Studienjahren im Grundstudium I durchgeführten Tutorien haben auch im abgelaufenen Studienjahr wieder einen wichtigen Beitrag zum pädagogischen Konzept des Steuerstudiums geleistet. Die jungen Studierenden wurden in kleinen Arbeitsgruppen, die von älteren Studierenden geleitet und durch den Studiendekan betreut wurden, bei ihrem Studium methodisch und didaktisch unterstützt.

3.2.7 Prüfungsergebnisse, Übernahme-situation für Studierende

An der Laufbahnprüfung 2009 haben insgesamt 217 Studierende teilgenommen. 22 Studierende haben die Prüfung nicht bestanden; dies entspricht einer Quote von 10,1 v.H.. Vier (4) Studierende haben mit der Note sehr gut abgeschnitten.

Die Hochschule und die Fakultät dürfen feststellen, dass die Übernahme-situation sich für die Absolventen/innen des Prüfungsjahrgangs 2009 im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren wesentlich verbessert hat. Insgesamt stehen den Absolventen/innen 154 Übernahmemöglichkeiten in der Steuerverwaltung von Baden-Württemberg zur Verfügung (79 v.H.). Es ist zu erwarten, dass jene Studierenden, die ein befriedigendes Prüfungsergebnis (8 Punkte oder besser) erreicht haben, in ein Beamtenverhältnis auf Probe übernommen werden. Wie bisher werden nicht wenige Absolventen/innen nach ihrer Laufbahnprüfung in weiterführende Studiengänge (Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft, Rechtswissenschaft usw.) einsteigen.

3.2.8 Rückblick und Ausblick

Die Fakultät befindet sich in einer Phase des personellen Umbruchs. Spezielle Regelungen des Landeshochschulgesetzes, des Steuerbeamtenausbildungsgesetzes, der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Steuerbeamte und des Professorenbesoldungsreformgesetzes stehen in nicht wenigen Fällen schnellen und wünschenswerten Personalentscheidungen entgegen. Häufig bewerben sich an Forschung und Lehre interessierte Persönlichkeiten erst gar nicht oder ziehen ihre Bewerbung zurück, wenn sie die Besoldungsregelungen für W2-Professuren eingehender geprüft bzw. durchgerechnet haben. Angehörige des höheren Dienstes der Steuerverwaltung planen aus den gleichen Gründen ihren beruflichen Werdegang bei den obersten, oberen und mittleren Behörden oder beim Finanzgericht; viele Kolleginnen und Kollegen des höheren Dienstes interessieren sich für eine Vorsteherkarriere. Gleichwohl ist es der Hochschule gelungen, im Verlauf des Studienjahres 2008/2009 vier neue Dozenten zu gewinnen. Die Fakultät geht davon aus, dass die in Gang gesetzten Berufungsverfahren für fünf freie Professorenstellen im Studienjahr 2009/2010 erfolgreich abgeschlossen werden können. Ein noch schwebendes Berufungsverfahren könnte und sollte in Kürze erfolgreich zum Abschluss gebracht werden.

Im bevorstehenden Studienjahr wird der erste Einstellungsjahrgang (2007) für das bachelorisierte Steuerstudium die Laufbahnprüfung ablegen und damit das Bachelorstudium abschließen. Die Fakultät, die Dozentschaft und mit ihr die Hochschulverwaltung werden auch und gerade in der Phase des personellen Umbaus die Aufgaben in Lehre und Forschung mit dem bekanntermaßen sehr hohen Anspruch bewältigen.

4 Forschung und Entwicklung

Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp

4.1 EU-Research Project "Mandie - Managing District Centres in North West Europe"

Prof. Dr. Richard Reschl, Prof. Thomas Schad

In dem Projekt sollen Initiativen entwickelt werden, die dazu dienen, die wirtschaftliche Situation von bestehenden Stadtteilzentren nachhaltig zu stärken. Unter Federführung der Wirtschaftsentwicklung der Landeshauptstadt Stuttgart werden geeignete Stadtteile ausgewählt und entsprechende Initiativen geplant. Darüber hinaus sollen curriculare Grundlagen entwickelt werden, die es ermöglichen, dieses Aufgabenfeld in die Ausbildung an Hochschulen für öffentliche Verwaltung einzubeziehen. Ein weiteres Anliegen ist es, dass die Hochschule Ludwigsburg fachliche Unterstützung bei der Zusammenstellung und redaktionellen Bearbeitung des Projektendberichts leistet.

Im Rahmen des Projekts sollen die folgenden Ergebnisse erzielt werden:

1. Entwicklung, Umsetzung und Evaluierung eines "Lecture Tool Kit als interdisziplinäres Studienmodul für Verwaltungswissenschaften",
2. Projektendbericht "Best Practice Handbuch District Centre Management"

Das Projekt "Mandie" zielt darauf ab, Methoden zu entwickeln, um die Attraktivität und die Wirtschaftskraft von Stadtteilzentren in Nordwesteuropa zu stärken. Alle Methoden und Konzepte sollen in das transnationale Stadtteilmanagement (DCM) integriert werden.

4.2 Forschungsprojekt Green IT! Effizienter und nachhaltiger IT-Einsatz

Prof. Peter Schilling

Energieeinsatz bei der Produktion und der Nutzung von Hardware (beispielsweise Computer, Monitore, Drucker, aber auch (Mobil-) Telefone und zum anderen die verwendeten Materialien und Produktionsmittel. Letzteres schließt insbesondere die Schadstoffthematik mit ein, also ob schädliche Stoffe in der Produktion anfallen oder ob Gifte wie Blei oder Brom im Endprodukt enthalten sind, bzw. bei dessen Betrieb freigesetzt werden. Näheres wird in der RoHS-Richtlinie der EU festgelegt.

Die Hochschule Ludwigsburg hat in dem vom Innenministerium Baden-Württemberg initiierten Projekt die Projektleitung in Phase 1 des Projekts und erstellt kooperativ den Entwurf eines Leitfadens "Projekt Green IT! Effizienter IT-Einsatz" unter Beteiligung der Projektmitglieder.

Die praktische Relevanz des Projektes:

- Energieeinsparung während der Nutzung von ICT und Energieeinsparung durch dessen Nutzung,
- Verwendung von energieeffizienteren ICT-Produkten (green in ICT) und
- Emissionsreduzierung durch die Anwendung von ICT-Geräten (green through ICT).

4.3 Verwaltungsmodernisierung durch Europäisierung? Die Europäische Dienstleistungsrichtlinie als Veränderungskatalysator für eine Verwaltung im Wandel

Prof. Dr. Dr. h.c. Helmut Hopp / Prof. Dr. Volkmar Kese

Das Projekt, das im Programm „*Innovative Projekte/Kooperationsprojekte*“ des Landes Baden-Württemberg gefördert wird, untersucht die konkrete Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie (EUDL) und befasst sich mit den Auswirkungen dieser Umsetzung auf die Entwicklung der Verwaltungsmodernisierung. An dem Beispiel der EUDL sollen Veränderungsprozesse in der öffentlichen Verwaltung untersucht und bewertet werden. Auf der Basis der Untersuchung sollen fundierte Aussagen zu den umstrittenen Fragen getroffen werden, wie sich die öffentliche Verwaltung im Hinblick auf die Strukturen, Programme und Prozesse sowie auf das Human Resource Management weiterentwickelt und welchen Anteil daran Entscheidungen der Europäischen Union haben.

Die Resultate der Forschungsarbeiten können den relevanten Akteuren im Umsetzungsprozess als Beratungsquelle, Vergleichs- und Orientierungsrahmen dienen. Sie sollen strategische Entscheidungshilfen für Führungskräfte der öffentlichen Verwaltung anbieten.

Die praktische Relevanz besteht darin, dass das strategische Management in der Verwaltung erheblich von den Ergebnissen der Studie profitieren kann. Dazu gehören die Bundes-, Landes und Kommunalverwaltungen sowie die Spitzenverbände, aber auch die Kammern wie auch die Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

4.4 Projekt Online Dokumente BGB

Prof./in Dr. Eleonore Kohler-Gehrig

Die Studierenden der Hochschule können über die Homepage der Hochschule auf die Online-Dokumente zugreifen. Diese umfassen

- Skripte zum BGB und Arbeitsrecht
- Übersichten zum BGB und Arbeitsrecht
- Fälle mit Musterlösungen zum BGB und Arbeitsrecht.

Die Online-Dokumente sollen vorlesungsbegleitend die Fähigkeit zu selbständigem Lernen und systematischem Denken fördern und bei der Prüfungsvorbereitung hilfreich sein. Studierende der Hochschule wirken bei der Zusammenstellung der Dokumente mit und haben Gelegenheit, das Angebot auf ihre Bedürfnisse abzustimmen. Das Projekt wird von der Studienkommission für Hochschuldidaktik finanziell gefördert. Die Online Dokumente werden um die Juristische Methodenlehre erweitert. Das Methodenwissen soll trainiert werden, um mit dem Wissen um die Rechtsfindung von heute die Rechtsfragen von morgen bewältigen zu können.

4.5 Projekt zur Entwicklung von Schlüsselqualifikationen

Prof. Dr. Norbert Schäfer

Eckpunkt

Absolventen der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen übernehmen häufig zeitnah nach ihrem Studium Verantwortung für Mitarbeiter. Hierauf werden sie oft nur unzureichend/unsystematisch vorbereitet. Durch das Projekt soll erreicht werden, dass Studierende durch die Diagnose ihres Verhaltens, eines anschließenden (aus der Diagnose abgeleiteten) definierten Trainingsplans und erfolgten Trainings, den Aufgaben einer Führungskraft besser gewachsen sind.

Hochschuldidaktische Projektbegründung

Schlüsselqualifikationen sind, neben der fachlichen Kompetenz, wichtige Kriterien des Berufserfolges. Insbesondere die Führungskompetenz spielt für Hochschulabsolventen eine wichtige Rolle. Die aktuellen Curricula nehmen in der Regel nur geringen Bezug auf diese - im Allgemeinen nicht abprüfbar - Kompetenzen bzw. auf dieses - nicht abprüfbar - Wissen. Hiermit soll versucht werden, das Curriculum zu erweitern und Forderungen der Praxis Nachdruck zu verleihen. Darüber hinaus soll aufgezeigt werden, dass die Vorgehensweise „Diagnose – Planung eines Trainings – Durchführung eines Trainings – Evaluation“ ein didaktischer Ansatz sein kann, der flexibel auf sich ändernde Bedingungen reagieren kann. Es handelt sich um einen rückgekoppelten Prozess. Dieser kann mehrfach durchlaufen werden.

Projektgesamtziel

- Erstes Ziel ist die Entwicklung eines Instruments, mit dessen Hilfe es möglich ist, die Schlüsselqualifikation „Führungskompetenz“ gezielt zu entwickeln. Neu hierbei ist, dass nicht angebotsorientiert vorgegangen wird (durch das Anbieten von Seminaren), sondern dass zunächst der Status quo jeder Person festgestellt wird und darauf aufbauend individuelle Programme entwickelt werden.
- Die hierbei verwendete Methode ist ein sogenanntes q-sort. Diese Methode bietet gegenüber herkömmlichen Fragebogen-Methoden den Vorteil, dass die Befragten nicht alle Fragen identisch beantworten können, eine Differenzierung demzufolge erleichtert wird. Allerdings führt diese Methode zu rein ipsiativen Werten.

Ablaufplan nach Teilzielen

- Erarbeitung eines Diagnoseinstruments (q-sort) und Herstellung der Materialien
- Durchführung der Diagnosen
- bei Studierenden,
- bei in der Praxis tätigen Personen als Vergleichsstichprobe.
- Erarbeitung von Trainingsprogrammen aufgrund der durchgeführten Diagnosen in Zusammenarbeit mit Studierenden,
- Einsatz der Trainingsprogramme in der Hochschule
- Evaluation der Projekts, insbesondere des Diagnoseinstruments und der Trainingsprogramme
- Die Studierenden sind während des gesamten Projekts eingebunden.
- Diagnose (Studierende stellen sich in der diagnostischen Phase als Teilnehmer zur Verfügung)
- Trainingsplanung (die Trainings werden individuell und in Gruppen mit den Studierenden geplant)
- Training (die Studierenden nehmen an den Trainingsteil. Die Trainings haben Übungscharakter)
- Evaluation (s. Diagnose)

4.6 One Stop Europe 2009 - Internationale Konferenz zum Thema Electronic Public Management

Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp

Moderne Verwaltung ist ohne zeitgemäße IT-Infrastruktur nicht denkbar. Obwohl der Bedarf der Praxis an Experten im Electronic Public Management sehr groß ist, scheint es europaweit an den Universitäten und Hochschulen noch an genügend geeigneten Studiengängen zu fehlen. Dies ergab Ende April eine internationale Tagung in Ludwigsburg. Am 23. und 24. April 2009 hat die

Hochschule Ludwigsburg die dritte One Stop Europe- Konferenz durchgeführt. „Damit könne man schon von einer Tradition sprechen“, betonte Dr. Dieter Klumpp von der Alcatel-Lucent Stiftung, die die OSE-Konferenz bereits seit 2007 als Mitveranstalter unterstützt. Im Jahre 2009 hat die MFG Baden-Württemberg die Konferenz als weiterer Kooperationspartner gefördert. Dieses Mal stand das Thema Electronic Public Management im Vordergrund. Dieser Begriff bringt zum Ausdruck, dass New Public Management und E-Government zusammengehören und sich wechselseitig verstärken können. Die konkrete Fragestellung der Konferenz lautete: Welche Qualifikationen brauchen Experten, die die Entwicklungen auf diesem Gebiet vorantreiben sollen? Wie reagieren die internen und externen Hochschulen auf den Bedarf an Management- und IT-Qualifikationen?

Im Rahmen der zweitägigen Konferenz, die unter der Schirmherrschaft von Innenminister Heribert stand, kamen etwa 30 deutsche und europäische Experten zu Wort. Im Ergebnis kann festgestellt werden: Der Bedarf an qualifizierten Fachkräften, die sowohl Public Management als auch Verwaltungsinformatik beherrschen, ist unstrittig. Die Hochschulen sind gefordert, mehr entsprechende Studienangebote zu unterbreiten.

4.7 Forschungsprojekt zu Scientology

Prof. Dr. Arnd Diring

2006 und 2007 wurde an der Hochschule Ludwigsburg das Forschungsprojekt „*Scientology – Mythos und Wahrheit*“ durchgeführt. Das Projekt hat sowohl im wissenschaftlichen Bereich als auch in den Medien hohe Resonanz erfahren und dazu beigetragen, dass die Hochschule mittlerweile als ein Kompetenzzentrum bei Fragen zu dieser umstrittenen Vereinigung angesehen wird. Das Projekt und die weitere Entwicklung bis einschließlich 2009 werden nachfolgend dargestellt.

Gegenstand des Forschungsprojekts

Bei dem Forschungsprojekt wurden die Organisationsstruktur, die Dogmatik und die Handlungspraxis der *Scientology-Organisation* analysiert und systematisch aufbereitet. Die Besonderheit lag darin, dass dafür ausschließlich Primärquellen der Vereinigung herangezogen wurden und dadurch eine umfassende und zugleich wissenschaftlich fundierte Analyse erstellt werden konnte. Dabei konnte für die Untersuchung auf zahlreiche Materialien rekurriert werden, die bislang in der Öffentlichkeit unbekannt waren. Hierzu zählen neben Kursunterlagen und Tonbandvorträgen auch interne Handlungsanweisungen der Vereinigung. Ziel des Projekts war es, durch die Schaffung einer fundierten Tatsachenbasis einen Beitrag für die weitere notwendige Diskussion um Scientology zu schaffen. Aufbauen konnte das Projekt auf einer bereits mehrere Jahre andauernden Forschungsarbeit, deren erste Ergebnisse in der Schriftenreihe zum Staatskirchenrecht unter dem Titel „*Scientology – Verbotsmöglichkeit einer verfassungsfeindlichen Bekenntnisgemeinschaft*“ sowie in mehreren Aufsätzen in juristischen Fachzeitschriften publiziert wurden.

Veröffentlichung der Forschungsergebnisse

Die wesentlichen Erkenntnisse aus dem Forschungsprojekt an der Hochschule Ludwigsburg wurden in dem Buch „*Die Brücke zur völligen Freiheit? – Struktur, Dogmatik und Handlungspraxis der Scientology-Organisation*“ veröffentlicht, das von der *Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen* herausgegeben und auf einer Pressekonferenz in Berlin vorgestellt wurde. Das Buch ist in einer Auflage von ca. 8.000 Stück erschienen. Erste Ergebnisse aus dem Projekt wurden bereits zu Beginn der Arbeit in einem Aufsatz mit dem Titel „*Scientology – wirklich (k)eine Religionsgemeinschaft?*“ in der Zeitschrift *Ausbildung – Prüfung – Fortbildung* publiziert. Neben Struktur, Lehre und Praxis war dabei auch die juristische Bewertung Gegenstand der Ausarbeitung. Darüber hinaus wurde ein Beitrag für die Zeitschrift *Horizonte* verfasst, in dem wesentliche Erkenntnisse aus dem Projekt dargestellt wurden.

Resonanz in den Medien / Presseanfragen und Interviews

Das Forschungsprojekt hat bundesweite Aufmerksamkeit in den Medien erregt. Wesentlich dazu beigetragen hat die Pressekonferenz zur Erscheinung des Buches in Berlin, die einen Tag vor der Eröffnung der neuen Deutschlandzentrale der Vereinigung in der Bundeshauptstadt stattgefunden und schon im Hinblick darauf großes öffentliches Interesse hervorgerufen hat. Berichtet wurde im Fernsehen (u.a. ARD-Tagesthemen, rbb-Abendschau), im Hörfunk (u.a. SWR, rbb-Radio) und in der Presse (u.a. in „Die Welt“, „taz“). Bis heute gibt es zahlreiche Presse- sowie Interview-Anfragen zum Thema Scientology. So wurden 2009 Interviews für die Rundfunksender SWR 1, SWR 3 und SWR-Das Ding gegeben. Für mehrere Printmedien, u.a. die Financial Times, stand der Projektleiter als Ansprechpartner für Fragen zu Scientology zur Verfügung.

Resonanz in der Wissenschaft / wissenschaftliche Kooperationsprojekte

Die Forschungsarbeit hat auch in wissenschaftlichen Kreisen erhebliche Aufmerksamkeit gefunden, was sich nicht zuletzt an der häufigen Zitierung des Buches *„Die Brücke zur völligen Freiheit“* zeigt. Über Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Scientology-Organisation hat der Projektverantwortliche zwei wissenschaftliche Vorträge an der Universität Göttingen gehalten. Der Titel der Vorträge lautete *„Dogmatik und Handlungspraxis neureligiöser Bewegungen im Spiegel des Rechts“* und *„Der Religionsbegriff des Grundgesetzes dargestellt am Beispiel der sog. Scientology-Organisation“*. Mittlerweile besteht ein „wissenschaftliches Netzwerk“ mit mehreren Universitätsprofessoren und weiteren Wissenschaftlern unterschiedlicher Fachrichtungen, das im Bereich Scientology zusammenarbeitet. Der Projektleiter der Hochschule Ludwigsburg ist zudem in ein DFG-Forschungsprojekt zu dieser Thematik eingebunden. Geplant ist darüber hinaus ein Buch, in dem die scientologische Lehre aus Sicht unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen dargestellt und analysiert wird. Dies umfasst religionswissenschaftliche Aspekte ebenso wie z.B. juristische und medizinische Fragestellungen.

4.8 Forschungsstelle für Personal- und Arbeitsrecht

Prof. Dr. Arnd Diring

Die 2008 an der Hochschule Ludwigsburg etablierte Forschungsstelle für Personal- und Arbeitsrecht, die von Prof. Günter Pfeifer und Prof. Dr. Arnd Diring geleitet wird, hat im Wintersemester 2008/2009 die wissenschaftliche Arbeit sowie die Projektarbeit aufgenommen. Ihrer Zielsetzung entsprechend steht eine praxisorientierte Forschungsarbeit im Mittelpunkt der Tätigkeit.

Schwerpunktthema 2009: „Verbraucherschutz im Arbeitsrecht“

Ob Arbeitnehmer auch in ihren rechtlichen Beziehungen zum Arbeitgeber als Verbraucher im Sinne des § 13 BGB anzusehen sind, galt lange Zeit als eine der umstrittensten Fragen im Arbeitsrecht. Mit Urteil vom 25. Mai 2005 (5 AZR 572/04) hat sich das BAG mit wenig überzeugenden Argumenten dafür ausgesprochen. Zugleich hat das Gericht aber betont, dass die Anwendung der auf Verbraucher bezogenen Vorschriften nicht vornehmlich auf der Stausebene, sondern bei der konkret in Rede stehenden Norm vorzunehmen ist. Für die Praxis stellt sich damit das Problem, welche Regelungen bei der Begründung, Durchführung und Beendigung von Arbeitsverhältnissen zu beachten sind. In dem Forschungsprojekt wurde untersucht, welche Auswirkungen sich durch diese Rechtsprechung ergeben. Dies ist insofern von besonderem Interesse, als viele damit verbundene Rechtsfragen bislang ungeklärt sind. In die Untersuchung einbezogen wurden sowohl die Probleme in arbeitsrechtlichen Kernbereichen, etwa bei der Vertragsgestaltung, als auch weitere damit verbundene Rechtsfragen, z.B. die Auswirkungen bei der Vergabe von Personaldarlehen und Gehaltsvorschüssen. Die wesentlichen Ergebnisse wurden in wissenschaftlichen Aufsätzen und Fachbeiträgen für die Personalpraxis zusammengefasst, die voraussichtlich im ersten Halbjahr 2010 veröffentlicht werden.

Leitsatzsammlungen zum Arbeitsrecht

Im Sommersemester 2009 wurde begonnen systematische Leitsatzsammlungen zur Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zu erstellen. Dabei werden die einzelnen Entscheidungen zu bestimmten Rechtsfragen thematisch strukturiert aufbereitet, so dass sie dem Nutzer einen schnellen Überblick über die Rechtsprechung der obersten Arbeitsrichter ermöglichen. Die Ausarbeitungen können damit der arbeitsrechtli-

chen Praxis als Orientierungshilfe bei der Klärung von Einzelfragen dienen und zugleich als vertiefendes Lehrmaterial genutzt werden. Ausgearbeitet wurde bislang eine Leitsatzsammlung zum Betriebsübergangsrecht, die die Rechtsprechung des BAG seit 2004 beinhaltet. Im Sommersemester 2009 wurde begonnen eine Leitsatzsammlung zum Betriebsverfassungsrecht zu erstellen, die voraussichtlich Ende des Wintersemesters 2009/2010 fertig gestellt ist. Auch hier reichen die aufgenommenen Entscheidungen bis einschließlich 2004 zurück. Weitere Leitsatzsammlungen werden in den kommenden Semestern erarbeitet und ebenso wie die bestehenden dauerhaft fortgeführt.

Lehrmaterialien zum Arbeitsrecht

Neben den Leitsatzsammlungen wurden Lehrmaterialien durch die Mitglieder der Forschungsstelle ausgearbeitet. Dazu zählt das Lehrbuch „Arbeitsrecht – leicht lernen“, das 2009 in einer Neubearbeitung erschienen ist. Die Besonderheit dieses Lehrbuchs besteht darin, dass es inhaltlich auf die spezifischen Anforderungen der Hochschulen für öffentliche Verwaltung ausgerichtet ist. Darüber hinaus wurden weitere Lehrmaterialien erstellt. Ein Schwerpunkt lag bei Skripten, Übersichten usw. zum Tarifrecht unter besonderer Berücksichtigung der aktuellen Entwicklungen im TVöD.

Sonstige Publikationen

2009 wurden darüber hinaus verschiedene Fachbeiträge durch die Mitglieder der Forschungsstelle veröffentlicht. Dazu gehören z.B. die Kommentierung der Ergebnisse der Tarifrunden 2008/2009 in einem Praxis-Kommentar zum TVöD sowie mehrere Aufsätze, Urteilsbesprechungen und didaktisch orientierte Beiträge in juristischen Fachzeitschriften. Mit einzelnen Fachzeitschriften wurde zwischenzeitlich eine regelmäßige Zusammenarbeit vereinbart. Mitglieder der Forschungsstelle veröffentlichen in diesen Zeitschriften ab 2010 regelmäßig Abhandlungen zu aktuellen arbeitsrechtlichen Fragestellungen, insbesondere zur arbeitsrechtlichen Rechtsprechung. Die ersten Beiträge dafür wurden bereits 2009 ausgearbeitet und stehen zur Veröffentlichung an.

Vorträge zum Personalmanagement und zum Arbeitsrecht

Seit 2009 werden in Kooperation mit öffentlichen und privaten Einrichtungen Vorträge an der Hochschule organisiert, bei denen hochkarätige Referenten aktuelle Probleme des Personalmanagements und des Arbeitsrechts erläutern. Im Berichtsjahr gehörten dazu die Vorträge im Rahmen des Wahlpflichtfachs Wirtschaftsprivatrecht von Herrn Dr. Sebastian Hopfner und Herrn Michael Müller. Herr Dr. Hopfner ist Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes der Versicherungsunternehmen in Deutschland (AGV), Mitglied im Ausschuss für Arbeitsrecht und im Ausschuss für Europäische Sozialpolitik der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Vorsitzender der Kommission für Soziale Angelegenheiten der Confédération Européenne des Assurances (CEA) und Vize-Präsident des sektoralen Sozialen Dialogs der Versicherungswirtschaft bei der Europäischen Kommission in Brüssel. Sein Vortrag an der Hochschule Ludwigsburg befasste sich mit aktuellen Entwicklungen der Tarifpolitik. Herr Michael Müller ist Managementtrainer und Unternehmensberater. Zu seinen Kunden zählen Wirtschaftsunternehmen, z.B. Porsche, Fiat und Volkswagen, Bildungseinrichtungen, z.B. das Berufsbildungswerk der Deutschen Versicherungswirtschaft und die IBM-Akademie für Führungskräfte, sowie der öffentliche Sektor, z.B. die Landeshauptstadt Stuttgart. In seinem Vortrag befasste er sich mit Kommunikationsstrategien und Fragen der Mitarbeiterführung.

Öffentliche Wahrnehmung / Zusammenarbeit mit Medien

Die Gründung der Forschungsstelle und deren Aktivitäten waren Gegenstand mehrerer Beiträge in Fachzeitschriften. Eine sehr ausführliche Darstellung findet sich in der Zeitschrift „Ausbildung – Prüfung – Fachpraxis“, 2009, Seite 7 bis 9. Auch in den sonstigen Medien besteht hohes Interesse an der Arbeit der Forschungsstelle. Sie wird von Journalisten häufig als Kompetenzzentrum für arbeitsrechtliche Fragen genutzt. So wurden 2009 mehrere Presseanfragen zu den öffentlich diskutierten Kündigungsfällen wegen Bagatelldelikten gestellt. Prof. Dr. Diringer stand bei der Sendung „ZDF-Reporter“ den Zuschauern als Ansprechpartner im Expertenchat zur Verfügung.

4.9 Institut für angewandte Forschung (in Gründung)

Am 25. März 2009 hielt Herr Dr. Rolf Thum, der Leiter der Koordinierungsstelle Forschung an Fachhochschulen in Baden-Württemberg einen Vortrag über die Voraussetzungen zur Gründung eines Instituts für angewandte Forschung (IAF) an der Hochschule. Dabei wurden die Voraussetzungen für die Gründung eines IAF (wie auch in den letzten Professorenversammlungen am 14.1. und am 1.7.2009 und in den Workshop am 6.5. und am 17.6.2009) erörtert. Zu den Aufgaben gehören die interdisziplinäre Zusammenarbeit, Beratung, Projekt- und Mittelakquise, Projektmanagement, Öffentlichkeitsarbeit und das Verteilen von Geldern sowie die Ausbildung von Studierenden bei der Durchführung von Praktika und bei der Erarbeitung von Abschlussarbeiten und weiterführende Studienangebote. Das IAF ist als zentrales wissenschaftliches „In-Institut“ der Hochschule (§ 15 Abs. 7 LHG) organisiert. Institutsangehörige können alle Professorinnen und Professoren sein, die auf den Gebieten der am IAF eingerichteten Schwerpunkte forschen. Sie bilden die kollegiale Leitung des IAF. Entscheidungen werden in einer zur Beschlussfassung einberufenen Versammlung durch Mehrheitsbeschluss getroffen. Die Forschungsschwerpunkte werden durch Professorinnen und Professoren (Forschungsreferenten) betreut. Auf Vorschlag der Versammlung wählt der Senat einen Geschäftsführenden Leiter für die Dauer von vier Jahren. Er ist verantwortlich für die laufende Verwaltung, die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung und den wirtschaftlichen Einsatz der dem IAF zugewiesenen Stellen, Einrichtungen und Räume.

Der Hochschulrat brachte in seiner Sitzung am 8.6.2009 seine positive Haltung zum Ausbau der Forschung zum Ausdruck. Die Gründung des IAF durch Satzungsbeschluss des Senats (§ 19 Abs. 1 Nr. 7 LHG) und durch Zustimmung des Hochschulrats (§ 20 Abs. 1 Nr. 9 LHG) wird vorbereitet.

5 Weiterbildung

5.1 Kontaktstudium für Führungskräfte der Justiz

Prorektor Prof. Dr. Dr.h.c. Helmut Hopp

Im Studienjahr 2008/2009 haben 20 Führungskräfte der Justiz- und Justizvollzugsverwaltung von Oktober 2008 bis Juli 2009 an einer BWL/Management-Weiterbildung teilgenommen. Zum dritten Mal wurde die Weiterbildung im Rahmen eines Distance Learning-Konzeptes durchgeführt. Bis zum Jahre 2004 erfolgte der Kurs noch vollständig in Form von Präsenzveranstaltungen an der Hochschule. Demgegenüber konnten die Teilnehmer des Jahres 2007/08 lediglich 100 von insgesamt 240 Vorlesungsstunden im Rahmen von Präsenzveranstaltungen absolvieren. Den überwiegenden Teil des Programms mussten sich die Teilnehmer auf einer E-Learning-Plattform im Selbststudium am Arbeitsplatz aneignen. Im Jahre 2004 war die Umstellung der Weiterqualifizierung auf die Distance Learning-Struktur vereinbart worden, weil die insgesamt achtwöchige weiterbildungsbedingte Abwesenheit der Justizbeamten nicht mehr mit den dienstlichen Erfordernissen in den Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten vereinbar war. In einem neuen Konzept sollten zwar die gleichen Inhalte im jeweils notwendigen Umfang vermittelt werden, jedoch insgesamt mit weniger Abwesenheit der Beamten vom Arbeitsplatz. Das Team der Hochschule um Prorektor Prof. Dr. Hopp entwickelte in insgesamt sechs Fachgebieten ein Konzept mit Präsenzveranstaltungen und E-Learning-Phasen.

5.2 Anpassungsfortbildung Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen

Prof. Klaus Ade

Auslöser für die Konzeption und Durchführung des Studienlehrgangs Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR) an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg ist die bis zum 1.1.2016 zu bewältigende System-Umstellung im kommunalen Wirtschaftsrecht. Diese Reform fordert von den Gemeindeverwaltungen neben dem hohen Umstellungsaufwand in zeitlicher und finanzieller Sicht ein Umdenken in der künftigen finanzwirtschaftlichen Steuerung. Die Fachleute im Finanzwesen haben Neuland zu betreten, wofür sie in ihrem zurückliegenden Studium keine entsprechende Befähigung erhalten konnten. Die Hochschule bietet daher ihren ehemaligen Studierenden an, diese Lücke durch eine Teilnahme an dem Studienlehrgang zu schließen.

Die Konzeption des Studienlehrgangs basiert auf folgenden Eckpunkten:

- Der einheitliche Studienlehrgang umfasst insgesamt 42 Vorlesungseinheiten. Auf einzeln belegbare Module wird verzichtet, die Thematik wird vielmehr „aus einem Guss“ dargelegt und behandelt. Wiederholungen und Überschneidungen werden damit minimiert. Die finanzwirtschaftlichen Zusammenhänge werden ganzheitlich betrachtet, die künftige finanzpolitische Leitlinie transparent dargestellt.
- Die Vorlesungseinheiten werden über einen Zeitraum von 2 - 3 Monaten an sieben Freitagnachmittagen am Hochschulstandort Ludwigsburg angeboten. Den maßgeblichen Verantwortlichen vor Ort wird damit eine Teilnahme erleichtert. Für viele Entscheidungsträger muss das NKHR neben den ohnehin anfallenden Dienstaufgaben erarbeitet werden. Dienstgeschäfte und Studienlehrgang lassen sich somit miteinander vereinbaren.
- Der Studienlehrgang schließt mit einem Abschlusskolloquium ab, in dem die Teilnehmer nachzuweisen haben, dass sie über umfassende Kenntnisse über das NKHR verfügen. Diese

mündliche Prüfungsleistung wird von einem Gutachter bewertet. Bei erfolgreichem Abschluss dieser Hochschulprüfung wird ein Hochschulzertifikat verliehen.

- Die Vorlesungseinheiten werden überwiegend von Professoren und Lehrbeauftragten der Hochschule durchgeführt. Für die Teilnahme an dem Studienlehrgang werden Lehrgangsgebühren erhoben.

Inhaltlich befasst sich der Studienlehrgang ausschließlich mit Themen, die für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter systembedingt neu sind. Insoweit weist der Studienlehrgang den Charakter einer Anpassungsfortbildung auf. Die Inhalte sehen folgende Schwerpunkte vor:

1. Wesen des Ressourcenverbrauchskonzepts
2. Eröffnungsbilanz
 - Inventur und Inventar
 - Bewertungsmaßstäbe
 - Erstbewertung des Infrastrukturvermögens
3. Haushaltsplanung
 - Haushaltstruktur
 - Haushaltsausgleich
 - Haushaltssteuerung
4. Kommunale Buchführung
 - Finanzvorfälle der Ergebnis-, Vermögens- und Finanzrechnung
5. Jahresabschluss
 - Aufstellung und Analyse des Jahresabschlusses

Die Resonanz auf die erste Ausschreibung im Frühjahr 2008 war überwältigend. Dies zeigte deutlich, wie hoch der Fortbildungsbedarf und speziell die Nachfrage nach einem einheitlichen und umfassenden Angebot ist. Die Hochschule hat auf das immense Interesse reagiert und im Jahr 2008 insgesamt drei Studienlehrgänge und für im Frühjahr 2009 zwei weitere durchgeführt. Insgesamt haben 127 Teilnehmer den Studienlehrgang absolviert.

Durch die durchgeführte Evaluation wurde bestätigt, dass gerade für das Konzept eines geschlossenen Lehrgangs ein enormer Bedarf besteht. Insbesondere die intensive Arbeit an Hand der Gesetzentwürfe, die Vertiefung durch Übungen und die Darstellung im Gesamtkontext wurden positiv hervorgehoben. Die zahlreichen Skripte und Materialien erlaubten auch eine Nacharbeit und Wiederholung zu Hause.

Aus Sicht der Dozenten brachten die ersten Durchgänge sehr interessante Erfahrungen mit sich. In der Diskussion mit Praktikern wurden häufig Fragen kontrovers diskutiert und damit erst als Problem im Rahmen des NKHR deutlich. Unterschiedliche Sichtweisen förderten das Gesamtverständnis für alle Beteiligten.

5.3 Kontaktstudium Kommunalen Bilanzbuchhalter

Prorektor Prof. Wolfgang Rieth

Mit 17 Teilnehmern startete im Oktober 2008 das Kontaktstudium „Kommunaler Bilanzbuchhalter“. Das Kontaktstudium wird in Kooperation mit der VWA Stuttgart von qualifizierten Dozenten der Hochschule in Ludwigsburg durchgeführt. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer schlossen die Prüfung im Frühjahr 2009 erfolgreich ab und erhielten ihr Hochschulzertifikat.

Vor allem Mitarbeiter/innen aus den kommunalen Finanzverwaltungen werden mit diesem Angebot auf die Herausforderungen des neuen kommunalen Haushaltsrechts vorbereitet. Insgesamt 240 Präsenzstunden und 180 Selbstlernerheiten sind von den Teilnehmer/innen zu absolvieren

und mit Modulprüfungen abzuschließen. Die Kurse finden jeweils Donnerstag bis Samstag ganztags an der Hochschule in Ludwigsburg statt.

Der Kontaktstudiengang sieht ein Studierendenmodell vor: Studierende mit Vertiefungsbereich Finanzen haben die Möglichkeit, ihre Modulprüfungen auf den Kontaktstudiengang anrechnen zu lassen und so ebenfalls das Abschlusszertifikat zu erhalten. Diese Möglichkeit haben bereits im ersten Jahr zahlreiche Studierende des Diplomstudiengangs Innenverwaltung genutzt.

Das Kontaktstudium wird im Studienjahr 2009/2010 mit dem zweiten Jahrgang weitergeführt.

6 Internationale Beziehungen der Hochschule

6.1 Akademisches Auslandsamt

Prorektor Prof. Wolfgang Rieth, Ulrich Track

Das Akademische Auslandsamt der Hochschule Ludwigsburg befindet sich im Vergleich mit den Auslandsämtern anderer Verwaltungshochschulen im Bundesgebiet auf den vorderen Plätzen. Nur wenige Verwaltungshochschulen weisen ähnlich breit gefächerte internationale Kontakte und Partnerschaften auf. Das Interesse der Studierenden der Hochschule Ludwigsburg an internationalen Veranstaltungen hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Immer mehr Studierende nehmen die Möglichkeit eines Auslandspraktikums wahr, auch die Zahl der Interessierten an Studienfahrten zu den Partnerhochschulen ist stets um ein Vielfaches größer als die Zahl der zur Verfügung stehende Plätze. In diesen Fällen entscheidet ein Losverfahren über die tatsächlichen Teilnehmer.

Das Angebot an Seminaren und Kolloquien mit unseren Partnerhochschulen im Ausland wird laufend weiterentwickelt. Dies ist nur möglich, weil die Hochschulleitung und der Senatsausschuss „Auswärtige Beziehungen“ die Arbeit des Akademischen Auslandsamts (AAA) nachhaltig fördern und sich viele Studierende, AStA, AESPA und StuRa engagieren. Für die Zukunft ist es denkbar, das Engagement der Studierenden in interkulturellen Zusammenhängen in das Modul „Interkulturelle Kompetenz“ zu integrieren und Credit Points zu vergeben.

Unter den Professoren liegt die Bereitschaft für die Begleitung und Organisation von Studienfahrten bei einer kleinen Gruppe von sehr engagierten Kollegen. Wir hoffen, gerade im jüngeren Professorenkreis das Interesse und die Begeisterung für die Auslandskontakte der Hochschule in der Zukunft noch stärker wecken zu können.

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg (MWK) unterstützt die Hochschulpartnerschaft mit der South-Central University for Nationalities (SCUN), Wuhan, China. Zahlreiche Studierende und Professoren konnten aufgrund der Förderung chinesische Verwaltungssysteme und Ausbildungseinrichtungen kennenlernen, Erfahrungen und Wissen austauschen und persönliche Kontakte knüpfen.

Für die Jahre 2010 und 2011 wurde eine Neustrukturierung der Fördermittel seitens des MWK in Aussicht gestellt. In Abstimmung mit dem Rektorat wurden folgende Schwerpunkte definiert:

1. Osteuropa / Donaustrategie
2. China
3. Public Administration in Europe / IFPAM – Netzwerk
4. Italien / Lombardei / 4 Motoren für Europa
5. INTERNSHIP - NETWORK / Internationales Netzwerk Praktikumsstellen

Das AAA war zusammen mit den jeweiligen Projektleitern zuständig und verantwortlich für alle Auslandsaktivitäten der Hochschule Ludwigsburg und Anlaufstelle für Gaststudenten, -praktikanten und -dozenten sowie zahlreiche ausländische Delegationen, die sich über den Studienbetrieb der Hochschule informieren und vom Fachwissen der Dozenten profitieren wollten. Die Studierenden der Hochschule wurden bei der Planung ihrer Auslandspraktika unterstützt. Die Koordination der einzelnen Delegationsbesuche sowie die Organisation der Auslandsaufenthalte von der Werbung und Auslosung der Teilnehmer über die Visabeschaffung und detaillierten Reisevorbereitungen bis hin zur Verarbeitung der Reiseberichte für die weitere Veröffentlichung werden vom AAA koordiniert.

6.2 Partnerschaften mit Hochschulen und Institutionen im Ausland

Auf der Basis von Kooperationsverträgen besteht eine enge und fruchtbare Zusammenarbeit mit

- der South-Central University for Nationalities (SCUN), Wuhan, Provinz Hubei/V.R. China
- der Hogeschool Gent/Belgien
- der Technischen Universität Gabrovo, Gabrovo/Bulgarien
- der Stiftung Slaviani, Sofia/Bulgarien
- dem Istituto Regionale Lombardo di Formazione per l'Amministrazione Pubblica (IREF), Mailand/Italien
- der Universität Zagreb, Zagreb/Kroatien
- der Thorbecke Academie, Leeuwarden/Niederlande
- der Fachhochschule Liegnitz, Liegnitz/Polen
- der Stolypin-Wolga-Akademie für den Staatsdienst, Saratov/Russland
- der Corvinus Universität, Budapest/Ungarn
- der Universität Pavel Jozef Safárik, Kosice/Slowakische Republik
- der Babes-Bolyai-Universität, Cluj/Rumänien

Im Rahmen des IFPAM werden Kontakte auf- bzw. ausgebaut zur

- Academy of State and Social Construction, Tashkent/Usbekistan
- St. Kliment Ohridski University, Bitola/Macedonia

Außerdem bestehen Hochschulkontakte zur

- Universitatea "Aurel Vlaicu" in Arad / Rumänien
- Nord-Kaukasische Akademie für den Staatsdienst, Rostow am Don/Russland

Langjährige Kontakte zu folgenden Hochschulen haben momentan keine aktive Ausprägung:

- Escola Galega de Administración Pública (EGAP), Santiago de Compostela/Spanien
- Universität Orléans, Institut Universitaire Professionnalis  Faculté de Droit, Economie e Gestion (IUP), Orléans/Frankreich

6.3 Internationales Forum für öffentliche Verwaltung und Management

Die im Jahr 1992 gegründete Vereinigung von Verwaltungshochschulen und anderen Ausbildungsinstitutionen für die öffentliche Verwaltung (International Forum of Public Administration and Management, IFPAM) verbindet die Hochschule Ludwigsburg und die mit ihr kooperierenden Auslandspartner zu einem Netzwerk. Der Hochschule Ludwigsburg obliegt die Geschäftsführung. Das IFPAM veranstaltet jährlich eine Sommerakademie, bei der gemeinsam interessierende Themen und Projekte wissenschaftlich behandelt werden.

Die 17. Sommerakademie fand von 17. bis 20. September 2009 in Gabrovo / Bulgarien statt und wurde von der Technischen Universität Gabrovo ausgerichtet. Teilnehmer von Seiten der Hochschule Ludwigsburg waren Rektor Prof. Maier und Prorektor Prof. Rieth. Hauptthema waren neue Berichte über die Forschungsaktivitäten der beteiligten Hochschulen aus Belgien, Bulgarien, Deutschland, Niederlande, und Russland sowie die Planung gemeinsamer Forschungsprojekte auf dem Gebiet Public Administration. Ein gemeinsames Forschungsprojekt ist die Erhebung der in den einzelnen Staaten bei öffentlich Bediensteten der Führungsebene verlangten Kompetenzen und die Auswirkungen auf Ausbildung und die Curricula in den Hochschulen. Erörtert wurde außerdem der Stand des Joint Master-Projekts European Public Administration der Hochschulen Budapest, Gabrovo, Gent, Ludwigsburg sowie verschiedener Bildungsträger. Der Antrag zur EU-Förderung soll bis Ende Februar 2010 in Brüssel eingereicht werden.

6.4 International Advisory Board der Universität Budapest

Rektor Prof. Maier ist Mitglied des International Advisory Board (IAB) der Corvinus Universität Budapest, das Empfehlungen für die weitere universitäre Entwicklung in Lehre, Forschung und Internationalisierung erarbeitet. Er nahm an zwei Sitzungen der Universität teil.

6.5 Aktivitäten im Rahmen der bilateralen Kooperationen

6.5.1 Seminare für Studierende

Partner: Stolypin-Wolga-Akademie für den Staatsdienst, Saratov/RF

Seminar vom 23.10. – 30.10.09 in Saratov

Organisation: Prof.in Regine Volk, Prof. Dieter Kies, Prof. Klaus Rogler, Akademisches Auslandsamt

Seminar vom 03.05. – 10.05.09 in Ludwigsburg

Organisation: Prof.in Regine Volk, Prof. Dieter Kies, Prof. Peter Raviol, Akademisches Auslandsamt

geplant: Seminar vom 01.05. – 09.05.2010 in Ludwigsburg

Organisation: Prof.in Regine Volk

geplant: Summer School vom 25.05. – 05.06.2010 in Saratov

Förderung: GoEast - Programm des DAAD

Organisation: Akademisches Auslandsamt

Partner: South Central University for Nationalities, Wuhan/China

Seminar vom 04. – 13.04.2009 in Wuhan

Organisation: Prof. Peter Raviol, Prof. Günther Becker

Summerschool vom 27.05.. – 10.06.09 in Wuhan

Organisation: Prof. Dieter Kies, Prof. Dietrich Wendland

Partner: Corvinus Universität Budapest/Ungarn

Seminar vom 22.04. – 30.04.09 in Ludwigsburg

Organisation: Prof. Peter Raviol

Feier zum 20jährigen Bestehen der Partnerschaft

26. – 30.04.09 in Ludwigsburg

Organisation: Prof. Peter Raviol

04. – 07.02.2010: Studienfahrt des Masterstudiengangs nach Budapest

Organisation: Prof. Dieter Kies

Partner: Thorbecke Academie, Leeuwarden/Niederlande

09. – 13.03.09 in Ludwigsburg

Organisation: Prof.in Ute Vondung, Prof. Dieter Kies

Partner: IREF, Mailand/Italien

05. – 11.04.09 in Mailand

Organisation: Prorektor Prof. Wolfgang Rieth

Partner: Witelon University of Applied Sciences, Legnica, Polen

29.11. – 05.12.2009 in Ludwigsburg

Organisation: Prof. Dr. Oliver Sievering

geplant: 12. – 16.04.2010 in Legnica

Organisation: Prof. Dr. Oliver Sievering

Sonstige Seminare für Studierende:

04.09.- 07.09.2009: Studienfahrt zum Thema *Europäische Union* in Brüssel

Organisation: Prof. Dieter Kies, Prof.in Regine Volk, Prof. Peter Raviol

6.5.2 Praktika für Studierende

Mehr und mehr Studierende der Hochschule Ludwigsburg absolvieren Praktika im Ausland. Viele Studierende nutzen die Möglichkeit, Erasmus-Förderung zu beantragen, und beschließen, Verwaltungen in europäischen Nachbarstaaten kennenzulernen. Andere Studierende gehen nach Australien, China, Costa Rica, Kanada, USA oder Südafrika. Die Rückmeldung von den Praktikumsstellen ist durchweg positiv. Besondere Beziehungen haben sich zu Miami Beach, Florida, Monterey, Kalifornien, Shoalhaven, Australien und der Stadt Wien entwickelt. Jedes Jahr absolvieren 5 bis 6 Studierende ihre Praxisphase bei diesen Praktikumsgebern.

Die Studierenden werden bei der Suche nach Praktikumsstellen durch Tipps zur Bewerbung und zu Visaformalitäten sowie durch die Praktikumsdatenbank des AESPA unterstützt. Die Studierenden stellen mehr und mehr Berichte zu ihren Auslandsaufenthalten ein, was zu einer erhöhten Akzeptanz der Datenbank bei denjenigen führt, die auf der Suche nach einer geeigneten Praktikumsstelle sind.

Partner: Corvinus Universität Budapest/Ungarn

01.08.09 – 30.09.09: Praktikum für 7 ungarische Studenten bei Kommunen im Landkreis Esslingen bzw. Nürtingen und Rems-Murr im Rahmen des Erasmus-Programms.

Organisation: Prof. Peter Raviol

Partner: Stolypin-Wolga-Akademie für den Staatsdienst, Saratov/RF

01.04. – 04.05.2009 Praktikum für Anna Vetrova in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Ludwigsburg.

Organisation: Akademisches Auslandsamt

6.5.3 Veranstaltungen für Professoren**XVI. Deutsch-italienische Gespräche, Villa Vigoni**

European Services Directive Implementation in Baden-Württemberg and Lombardia

01. - 03. Juli 2009

Von Seiten der Hochschule Ludwigsburg nahmen teil: Prorektor Prof. Dr. Hopp, Ulrich Track, Sandra Schott

Partner: Technische Hochschule Gabrovo

09.09. - 12.09.2009 ausrichtende Hochschule des IFPAM Meeting (siehe oben)

Partner: South Central University for Nationalities, Wuhan, China

Geplant: Kolloquium vom 26.10. – 28.10.09 in Ludwigsburg

Organisation: Prof. Günther Becker, Prorektor Prof. Wolfgang Rieth

Kolloquium einer Delegation der HS Ludwigsburg an der SCUN
vom 05.11. – 15.11.09

Teilnehmer der Hochschule Ludwigsburg: Prorektor Prof. Wolfgang Rieth, Prof. Thomas Schad

09. – 19.05.2009: Forschungsaufenthalt an der HS Ludwigsburg

Forschungsaufenthalt von Herrn Dr. Ganchev TU-Gabrovo an der HS Ludwigsburg

Organisation: Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp

Universitäten Temesvar und Arad im April 2009

Gastvorträge von Prof. Dr. Norbert Schäfer an der Universitatea "Aurel Vlaicu"

6.5.4 Weitere Projekte

Joint-Master-Programm:

Gespräche zum gemeinsamen Joint-Master-Programm fanden am 12.- und 13. im Februar 2009 an der Hogeschool in Ghent statt. Teilnehmer der Partnerhochschulen kamen aus Ghent, Gabrovo und Budapest. Weitere Gespräche sind für den Oktober 2009 an der Hochschule Ludwigsburg geplant. Erwartet werden Teilnehmer von den Partnerhochschulen aus Ghent und Gabrovo.

Donaustrategie des Landes Baden-Württemberg

Im Zuge der Donaustrategie des Landes wurden Kontakte zu Hochschulen in Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Kroatien auf- bzw. ausgebaut.

Die Hochschule Ludwigsburg beteiligt sich an der Gründung des East-European-Academic Centers in Sofia. Projektpartner sind die Slavyani Foundation und weitere Gründungsmitglieder aus Bulgarien, Deutschland, USA und Russland.

2009 wurde das 20jährige Bestehen der Partnerschaft mit der Corvinus Universität Budapest gefeiert. Feierlich wurde im Beisein von Europaminister Reinhart die Verlängerung der Partnerschaft im Staatsministerium unterzeichnet.

Rektor Prof. Maier wirkte in der gemischten Kommission Baden-Württembergs und Bulgariens und unter Beteiligung von Prorektor Prof. Dr. Hopp in der gemischten Kommission Baden-Württembergs und Rumäniens mit.

Tempus Projekt

Die Hochschule Ludwigsburg beteiligt sich an einem Tempus Projekt zur Weiterbildung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst in der Republik Mazedonien und in Bosnien-Herzegowina.

6.6 Besuche an der HVF

Zahlreiche ausländische Delegationen, die sich für die Ausbildung für den öffentlichen Dienst und unsere Studiengänge sowie andere fachspezifische Themen interessierten, waren Gäste unserer Hochschule:

Delegation aus der Provinz Guangxi am 06.07.2009

25 chinesische Führungskräfte aus der Verwaltung der Provinz Guangxi besuchten die HVF Ludwigsburg. Die Gruppe wurde von Rektor Prof. Maier begrüßt und von Prof. Pfeiffer zum Deutschen Beamtenrecht informiert. Die Organisation erfolgte durch das Akademische Auslandsamt.

Türkische Delegation am 03.07.2009

Eine Delegation von Landräten aus der Türkei wurde von Herrn Prof. Altpeter und von Herrn Prof. Schad an unserer Hochschule begrüßt. Die Gruppe wurde über die Hochschule informiert, nahm an Lehrveranstaltungen teil und erhielt eine Einführung ins Rechenzentrum.

Delegation aus der Provinz Yunan im November 2009 (geplant)

Im Rahmen der Kooperation mit der Fa. Hans Thorn ist ein einwöchiges Seminar zum Thema Bankwesen in Zusammenarbeit mit der Volksbank Strohgäu geplant.

6.7 Sitzungen des Senatsausschusses

Die Vorbereitungen der Sitzungen des Senatsausschusses „Auswärtige Beziehungen“ wurden im Akademischen Auslandsamt vorbereitet. Die Sitzung fand am 21.11.2008 statt. Ein Protokoll wurde erstellt und an alle Teilnehmer verschickt.

6.8 Sonstige Veranstaltungen**Europäischer Hochschultag am 15.12.2008**

Der Europäische Hochschultag wurde in Zusammenarbeit mit der Stadt Ludwigsburg geplant und vorbereitet. Im Jahr 2009 hat der Fünfte Europäische Hochschultag wiederum in Kooperation mit der Stadt Ludwigsburg am 11.12.2009 stattgefunden. Der Hochschultag wird unter der Leitung von Prof. Dr. Hopp im Wesentlichen von den Masterstudierenden geplant, organisiert und durchgeführt.

Informationsveranstaltungen

Das Akademische Auslandsamt veranstaltete im Herbst 2008 und Frühjahr 2009 Informationsveranstaltungen zu den Auslandspraktika und den Studienreisen der Hochschule Ludwigsburg. Weitere Informationsveranstaltungen zu den genannten Themen werden im Herbst 2009 und Frühjahr 2010 stattfinden.

One Stop Europe 2009, Electronic Public Management, Veranstaltung am 23. und 24.04.2009

Die OSE-Konferenz findet seit 2007 statt. Kooperationspartner ist die Alcatel-Lucent-Stiftung. Zahlreiche Referenten und Teilnehmer kamen aus den Partnerhochschulen der Hochschule Ludwigsburg.

6.9 DAAD

Der Deutsche Akademische Austauschdienst hat im Jahre 2008 das sog. Ostpartnerschaften-Programm ausgeschrieben. Das Ostpartnerschaften-Programm fördert die partnerschaftlichen Beziehungen von deutschen Hochschulen mit Hochschulen in Mittel-, Ost- und Südeuropa, sowie den Ländern der GUS. Das Programm fördert den Austausch von deutschen und ausländischen Hochschullehrern, Wissenschaftlern, Studierenden und Graduierten. Deutsche Teilnehmer erhalten einen Reisekostenzuschuss und die ausländischen Teilnehmer erhalten einen Zuschuss zu ihren Aufenthaltskosten.

Die Hochschule Ludwigsburg hatte sich 2008 erfolgreich um Fördermittel aus dem Ostpartnerschaften-Programm beworben. Der Antrag wurde für die Förderjahre 2009 bis 2011 bewilligt. Für jedes Förderjahr stehen 15.500,00 € zur Verfügung. Somit werden die Aktivitäten die im Rahmen der Partnerschaften mit Bulgarien, Polen, Russland und Ungarn stattfinden durch das Ostpartnerschaften-Programm finanziell durch den DAAD gefördert.

Für das Förderjahr 2009 konnten über eine Nachbewilligung nochmals 16.090,00 € generiert werden. Somit standen der Hochschule Ludwigsburg im Förderjahr 2009 insgesamt 31.590,00 € zur Verfügung. Mit diesen Geldern wurden u.a. die Seminare für Studierende aus Saratow und Budapest und das 20-Jährige Jubiläum der Partnerschaft mit der Corvinus Universität Budapest, sowie ein Praktikums- und ein Forschungsaufenthalt in Ludwigsburg teilfinanziert.

6.10 Erasmus

Seit dem Jahre 2007 besitzt die Hochschule Ludwigsburg die erweiterte ERASMUS University Charter (EUC). Durch den Besitz der EUC ist es der Hochschule Ludwigsburg möglich, Studierende, Dozenten und Verwaltungsmitarbeiter bei Praktika, Lehrtätigkeiten und Arbeitsaufenthalten im EU-Ausland mit Mittel aus dem ERASMUS-Programm der Europäischen Union finanziell zu unterstützen.

Nachdem im ersten Förderjahr 2007/08 nur 8 Masterstudierende am ERASMUS-Programm teilgenommen hatten, wurde das Ziel verfolgt, das ERASMUS-Programm insbesondere in den grundständigen Studiengängen zu etablieren. Die Etablierung des ERASMUS-Programmes an der Hochschule Ludwigsburg wurde im Hochschuljahr 2008/09 eindeutig erreicht. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Teilnehmer um ein Vielfaches angestiegen. Im Förderjahr erhielten 26 Studierende (davon 6 Master- und 20 Bachelor- / Diplomstudierende), 3 Professoren, 2 Verwaltungsmitarbeiterinnen und ein ausländischer Unternehmer Fördergelder aus dem ERASMUS-Programm.

Insgesamt standen der Hochschule Ludwigsburg 76.990,00 € Fördergelder zur Verfügung. Die Hochschule Ludwigsburg hat den größten Teil der Förderung verwendet. Sowohl die Gelder für die Dozenten- als auch für die Personalmobilität konnten voll genutzt werden. Bei der Studierendenmobilität wurden nur 65 % der zur Verfügung stehenden Gelder genutzt. Daher ist das Ziel für das Förderjahr 2009/10, die Gelder in alle Bereichen des ERASMUS-Programmes zu annähernd 100 % zu verausgaben.

6.11 Walter-Hallstein-Programm im Baden-Württemberg STIPENDIUM

Im Jahr 2009 konnten im Walter-Hallstein-Programm insgesamt 35 Stipendien an Studierende und Verwaltungsfachleute vergeben werden. 12 Stipendien entfielen auf Studierende des MEUS-Studiengangs der Universität Tübingen, 15 Stipendien wurden an Studierende des Master-Studiengangs „Europäisches Verwaltungsmanagement“ vergeben. Mit insgesamt 18 Stipendien wurden Studierende und Verwaltungsfachleute aus den MOE-Staaten gefördert.

Die Stipendien für Studierende der oben genannten Studiengänge dienen zur Unterstützung eines Praktikumsaufenthalts im Ausland. Die Stipendien für die Studierenden und Verwaltungsfachleute machen einen Praktikumsaufenthalt in Baden-Württemberg möglich. Im Jahr 2009 stellten u.a. das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, die Landesvertretungen Baden-Württembergs in Berlin und Brüssel, das Regierungspräsidium Stuttgart, der Kommunalverband für Jugend und Soziales, sowie Landratsämter und Kommunen Praktikumsplätze zur Verfügung.

Zum Aufenthalt in Baden-Württemberg gehören zwei Netzwerktreffen. Am 31.07.2009 fand das Treffen für alle Stipendiaten und Alumni des Walter-Hallstein-Programms in Stuttgart statt. Mehr als 40 ehemalige und aktuelle Stipendiaten trafen sich in der Landeshauptstadt, um über Europa zu diskutieren, alte Kontakte zu pflegen und neue Bekanntschaften zu schließen. Das Treffen wurde zusammen mit der Landesstiftung Baden-Württemberg und dem Staatsministerium organisiert. Im Rahmen einer Feierstunde in der Villa Reitzenstein erhielten die aktuellen Stipendiatinnen und Stipendiaten ihre Urkunden.

Am 23.09.2009 fand in Plochingen das Stipendiatenfest statt. Zu diesem Fest werden alle aktuellen Stipendiaten und Vertreter der Praktikumsstellen eingeladen. Ca. 40 Personen nahmen am Treffen in Plochingen teil.

7 Qualitätssicherung

7.1 Qualitätsmanagement

Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp, Henning Rassi

7.1.1 Leitbild

Im Leitbild der Hochschule wird der Anspruch an das Qualitätsmanagement wie folgt bestimmt:

„Die Hochschule sorgt für eine hohe Qualität des Studiums und der Weiterbildung. Alle Hochschulangehörigen lehren, lernen und arbeiten leistungsorientiert und kooperativ. Die Hochschule stellt ein modernes Wissensmanagement in Lehre und Hochschulverwaltung bereit. Sie unterzieht ihre Leistungen in der Lehre einer ständigen Evaluation.“

7.1.2 Ausbau des Qualitätsmanagementsystems

Die HVF befindet sich in der Aufbauphase eines Qualitätsmanagement-Systems, das die Hochschule hinsichtlich ihrer Qualität mit abgestimmten Instrumenten leitet und lenkt. Diesem Ziel in Richtung „lernende Organisation“ ist die HVF im vergangenen Jahr einen wichtigen Schritt näher gekommen.

Im Januar 2009 wurde die Stelle eines QM-Beauftragten geschaffen und besetzt. Der QM-Beauftragte arbeitet zusammen mit Herrn Prof. Dr. Hopp an der Entwicklung und Umsetzung eines Qualitätsmanagementsystems an der HVF. Hierzu wurden im vergangenen Jahr wesentliche Schritte realisiert.

Am Anfang stand die Aufstellung eines Konzeptes auf der Grundlage der bisherigen Aktivitäten für das Qualitätsmanagement. Das Konzept wurde über die Präsentation und Diskussion in verschiedenen Gremien der Hochschule verankert. Das Konzept sieht zwei Regelkreise vor:

- Der strategische Regelkreis umfasst die Entwicklung, Umsetzung und Ergebnisüberprüfung strategischer Ziele der Hochschule.
- Der zweite Regelkreis umfasst alle Instrumente der Qualitätsentwicklung auf der operativen Organisationsebene. Kern dieses operativen Regelkreises ist die Einführung von Prozessmanagement an der Hochschule.

Zur übergeordneten Steuerung der QM-Aktivitäten richtete der Senat einen QM-Ausschuss ein, dem Vertreter der Fakultätsvorstände, der Studierenden, der Verwaltungsmitarbeiter, der Professoren, der Lehrbeauftragten und des Personalrats angehören. Der Ausschuss konstituierte sich am 29.06.2009 und trifft sich seitdem in Halbjahresabständen sowie nach Bedarf.

Auf der Ebene der strategischen Entwicklung führte die Hochschule mit Unterstützung der Fa. Cobus GmbH am 06.05. und am 17.06.2009 zwei QM-Workshops mit den Professoren durch. Inhalt war die Identifizierung und Diskussion von Verbesserungsmöglichkeiten und langfristigen QM-Themen. Auf dieser Grundlage aufbauend sollen im Jahr 2010 weitere QM-Treffen zu ausgewählten Themen stattfinden.

Im operativen Bereich soll in Zukunft das Prozessmanagement einen wichtigen Beitrag zur Qualitätsverbesserung beitragen. Am Anfang stand die Sammlung der Prozesse der HVF in einer Prozessliste. Aus dieser wurden die prioritären Prozesse ausgesucht, um sie bis Ende 2010 mit den Beteiligten zu dokumentieren und gegebenenfalls zu optimieren. Der erste dokumentierte Prozess ist die *Bestellung von Lehrbeauftragten*. Begonnen wurde zudem mit der Dokumentation der *Prüfungsdurchführung* und der *Studienplanung*. Ziel ist es, die dokumentierten Prozesse regelmäßig mit den Beteiligten abteilungsübergreifend zu überprüfen und gegebenenfalls zu verbessern. Die Prozessbeschreibungen sind im Intranet für alle Mitglieder der HVF abrufbar, um die Transparenz

der Abläufe zu erhöhen und um allen Betroffenen eines Prozesses die Möglichkeit zu geben, Verbesserungsvorschläge einzubringen.

Auf der operativen Ebene führte die Hochschulleitung desweiteren im November und Dezember 2008 drei QM-Treffen mit Vertretern der Studierenden durch. Die dabei festgestellten Schwachstellen führten zu verschiedenen Verbesserungsmaßnahmen an der HVF. Zum Ende des SS 2009 erhielten die Studierenden einen Bericht über den Stand der Umsetzung. Die QM-Zusammenarbeit mit den studentischen Vertretern wird fortgesetzt.

Im Bereich der Verwaltungsmitarbeiter fanden Ende 2008 Mitarbeitergespräche mit allen Bediensteten der Hochschule durch das Rektorat statt. Im Juli 2009 wurde eine Mitarbeiterbefragung zur allgemeinen Arbeitssituation durchgeführt. Eine aus den Ergebnissen resultierende Maßnahme ist die Einführung regelmäßiger Mitarbeiterversammlungen zur gegenseitigen Information und die Erstellung eines Mitarbeiterbriefes analog zu dem bisher existierenden Dozenten- und Studierendenbriefen durch das Rektorat.

Als Instrument für die strukturierte Ermittlung von Erwartungen, Schwachstellen und Verbesserungsvorschlägen an einer Hochschule stellen fragebogengestützte Evaluationen ein wichtiges Instrument der Qualitätsentwicklung dar. Dies trifft auch auf die Hochschule Ludwigsburg zu. Während im ersten Halbjahr 2009 eine starke Ausweitung der Befragungen stattfand, stellt sich für die Zukunft die Aufgabe, Follow-up-Prozesse festzulegen, die die Entwicklung von Verbesserungsmaßnahmen aufgrund der Evaluationsergebnisse noch stärker verankern. Einzelheiten über den Einsatz von Evaluationen sind im Bericht der Evaluationsbeauftragten der HVF, Frau Profⁱⁿ Dr. Hänel, enthalten (unten 7.2).

Damit auch die Aktivitäten im Bereich Qualitätsmanagement für die Mitglieder der HVF transparent sind, wird alle 2 bis 3 Monate ein QM-Newsletter verschickt. Protokolle, Prozessbeschreibungen und andere QM-Dokumente werden im Intranet hinterlegt und sind damit für alle Mitglieder zugänglich.

7.2 Evaluation

Prof. Dr. Kathrin Hänel

7.2.1 Grundsätze

Im Studienjahr 2008/9 fanden an der HVF die Überarbeitung der Evaluationsatzung und eine Konkretisierung der Aufgabenbereiche der Evaluationsbeauftragten entsprechend der neu hinzukommenden Aufgaben statt.

Neben der Fortführung der Lehrevaluation wurden im Studienjahr 2008/9 an der HVF zahlreiche weitere Module des für unsere Hochschule im Jahr 2007 entwickelten Rahmenkonzeptes zur Evaluation von Studium und Lehre umgesetzt. Es fanden eine Studienanfängerbefragung, eine Studierendenbefragung zu den allgemeinen Studienbedingungen, eine Absolventenbefragung, eine Befragung der Dozenten zur Arbeit an der HVF und eine Befragung der Verwaltungsmitarbeiter statt. Dabei wurden die Fragebögen so aufgebaut, dass die allgemeine Studierendenbefragung, die Dozentenbefragung und die Befragung der Verwaltungsmitarbeiter viele Schnittstellen aufweisen, um eine direkte Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu ermöglichen und nachfolgend aufeinander abgestimmte Schlussfolgerungen ableiten zu können.

Die detaillierte und umfassende Auswertung aller Evaluationsergebnisse mit Ausnahme der Lehrevaluationen, die jeweils unmittelbar an die Erhebung erfolgte, ist für das kommende Studienjahr geplant. Dieser Zeitpunkt ergibt sich aus der Tatsache, dass für die Ableitung stimmiger Konsequenzen erst alle Befragungen abgeschlossen sein mussten.

7.2.2 Lehrevaluation

Die Evaluation der Lehre der haupt- und nebenamtlich tätigen Dozenten wurde bzgl. des Vorgehens und der Auswertung wie im letzten Rektorbericht beschrieben fortgeführt. Entsprechend der Evaluationsordnung fand dabei i.d.R. Berücksichtigung, dass die „Evaluation der Lehrveranstaltungen des jeweiligen Studienganges ... mindestens in jedem zweiten Jahr zu erfolgen“ hat. Im Einzelnen wurde die Lehrevaluation in folgenden Studiengängen durchgeführt:

- Allgemeine Finanzverwaltung: Evaluation der Lehre der haupt- und nebenamtlich tätigen Dozenten im Grund- und Hauptstudium
- Steuerverwaltung: Evaluation der Lehre aller haupt- und nebenamtlich tätigen Dozenten pro Fach in einer AG im Grundstudium I und II
- Masterstudiengang Europäisches Verwaltungsmanagement: Evaluation der Lehre der haupt- und nebenamtlich tätigen Dozenten in allen Fächern

Die Beteiligung der Dozenten der entsprechenden Studiengänge an der Lehrevaluation war sehr groß. Eingesetzt wurde der nochmals gekürzte und überarbeitete Rindermann-Fragebogen. Diese Version soll von nun ab in allen Studiengängen einheitlich angewendet werden.

Das Angebot für individuelle Beratungsgespräche wurde von einem Dozenten genutzt.

Eine Nachevaluation fand in der Steuerverwaltung statt, wo allerdings technische Probleme eine aussagefähige Auswertung der studentischen Befragung unmöglich machten.

Die Lehrevaluationsergebnisse zeigen, wie in den letzten Jahren, dass die Studierenden ganz überwiegend mit der Qualität der Lehre sowie dem Engagement der Dozenten und dem Lernklima zufrieden sind. Das gilt sowohl für die Lehre der hauptamtlich wie auch die der nebenamtlich tätigen Kollegen. Die Ergebnisse der Nachevaluation in der Steuerverwaltung stimmen mit den Ergebnissen des Vorjahres überein (vgl. Rektorbericht 2007/8): Die Dozenten begrüßen die Evaluation und fühlen sich durch das überwiegend positive Feedback in ihrer Arbeit bestätigt.

7.2.3 Dozentenbefragung

Im Studienjahr 2008/9 fand erstmals eine umfassende 10-seitige schriftliche Befragung der hauptamtlichen Dozenten zu verschiedenen Aspekten ihrer Arbeit an der HVF statt. An dieser Befragung beteiligten sich 34 von insgesamt 66 Kollegen: Hiervon war mehr als die Hälfte im Studiengang Steuerverwaltung, ca. 1/3 in der Innenverwaltung, ca. jeweils 15% in der Allgemeinen Finanzverwaltung und dem Masterstudiengang sowie 6% in der Rentenversicherung tätig.

Fragekomplexe bezogen sich auf folgende Unterthemen: Stärken und Schwächen der HVF; Praxisbezug des Studiums; Qualität in Lehre, Forschung und Weiterbildung (hier insbesondere: Einschätzung der Leistung von Studierenden; Standards und Ablauf von Prüfungen; Lehre, Lehrsituation und Lehrinhalte; Forschung; Weiterbildung; Qualitätsmanagement); eigenverantwortliches Lernen der Studierenden; Arbeitsbedingungen und Lernumgebung an der HVF; soziales Miteinander/partnerschaftlicher Umgang an der Hochschule; neue Studienangebote; Gleichstellung und Umweltverantwortung.

Zusammengefasst zeigte die Befragung der hauptamtlichen Dozenten, dass sie mit Engagement tätig und ganz überwiegend mit ihren Arbeitsbedingung und -inhalten zufrieden sind. Besondere Stärken der HVF sehen die Dozenten im Praxisbezug der Ausbildung und der Relevanz der vermittelten Inhalte und Anforderungen. Insgesamt sind die Professoren mit dem Service, den das nicht wissenschaftlich tätige Personal stellt, sehr zufrieden.

Kritik wurde vor allem an verschiedenen Aspekten des Informationsmanagements an der HVF und der Intensität der Zusammenarbeit untereinander geäußert. Das Interesse an der Beteiligung an

Forschungsvorhaben ist z. Zt. noch schwach ausgeprägt, was mit zu großer Lehrbelastung begründet wird.

Der quantitative Teil des automatisch erstellten Ergebnisberichtes wurde allen hauptamtlich tätigen Dozenten schriftlich mitgeteilt. Die Ergebnisse wurden außerdem in verschiedenen Workshops aufgegriffen und konstruktiv diskutiert (vgl. Kap. 7.1 Qualitätsmanagement).

7.2.4 Studienanfängerbefragung

Die Befragung der Studienanfänger in allen Studiengängen mit Ausnahme des Masterstudienganges (der nur im ersten Semester an der HVF Ludwigsburg stattfindet) erfolgte im Studienjahr 2008/9 ebenfalls erstmals einheitlich mit einem 6 Seiten umfassenden Fragebogen. Insgesamt nahmen 354 Studienanfänger an der Befragung teil, wobei 43% aus dem Studiengang Innenverwaltung, 8% aus der Allgemeinen Finanzverwaltung, 9% aus der Rentenversicherung und 40% aus der Steuerverwaltung stammten.

Gefragt wurde nach der den persönlichen Studienagangsbedingungen, nach den ursprünglichen Wünschen bzgl. Hochschulstandort und Studiengang, nach der Verwirklichung dieser Wünsche durch das Studium an der HVF, nach dem Informationsmanagement vor Studienbeginn und nach der Beurteilung des Studieneinstiegs sowie nach notwendigen Veränderungen.

Insgesamt zeigt sich, dass die Erwartungen der Studierenden an Ihr Studium positiv erfüllt wurden und sie zufrieden mit dem Studieneinstieg sind. Deutlich wird, dass die Sicherheit des Beamtenstatus, die gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die guten Arbeitsmarktchancen für viele Studierende besonders wichtige Gründe für die Wahl des Studiums waren. Aufmerksamkeit sollte der Verbesserung des Informationsmanagements geschenkt werden.

7.2.5 Studierendenbefragung zu den allgemeinen Studienbedingungen

Ebenfalls erstmals wurde im SS 2009 an der HVF eine umfassende Befragung der Studierenden zu verschiedenen Aspekten ihrer Studienbedingungen konzipiert und durchgeführt. Der eingesetzte Fragebogen umfasste 10 Seiten. Dabei wurden im Studiengang Innenverwaltung sowohl Studierende der Bachelor- (im 3. Semester) (n=99) als auch der Diplom-Ausbildung im Hauptstudium (n=94) befragt, in den Studiengängen Allgemeine Finanzverwaltung (n=28) und Rentenversicherung (n=26) jeweils Studierende im Hauptstudium der Diplom-Ausbildung und in der Steuerverwaltung Studierende (n=112) im Studienabschnitt G III in der Bachelor-Ausbildung. Insgesamt beteiligten sich 359 Studierende an der Befragung.

Folgende Fragebereiche wurden mit der Befragung abgedeckt: Stärken und Schwächen der HVF; Praxisbezug der Ausbildung; Qualität in der Lehre (insbesondere: Fragen zum Studieneinstieg; Fragen zur Studiensituation und Lehre); Prüfungsleistungen und Rückmeldung von Studienleistungen; Studiendauer und möglicher Studienwechsel; Pläne nach dem Studium; Qualitätsmanagement; eigenverantwortliches Lernen; Attraktivität der Studier- und Studienbedingungen; partnerschaftlicher Umgang an der HVF; neue Studienangebote; Gleichstellung und schließlich Umweltverantwortung.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Studierenden in ihren Einschätzungen kritischer sind als die Professoren. Die Studierenden äußerten sich eher zufrieden mit den allgemeinen Studienbedingungen. Kritikpunkte betrafen im Wesentlichen wieder das Informationsmanagement an der HVF. Außerdem wünschten sich die Studierenden klarere Rückmeldungen über den Lernerfolg durch die Lehrenden. Besonders zufrieden äußerten sich die Studierenden mit dem sozialen Klima an der HVF.

7.2.6 Absolventenbefragung

Die Befragung der Absolventen am Ende des Studienjahres 2008/9 fand in den Studiengängen Innenverwaltung, Allgemeine Finanzverwaltung, Rentenversicherung und Steuerverwaltung statt - einerseits durch einen Fragebogen, den die Studierenden selbst am Tage ihrer Abschlussprüfung ausfüllen mussten und andererseits mündlich durch die Prüfer. Insgesamt wurden so 400 Studierende befragt.

Die Studierenden erhielten je nach Studiengang im Detail unterschiedlich aufgebaute Fragebögen. Zu folgenden Themen wurden alle Studierende gleichermaßen befragt: Stellensituation und Aussichten nach Studienabschluss.

Es zeigte sich, dass ca. zwei Drittel aller Studierenden zu diesem Zeitpunkt, also unmittelbar am Ende der Ausbildung, eine feste Stelle bzw. eine feste Stelle in Aussicht hatten. Dabei gab es situationsbedingt klare Unterschiede zwischen den beiden Fakultäten: in der Fakultät I hatten - je nach Studiengang - zwischen 81% und 97% der Studierenden eine feste Stelle bzw. eine feste Stelle in Aussicht, in der Fakultät II Steuerverwaltung bisher ca. ein Drittel, da wie üblich der endgültige Stellenbedarf an den Finanzämtern durch die OFD erst Ende September bekannt gegeben wird.

7.2.7 Verwaltungsmitarbeiterbefragung

Auch für die Verwaltungsmitarbeiter fand im Frühjahr 2009 erstmals eine umfassende schriftliche Befragung statt. An ihr beteiligten sich 34 Mitarbeiter, das sind 79%. Folgende Unterthemen wurden in der Befragung näher analysiert: Aufgaben und Arbeitstätigkeit der Verwaltungsmitarbeiter; verschiedene Aspekte der Arbeitsbedingungen; Fortbildungsmöglichkeiten; Informationsmanagement an der HVF; partnerschaftlicher Umgang; Gleichstellung; Umweltverantwortung und schließlich noch Mitarbeiterorientierung.

Die Mitarbeiter äußerten sich überwiegend zufrieden mit ihren Arbeitsaufgaben und Arbeitsbedingungen. Veränderungen wünschten sie sich, wie auch die Dozenten und die Studierenden, vor allem im Informationsmanagement der Hochschule. Ein Auswertungsgespräch mit den Mitarbeitern ist für den Beginn des Studienjahres 2009/10 geplant.

8 Bericht der Gleichstellungsbeauftragten

Frau Prof. Ute Vondung

8.1 Statistik Studienjahr 2008/2009

Anteil männlicher Studierender im Studienjahr 2008/2009

Studiengänge	Insgesamt	Männer	Studentenanteil in %	
			08/09	07/08
Innenverwaltung	541	161	29,8	28,4
Steuerverwaltung	650	203	31,2	33,85
Rentenversicherung	108	23	21,3	20,8
Allgemeine Finanzverwaltung	108	40	37,0	36,35
Masterstudiengang	41	13	32,5	22,23

Das Geschlechterverhältnis der Studierenden kann wiederum nicht annähernd als ausgewogen bezeichnet werden. Kleinere Schwankungen gegenüber dem letzten Studienjahr lassen keine Tendenz dahin erkennen, dass sich die Repräsentanz männlicher Studierender – mit Ausnahme beim Masterstudiengang – erhöhen könnte. Allenfalls ist eine Stabilisierung der Situation auf niedrigem Niveau zu verzeichnen.

Anteil weiblicher Studierender in den Gremien im Studienjahr 2008/2009

Gremien	Insgesamt	Frauen	Studentinnenanteil in %	
			08/09	07/08
AStA	8	6		
Vorsitz: Frau Schönian		1	75,0	42,82
StuRa	19	8	42,10	43,47
Senat	21	7	33,33	25,0
Studienkommissionen				
- Fakultät I				
• Masterstudiengang	4	2	50,0	50,0
• Innenverwaltung	4	1	25,0	75,0
• Rentenversicherung	3	1	66,66	75,0
• Allgemeine Finanzverwaltung	4	2	25,0	75,0
- Fakultät II	6	1	16,66	25,0

Der hohe Anteil von Studentinnen an unserer Hochschule spiegelt sich in diesem Berichtszeitraum nur vereinzelt in der Besetzung der Gremien wider. So sitzt dem ASTA derzeit eine Studentin vor, ebenso ist das Gremium selbst zu dreiviertel mit Studentinnen besetzt. Bei den studentischen Senatsmitgliedern hat der Studentinnenanteil gegenüber dem letzten Berichtszeitraum zugenommen, während die weibliche Repräsentanz in den Fakultätsräten zumindest in den Studiengängen der Innenverwaltung, der Rentenversicherung und vor allem der Allgemeinen Finanzverwaltung abgenommen hat. In den Studienkommissionen der Studiengänge Innenverwaltung, Allgemeine Finanzverwaltung und Steuer sind Studentinnen insgesamt stark unterrepräsentiert.

**Frauenanteil bei Professuren, Lehraufträgen, Funktionsstellen
und in Gremien der Hochschule**

	Insgesamt	Frauen	Frauenanteil in %	
			08/09	07/08
Professuren	65	9	13,04	13,43
Lehrbeauftragte	466	137	29,39	26,08
Leitungsfunktionen				
Rektorat	4	0	0,00	0,00
Dekanate				
• Fakultät I	3	0	0,00	0,00
• Fakultät II	3	0	0,00	0,00
Senat (Professoren)	13	2	15,38	15,38
Fakultätsräte (Professoren)				
• Fakultät I				
• Fakultät II	11	1	9,09	9,09
	11	0	0,00	0,00
Studienkommissionen (Professoren)				
- Fakultät I				
• Masterstudiengang	6	1	16,6	0,00
• Innenverwaltung	6	1	16,6	16,6
• Allg. Finanzverw.	5	0	0,00	0,00
• Rentenversicherung	4	1	25,0	25,0
- Fakultät II	6	1	16,6	16,6
Hochschulrat	9	4	44,44	22,2

Der **Frauenanteil bei den Professoren** ist seit dem letzten Bericht in etwa gleichgeblieben. Mit 13,04 % Professorinnenanteil liegt unsere Hochschule damit unter dem landesweiten Durchschnitt in Baden-Württemberg von 14,6 % im Jahr 2007 (LT-Drs. 14/3432, S. 15). Allerdings lag hochschulartbezogen der Professorinnenanteil bei Fachhochschulen zu diesem Zeitpunkt bei lediglich 11,7 %. Ungeachtet derartiger Zahlenspiele ist es noch ein weiter Weg zum von der Politik mittelfristig angestrebten Ziel eines 30 %igen Professorinnenanteils. An unserer Hochschule wird sich die Rep-

räsentanz von Professorinnen im laufenden Studienjahr aufgrund von Neuberufungen noch leicht verbessern können.

Der **Frauenanteil bei den Lehrbeauftragten** ist erfreulicherweise höher als beim hauptamtlichen Lehrkörper, er konnte im Berichtszeitraum allerdings nur geringfügig gesteigert werden.

Die größten Defizite im Hinblick auf die Gleichstellung an der Hochschule finden sich nach wie vor bei der **Repräsentation von Frauen in Funktionsstellen**, bei denen Professorinnen weder im Rektorat noch in den – zum Teil neu besetzten - Dekanaten zu finden sind.

8.2 Eigene Aktivitäten der beiden Gleichstellungsbeauftragten

Implementierung von Gleichstellungsthemen in dem neuen Studiengang Master Public Management

- *„Die Studierenden erkennen den Stellenwert von Führung im Rahmen von Gender Mainstreaming und Diversity Management.“*

Ferner gibt Modul 2.4. in Teil I: Personalmanagement, einschließlich Diversity Management als Lernziel bzw. Kompetenz vor:

- *„Die Studierenden beherrschen die Grundlagen von Diversity und Gender Mainstreaming, sind in der Lage, diese in den einzelnen Bereichen des Personalmanagements adäquat anzuwenden und entsprechende Maßnahmen für den eigenen Verantwortungsbereich abzuleiten.“*

Vortragsreihe

Im WS 2008/2009 wurden im Rahmen einer Reihe mit dem Thema „Frauen, Männer und Geld“ folgende Vorträge mit anschließender Diskussion angeboten: „Gleichstellung und Steuern“ sowie „Trennen Sie Geld und Liebe“. Der geplante Vortrag zum Thema „Das bisschen Haushalt – Gender Budget“ ist wegen Verhinderung der Referentin entfallen.

Exkursionen für Studierende

Es fanden im Berichtszeitraum Exkursionen zu den Veranstaltungen "Einsatz von Rollenbildern in den Medien" beim Südwestrundfunk und im Haus der Wirtschaft mit den Themen „Frauen in der Wirtschaft, Frauen in Führungspositionen“ sowie eine Exkursion zur Bürgermeisterin von Lichtenwald statt.

Teilnahme an Tagungen/ Veranstaltungen

Die stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte hat am e-learning-Kurs zu Gender Mainstreaming der Landeszentrale für politische Bildung, der Fachveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zu Gender Planning in Würzburg und der Veranstaltung der Universität Klagenfurt zur Gender Forschung in BRD, Schweiz und Österreich teilgenommen.

Gleichstellungsinhalte in Veranstaltungen des Studiums

In folgenden studentischen Veranstaltungen sind im Berichtszeitraum Gleichstellungsthemen behandelt worden: Wahlpflichtfach Gesellschaft im Wandel: Gender Mainstreaming in Zahlen und Statistiken; Proseminar „Frauen in Recht und Gesellschaft“.

Beratung von Studierenden

Im Berichtszeitraum haben die Gleichstellungsbeauftragten sowohl männliche als auch weibliche Studierende mit Familienpflichten beraten, insbesondere zu Fragen der Kindertagesbetreuung und zur Unterbrechung des Studiums aufgrund Schwangerschaft.

Erhebung bei den Absolventen und Absolventinnen der Hochschulen Kehl und Ludwigsburg

Im Rahmen des Forschungsprojekts „Gender Mainstreaming im Studium des gehobenen Verwaltungsdienstes“ ist eine Erhebung bei den Absolventen und Absolventinnen der Hochschulen Kehl

und Ludwigsburg in Landratsämtern und Kommunen erfolgt, die im Verlauf des Wintersemesters 2009/2010 analysiert und ausgewertet werden soll. Unter dem Blickwinkel der Gleichstellung soll damit das langfristige berufliche Fortkommen unserer Absolventen und Absolventinnen unter dem Blickwinkel der Gleichstellung ermittelt werden.

Analyse der Chancengleichheit der Absolventinnen/Absolventen beim Berufszugang

Anlässlich der mündlichen Staatsprüfung 2008 wurde von der Hochschulleitung eine Befragung unter den Absolventen und Absolventinnen durchgeführt, die im Wesentlichen darauf abzielte festzustellen, wer bereits zu diesem Zeitpunkt eine Anstellung gefunden hatte.

- Bei einem Absolventinnenanteil von 67,7% hatten männliche Absolventen der **Innenverwaltung** zu 42% bereits eine feste Stelle, bei den Absolventinnen waren es sogar 65,4%. Bei den unbefristeten Stellen lagen die männlichen Absolventen mit 78,9% vorne gegenüber 68,3% der Absolventinnen. Als Beamte ins Berufsleben starten konnten 66,7% der Absolventen, aber 71,2% der Absolventinnen. Interessant ist auch die Auswertung der Frage nach anderen Lebensplanungen bei denjenigen, die zum Zeitpunkt der mündlichen Prüfung keine Stelle aufweisen konnten. Die Absolventinnen waren weiterhin zu 100% auf der Suche nach einer Anstellung im gehobenen Verwaltungsdienst, während die männlichen Absolventen u.a. zu 33% ein weiteres Studium aufzunehmen planten, zu 5,6% eine andere Ausbildung beginnen wollten und lediglich die Hälfte weiterhin auf den gehobenen Verwaltungsdienst setzte.
- Bei den Absolventen der **Allgemeinen Finanzverwaltung** mit einem Frauenanteil von 67,85% konnten 77,8% der Absolventen, aber 89,5% der Absolventinnen zum Zeitpunkt der mündlichen Prüfung eine feste Stelle vorweisen, wobei die Absolventen zu 87,5%, die Absolventinnen zu 93,8% eine unbefristete Anstellung gefunden hatten. Bei denjenigen, die zum Zeitpunkt der mündlichen Prüfung noch keine Stelle aufweisen konnten, wollten 100% der Absolventen ein weiteres Studium aufnehmen gegenüber 33% der Absolventinnen. Weitere 33% der Absolventinnen planten zunächst keine Arbeit aufzunehmen, u.a. aus Gründen der Familienplanung
- Die Analyse bei den Absolventen und Absolventinnen der **Rentenversicherung** mit einem Frauenanteil von 85,7% fällt gegenläufig aus. Von den Absolventinnen konnten lediglich 25% zum Zeitpunkt der mündlichen Prüfung eine feste Stelle vorweisen, bei den Absolventen waren es dagegen 75%. Davon hatten die Absolventen zu 50% unbefristete Stellen, die Absolventinnen zu 46,7%. Eine Beamtenstelle konnten lediglich 33% der Absolventinnen, aber 50% der Absolventen antreten.
- Ähnlich sah die Situation bei den Absolventen und Absolventinnen der **Steuerverwaltung** mit einem Frauenanteil von 65,8% aus. Hier gaben 27,3% der Absolventen gegenüber 13,8% der Absolventinnen an, eine feste Stelle zu haben. Beim Kriterium der Befristung gab es keinen Unterschied zwischen den Geschlechtern, wohl aber einen geringen beim Kriterium Beamtenstatus: Frauen 76,3%, Männer 69,2%.

8.3 Kommissionsarbeit

Kommissionsarbeit der Gleichstellungsbeauftragten hat stattgefunden durch Teilnahme an Berufungsverfahren der Fakultät I und II, Teilnahme an Senats- und Hochschulratssitzungen, Teilnahme an Tagungen der Landeskonzferenz der Gleichstellungsbeauftragten an Fachhochschulen sowie der Gleichstellungsbeauftragten im Landkreis Ludwigsburg. Die Gleichstellungsbeauftragten haben regelmäßig an den Berufungsverfahren im Hause mitgewirkt.

9 Berichte der Senatsbeauftragten

9.1 Ethik

Prof. Dr. Hans-Dieter Rath

Bericht über die Veranstaltungsreihe und das Fachprojekt >60 Jahre Grundgesetz - Rückblick und Ausblick<

60 Jahre Grundgesetz. Wer hätte vor 60 Jahren, als das Grundgesetz als provisorische Verfassung für Westdeutschland verabschiedet wurde, gedacht, dass dies eine Erfolgsgeschichte wird, eigentlich die ersten 60 Jahre lang Demokratie und Freiheit in der deutschen Geschichte. Grund genug für eine Geburtstagsfeier und Anlass für eine Veranstaltungsreihe der Hochschule, die, von Rektor Prof. Maier unterstützt, als studentisches Fachprojekt >60 Jahre Grundgesetz – Rückblick und Ausblick< unter Leitung von Prof. Dr. Rath und Prof. Dr. Reschl im SS 2009 durchgeführt wurde. Mit insgesamt sechs Veranstaltungen vom 11. bis 20. Mai, welche von der studentischen Projektgruppe mitgeplant, organisiert, begleitet und ausgewertet wurde, sollten Entstehungsgeschichte und historische Wegmarken erinnert, Aktualität und Zukunftsfähigkeit des Grundgesetzes problematisiert und diskutiert werden. Die Auftaktveranstaltung zur „Biographie“ des Grundgesetzes, „Die Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes“ mit Christian Bommarius musste leider wegen Erkrankung des Referenten ausfallen. Unter dem Titel „Integration als kommunale Herausforderung“ wurde in einer Podiumsdiskussion mit sachkompetenten Teilnehmern aus Hochschule und Verwaltungspraxis, moderiert von Knut Bauer, Redakteur beim SWR, über ein Thema kontrovers diskutiert, bei dem es um die Integration, um das Problem des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion geht und dessen gesellschaftspolitische Aktualität und Brisanz immer mehr wächst. Die über 100 Zuhörer belegen das Interesse, das die Veranstaltung unter den Studierenden fand. In das Problemfeld einer anderen, eher unbekannteren und stillen Integrationsgeschichte führte Merle Hilbk im Literaturcafé der PH Ludwigsburg mit der Lesung aus ihrem Buch „Die Chaussee der Enthusiasten – eine Reise durch das russische Deutschland“. In der anschließenden Diskussion interessierten die Bedeutung und Rolle der Russlanddeutschen in der deutsch-russischen Beziehung sowie die Möglichkeiten einer weiteren „Öffnung der Verwaltung für mehr interkulturelle Kompetenz“.

Als Antwort auf den Holocaust stellt das Grundgesetz den Schutz der Menschenwürde an den Anfang. Zum Verständnis der Verfassung und zur Entwicklung der Bundesrepublik gehört daher notwendig die Aufarbeitung der NS-Verbrechen. Eine Dokumentation der Arbeit der >Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen<, die 1958 in Ludwigsburg errichtet wurde, stellte Jochen Faber mit dem Film „Das Geheimnis der Orangenkisten“ vor. Faber, Regisseur des Filmes, verriet in der anschließenden Diskussion das Geheimnis und informierte darüber, wie es dazu kam, über die Schwierigkeiten und Erfolge, die jahrelange und mühevollen juristische Aufklärungsarbeit gegen das Vergessen und Verdrängen. Die Frage nach der Aktualität und Zukunftsfähigkeit der Verfassung behandelten einmal die Veranstaltung zum Thema „Eigentum verpflichtet. Aber wozu verpflichtet Eigentum?“ mit Dr. Stefan Geiger, politischer Korrespondent der Stuttgarter Zeitung. Der engagierte Vortrag des Referenten, der als Erstes klarstellte, dass er als Nicht-Jurist „eine beobachtend-wertende Außendarstellung aus dem Blickwinkel eines Dilettanten“ gebe, stellte die Bedeutung des Grundgesetzes und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes für die Entwicklung der politischen Kultur der Bundesrepublik heraus – sie seien der Gesellschaft stets um Jahre voraus gewesen. Als Journalist konnte er einem kurzen Exkurs zur Pressefreiheit und zum Spiegelurteil nicht widerstehen, welche die Staats- und Wettbewerbsfreiheit der Presse im Interesse einer funktionierenden Demokratie verfassungsrechtlich verbürgten. Aus ganz anderen Gründen aber sieht er die Bedeutung der Presse und des gedruckten Wortes in der Gegenwart überhaupt schwinden. Kritisch verzeichnete er das Fehlen sozialer

Grundrechte im Grundgesetz und stellte einen Zusammenhang zwischen der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise und der grundrechtlichen Leerstelle her, wozu Eigentum verpflichtet. Herausforderungen an das Grundgesetz sieht er viele, Gefahren für den Schutz der Grundrechte durch die Politik, auch neue Regeln durch die Politik seien notwendig, aber kaum zu erwarten: schließlich, so der Referent, habe das postdemokratische Zeitalter begonnen. Die Veranstaltung schloss mit einer ausgiebigen Diskussion. In der letzten Veranstaltung im Literaturcafé der PH Ludwigsburg referierte Prof. Johann Bader über das Thema „Die Schule als Schule der Nation – Integration als Forderung des Grundgesetzes“. Dieses Thema erinnert an die gesellschaftliche Integrationsaufgabe der Schule, meint den Zusammenhang zwischen Bildung und Lebenschancen, Bildungsgrad und Erfolg am Arbeitsmarkt. Der Referent erörterte Voraussetzungen, Rahmenbedingungen und mögliche Instrumente gelingender (Schul-)Bildung, die in der anschließenden Aussprache kontrovers diskutiert wurden.

Die studentische Projektgruppe evaluierte das Fachprojekt, die einzelnen Veranstaltungen der Themenreihe sowie Organisation und Durchführung (Fragebogen, persönliche Gespräche etc.) und fasste die Ergebnisse in einer Dokumentation zusammen.

Fazit: Die Veranstaltungen wurden als Erfolg gewertet, die Beteiligten fanden die Atmosphäre gut und die Organisation insgesamt als überwiegend gelungen.

9.2 Didaktik- und E-Learning

Prof. Dr. Eleonore Kohler-Gehrig

9.2.1 Hochschuldidaktische Grundlagenkurse für Lehrbeauftragte

Nachdem die Grundlagenkurse für Lehrbeauftragte in den Vorjahren rege nachgefragt worden waren, wurde die Veranstaltungsreihe fortgesetzt. Für die Lehrbeauftragten wurde in Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle der Studienkommission für Hochschuldidaktik in Karlsruhe am 19.09.2008 ein hochschuldidaktischer Basiskurs, am 13.11.2008 ein hochschuldidaktischer Aufbaukurs, am 12.12.2008 ein Stimmtraining und am 15.05.2009 eine Einführung in e-learning Szenarien angeboten. Die Veranstaltungen waren gut besucht.

9.2.2 Themenveranstaltungen für Professoren, Professorinnen und Lehrbeauftragte

Am 13.11.2008 wurde ein Workshop zum Thema „Schriftliche Prüfungen stellen und auswerten“ für Professoren und Professorinnen veranstaltet unter Leitung von Prof. Roloff von der Hochschule Offenburg. Damit soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass die Bachelorstudiengänge zu deutlich mehr Prüfungen führen werden.

Um das e-learning Angebot der Hochschule vorzustellen, wurde am 14.01.2009 eine Einführung in Ilias und am 23.06.2009 eine Einführung in BSCW durchgeführt.

In der Evaluation drückten Studierende den Wunsch nach mehr Schwung in den Vorlesungen aus. Um dieser Anregung nachzukommen, führte die Theaterpädagogin Hedwig Golpon am 09.03.2009 einen Workshop zur Präsentationsdramaturgie durch.

9.2.3 Teilnahme ans auswärtigen Veranstaltungen

In Zusammenarbeit mit Kollegen und Kolleginnen anderer Hochschulen sollen neue Wege in der Lehre entwickelt werden, um die Schlüsselqualifikationen der Studierenden zu erhöhen und den Weg in ein lebenslanges Lernen durch Erhöhung der Selbstlernkompetenzen der Studierenden vorzubereiten. Es wurde angedacht, für die Studierenden Selbstlernportale zu entwickeln.

Die Hochschule ist in der Studienkommission für Hochschuldidaktik und am Tag der Lehre vertreten.

9.2.4 E-learning

Die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen ist an der Entwicklung und Erprobung neuer e-learning-Angebote beteiligt. Daneben wurde das Angebot an Lernmaterialien in der Dokumenten-Daten-Bank ddp, der Skripte und Links auf der Homepage der Hochschule gepflegt und erweitert.

Im Zuge der Einführung der Bachelor-Studiengänge wird es von zunehmender Bedeutung, die Selbstlernkompetenz der Studierenden zu stärken und deren Studienerfolg flexibel zu begleiten. Proseminare und Projekte sollen die Fähigkeit der Studierenden zu selbständigem Lernen und zur Teamarbeit fördern. Dies macht neue Formen der Lehre, der Zusammenarbeit und der Kommunikation erforderlich. Ilias und BSCW bieten die Möglichkeit zu gemeinsamem Administrieren und Kommunizieren in Kursen und Gruppen.

9.3 Hochschulsport

Stl Günter Lauer, Hochschulbeauftragter für den Sport

Unter dem Motto „**schlanke Verwaltung**“ bietet der **Hochschulsport** an der Hochschule in Ludwigsburg ein vielseitiges Programm. In der Fitnessgymnastik den Kreislauf ankurbeln, im Krafraum Gewichte stemmen, sich beim Volleyball oder Fußball austoben, traditionelle und auch Trendsportarten ausprobieren - das Angebot der Hochschule ist so vielseitig und abwechslungsreich, dass man den täglichen Stress und die Hektik gerne hinter sich lässt. Durch die gemeinsame Nutzung mit 4 weiteren Institutionen ist die Vergabe der Sporthallen auf ein anteiliges Maß begrenzt. Im Rahmen unserer Möglichkeiten bieten wir unseren Studierenden, Verwaltungsmitarbeitern und Dozenten folgende Aktivitäten an:

Fußball für Hallenkönige am runden Leder; es wird gedribbelt, geschnippelt und gewirbelt:

dienstags	von 19:00 bis 21:45 Uhr	Halle 2
montags	von 17:30 bis 19:00 Uhr	Halle 2

Volleyball für Anfänger und Fortgeschrittene ; da wird kräftig gebaggert auf hohem Niveau:

donnerstags	von 19:00 bis 20:30 Uhr	Halle 2
dienstags	von 20:30 bis 21:45 Uhr	Halle 1

Badminton da fliegen nicht nur Federn:

donnerstags	von 19:00 bis 20:30 Uhr	Halle 1
-------------	-------------------------	---------

Schwimmen

Für das „allgemeine Schwimmen“ gelten besondere Öffnungszeiten (siehe Anschlag am Hallenbad)

Fitnessstudio

Unter Anleitung eines Betreuers haben alle Studierenden, die einen Berechtigungsausweis besitzen, die Möglichkeit, sich an den Fitness-Geräten auszupeinern.

Der Ausweis ist im AStA-Büro der PH erhältlich und kostet pro Semester für Studierende 60 € und für Mitarbeiter 75 €.

Tennis

Die Benutzung der Tennisanlage ist von Montag bis Freitag möglich.

Lauftreffs

Bei schönem Wetter finden dienstags auf dem Sportgelände der PH ab 19:00 Uhr unter Anleitung eines sportlichen Betreuers auf die Kondition abgestimmte Lauftreffen statt.

Rasenplätze

können nur mit Genehmigung des Verantwortlichen für den Allgemeinen Hochschulsport benutzt werden.

ADH-Wettkämpfe

Für die meisten Studenten unserer Hochschule ist die Teilnahme an Wettkämpfen kein vorrangiges Motiv zum Mitmachen. Für den Ausnahmesportler besteht jedoch die Möglichkeit, sich bei solchen Wettkämpfen, die auf Bundesebene ausgetragen werden, mit anderen Sportlern unterschiedlichster Disziplinen zu messen. Näheres erfahren Sie bei dem Verantwortlichen für den Hochschulsport.

Der Studentensport lebt hauptsächlich vom persönlichen Einsatz aller Studierenden.

Studenten mit Übungsleitererfahrung in einer genannten oder nicht genannten Sportart können über den Sportbeauftragten diese dem Hochschulsport anbieten.

*Verantwortlicher für
den Hochschulsport an
der Hochschule in Lud-
wigsburg: Günter Lauer,
Tel 486, Zimmer. 4.121
Sprechzeiten: 9:30-
10:00Uhr*

*Verantwortlicher für den All-
gemeinen Hochschulsport
AHS- Leitung Prof. Dr. Rüdi-
ger Hein, Tel 343
Zimmer 112 im Sportgebäude
Sprechzeit mittwochs 12:30-
13:00Uhr*

Zu den sportlichen Events unserer Hochschule gehören die regelmäßig stattfindenden Turniere in Volleyball, Badminton oder Fußball sowie die Skifreizeiten oder das Fußballspiel gegen die Hochschule in Kehl.

Informationen über den ALLGEMEINEN HOCHSCHULSPORT

Von der PH Ludwigsburg werden in Zusammenarbeit mit einer örtlichen Krankenkasse weitere interessante sportliche Aktivitäten wie Konditionsgymnastik Basketball, Karate oder Joga angeboten. Die Veranstaltungen werden regelmäßig vor Beginn des Semesters veröffentlicht.

10 Jahresbericht LIP – Projekte 2008/2009

Ludwigsburger Institut für innovative Projekte in Verwaltung, Wirtschaft und Recht
Prof. Dr Joachim Klink, Vorsitzender LIP e.V.

10.1 LIP – Projekt GEMEINDEHAUSHALTSANALYSEN in Kooperation mit der IHK Stuttgart und weiteren IHKs

LIP e.V. übernahm für die 12 Industrie - und Handelskammern in Baden-Württemberg - federführend sind die IHKs Stuttgart und Konstanz - seit 2001 in den Jahren 2008 und 2009 bereits zum 8. und 9. Mal die wissenschaftliche Durchführung des Projektes „Erstellung eines Gutachtens zur Analyse der Haushalte für 101 große Kreisstädte und kreisfreie Städte in Baden-Württemberg“.

Die von den Professoren Prorektor Wolfgang Rieth und Klaus Ade vom LIP wahrgenommenen Arbeiten beinhalten die Erfassung (= empirische Sammlung von Fakten wie Kennzahlen usw.), mathematische Auswertung der gesammelten Fakten in Tabellen und Zahlenkolonnen, die Vergleichsmöglichkeiten eröffnet, sowie eine übersichtliche Darstellung mitsamt begleitendem Text.

Die Untersuchung/Analyse erstreckt sich auf den Kernhaushalt und auf Eigenbetriebe. Zusatzauswertungen für einzelne Landkreise und Städte ermöglichen noch weitere Transparenz.

10.2 LIP – Projekt BÜRGERMEISTERKANDIDATEN- SEMINAR

Die Hochschulen Kehl und Ludwigsburg, bzw. deren Fortbildungseinrichtungen, die Kehler Akademie und das LIP e.V., Ludwigsburger Institut für innovative Projekte, haben im Oktober 2008 in Kehl zum neunten Mal ein gemeinsames dreitägiges Seminar für Bürgermeisterkandidatinnen und Kandidaten durchgeführt. Seit der erfolgreichen ersten Kooperation im Oktober 2000 wird das Seminar abwechselnd in Kehl und in Ludwigsburg angeboten.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren interessierte Bürgermeisterkandidatinnen und Kandidaten nicht nur aus dem Land Baden-Württemberg, sondern darüber hinaus auch aus einer Reihe anderer Bundesländer, die mittlerweile fast alle die Volkswahl des Bürgermeisters eingeführt haben. Ausgewählte Referenten berichteten „aus erster Hand“ über ihre praktischen Erfahrungen im Wahlkampf, bei dessen Vorbereitung und im Amt, sind aber auch stets in der Lage gewesen, die vermittelten Themen wissenschaftlich zu begründen. Dazu hin gab es viele Informationen und Hintergrundwissen zu Themen wie Rechtsstellung und Sozialprofil des Bürgermeisters, dessen Besoldung und Versorgung, das Kommunalwahlsystem, rechtliche Grundsätze, die es bei der Kandidatur zu beachten gilt, Vermeidung von Wahlanfechtungsgründen u.v.m. Ein Schwerpunkt waren Übungsmöglichkeiten für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer: so wurden Vorstellungsreden, Hausbesuche, Vorstellungen bei örtlichen Gruppierungen, Vereinen und Persönlichkeiten, Vorstellungen in Gaststätten und Versammlungsräumen vor laufender Videokamera geübt, das Ergebnis gemeinsam analysiert und diskutiert sowie die entsprechende Videokassette anschließend jeder Teilnehmerin und jedem Teilnehmer zu häuslichen Nachbereitung mitgegeben. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten neben interessanter Literatur auch jeweils einen Leitfaden zu den einzelnen Themenblöcken.

Das zehnte Seminar findet vom 22. bis 24. Oktober 2009 in Ludwigsburg statt. Das Referententeam setzt sich zusammen aus: Frau Bürgermeisterin Dorothea Bachmann sowie den Herren Ex-Bürgermeister Peter Dietz, Prof. Eberhard Ziegler, Prof. Dr. Berthold Löffler, Prof. Dr. Hans-Georg Wehling, Prof. Paul Witt und Hauptamtsleiter Lars Brügger. Die Leitung des Seminars hat Prof. Dr. Joachim Klink.

10.3 LIP – Projekt SEMINAR "Der Vertragsschluss nach Bürgerlichem Recht"

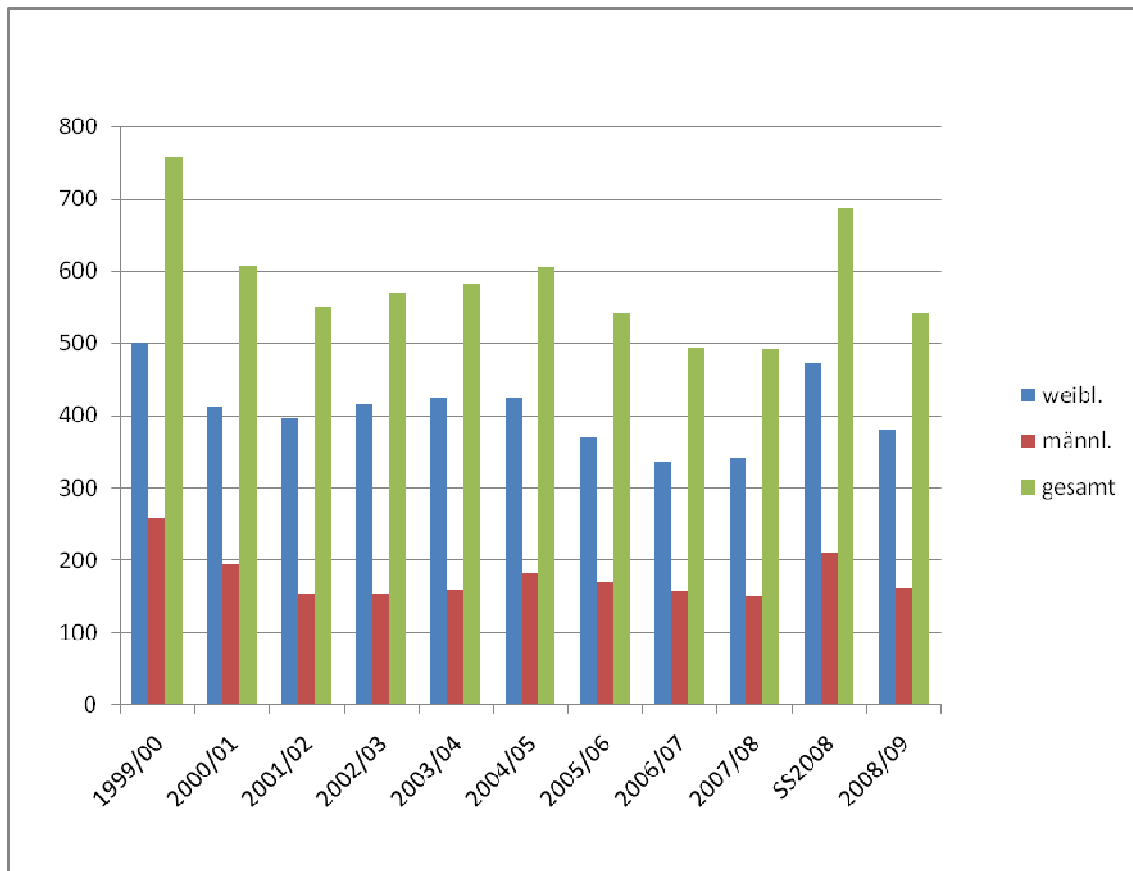
Das Seminar fand für Bürgermeister und kommunale Führungskräfte in Kooperation mit der VWA Stuttgart statt. Es hatte eine Reihe von Fallen und Gefahren zum Gegenstand, die im Rechtsalltag von Kommunen beim Vertragsschluss lauern. Insbesondere die Rechtsstellung des Bürgermeisters wurde untersucht, der Umfang, aber - und hierauf lag ein Schwerpunkt des Seminars - auch die Grenzen seiner Kompetenzen, so zum Beispiel unter dem Aspekt des Verbots des Selbstkontrahierens (§ 181 BGB). Wie sich dies auf unter Nichtbeachtung der geltenden Vorschriften geschlossene Verträge auswirkt, - auch im Falle des Erteilens von Untervollmachten -, wurde in dem Seminar erörtert und anhand einer großen Reihe von Beispielen aus der Praxis aufgezeigt. Breiten Raum nahmen hierbei insbesondere Grundstücksgeschäfte ein. Seminarreferent war Prof. Dr. Joachim Klink.

11 Statistiken

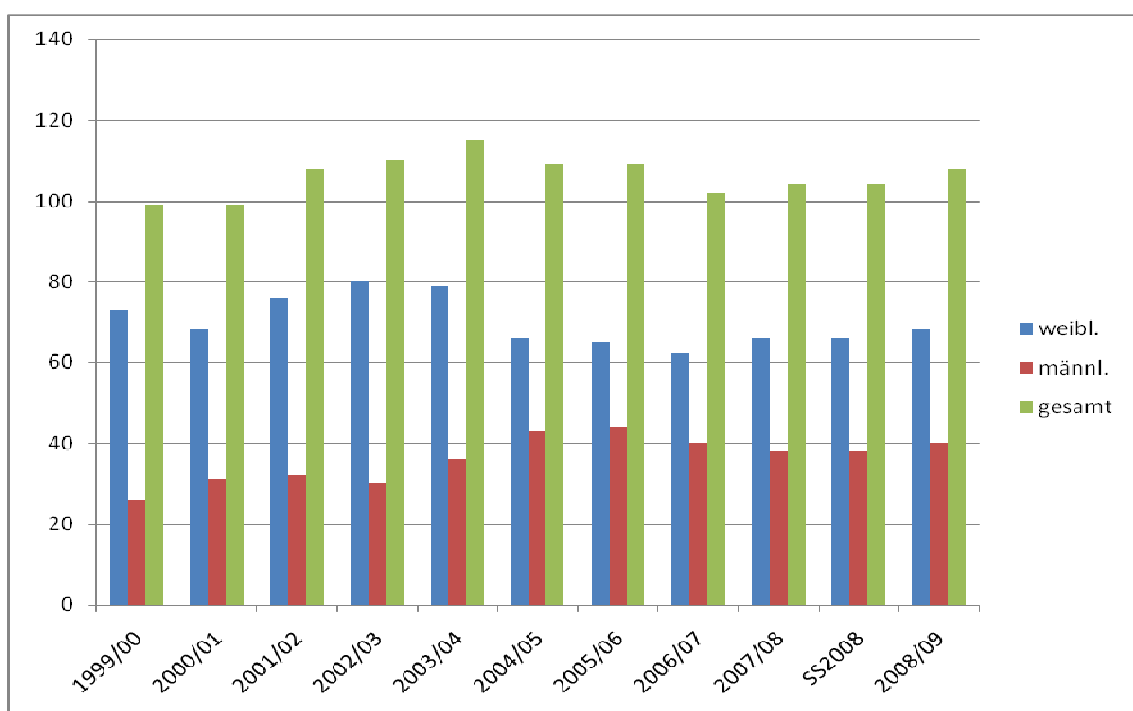
Studienjahr	Innenverwaltung			Rentenversicherung			Allg. Finanzverwaltung			Steuerverwaltung			Fachbereiche insgesamt		
	weibl.	männl.	gesamt	weibl.	männl.	gesamt	weibl.	männl.	gesamt	weibl.	männl.	gesamt	weibl.	männl.	gesamt
1999/00	500	258	758	89	53	142	73	26	99	336	269	605	998	606	1604
2000/01	413	194	607	87	54	141	68	31	99	349	254	603	917	533	1450
2001/02	397	154	551	104	47	151	76	32	108	398	266	664	975	499	1474
2002/03	416	154	570	118	51	169	80	30	110	418	243	661	1032	478	1510
2003/04	424	159	583	124	45	169	79	36	115	445	269	714	1072	509	1581
2004/05	424	182	606	123	42	165	66	43	109	498	266	764	1111	533	1644
2005/06	371	170	541	114	31	145	65	44	109	482	264	746	1032	509	1541
2006/07	336	158	494	99	25	124	62	40	102	464	241	705	961	464	1425
WS2007/08	342	151	493	87	23	110	66	38	104	423	218	641	918	430	1381
SS 2008	474	212	686	87	23	110	66	38	104	423	218	641	1050	491	1541
2008/09	380	161	541	85	23	108	68	40	108	447	203	650	980	427	1407

11.1 Entwicklung der Studierendenzahlen

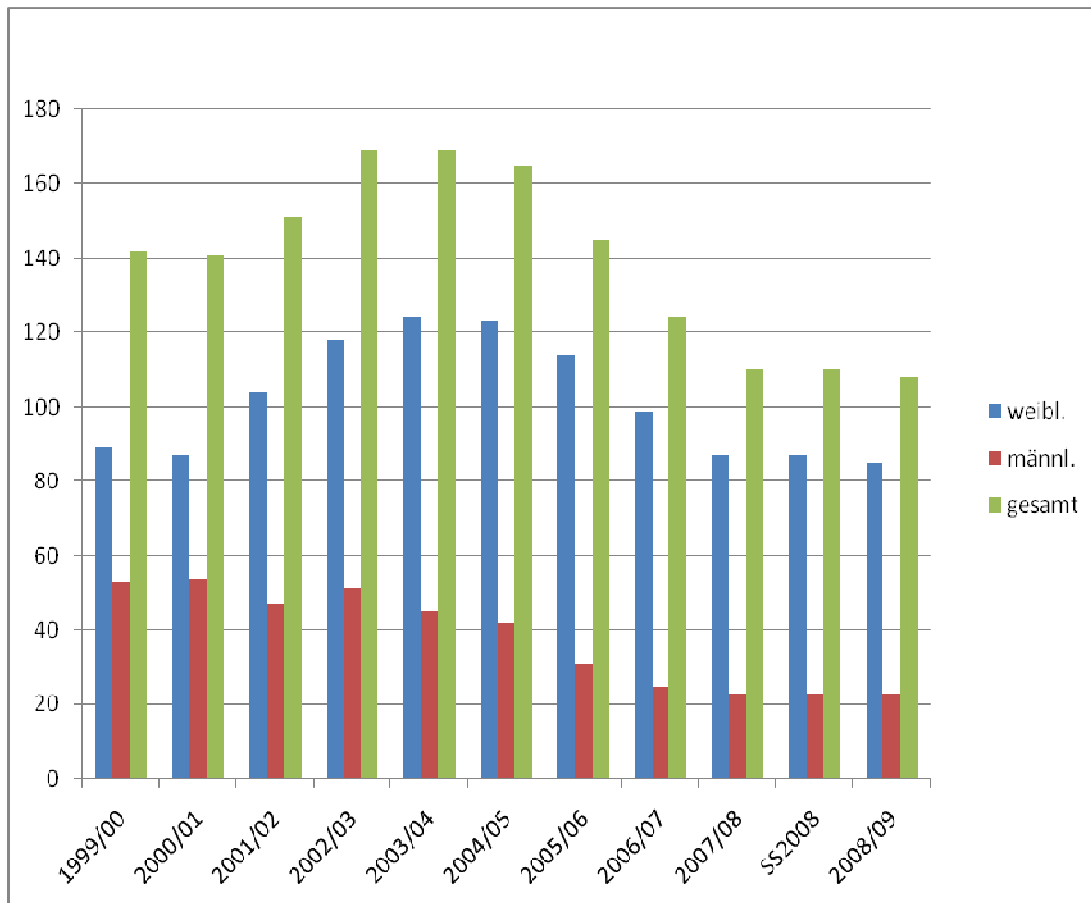
Entwicklung der Studierendenzahlen in der Innenverwaltung



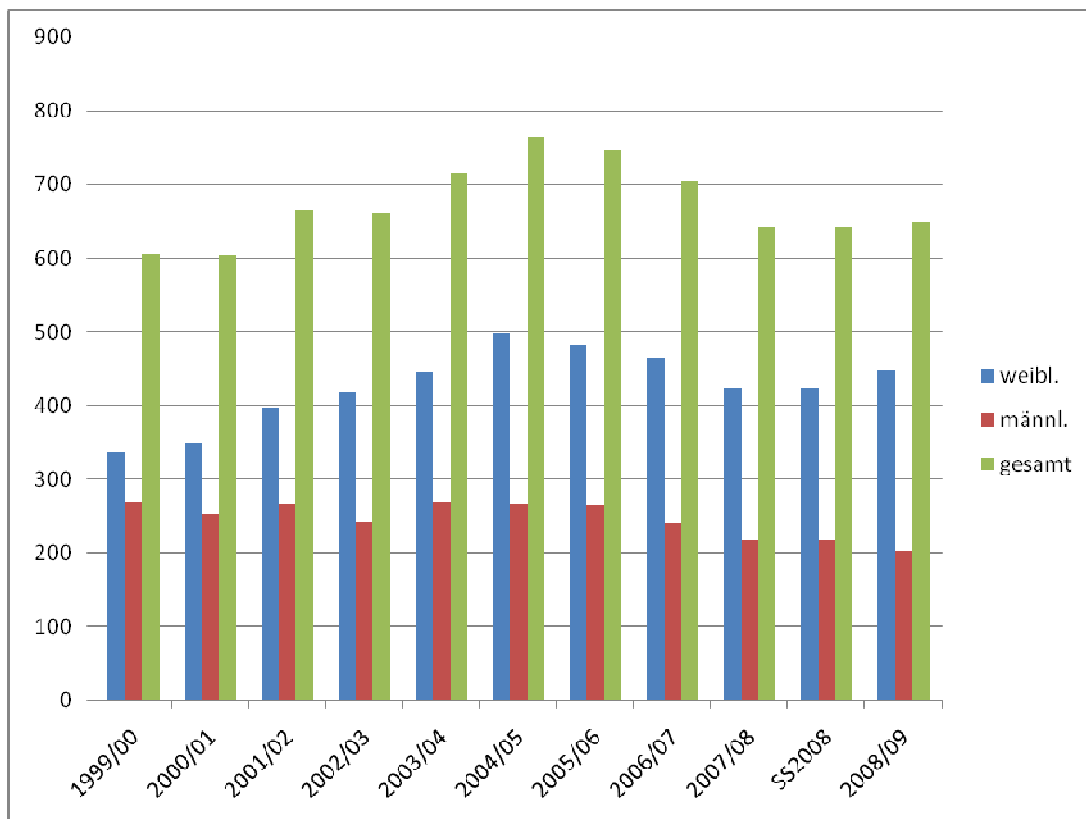
Entwicklung der Studierendenzahlen in der Allg. Finanzverwaltung



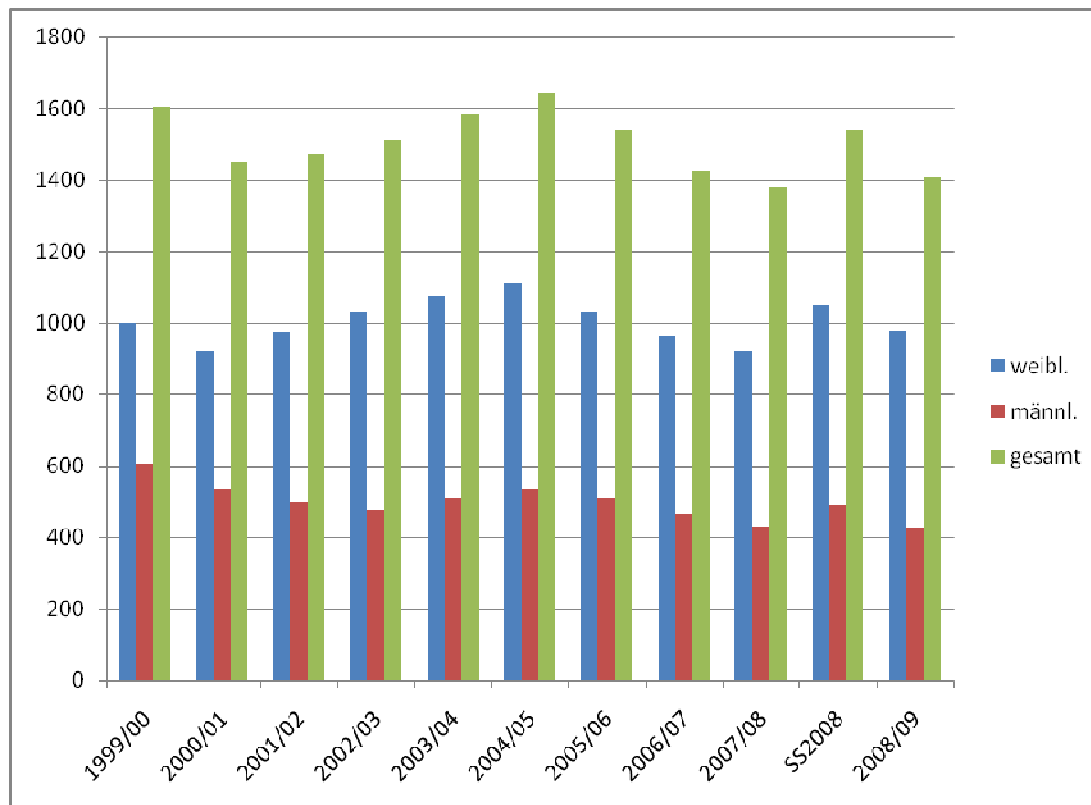
Entwicklung der Studierendenzahlen in der Rentenversicherung



Entwicklung der Studierendenzahlen in der Steuerverwaltung



Entwicklung der Studierendenzahlen in den Studiengängen insgesamt



11.2 Entwicklung der Zahl der Lehrbeauftragten

Studienjahr 08/09

	weiblich	männlich	insgesamt
Fakultät I	124	288	412
Fakultät II	13	41	54
insgesamt	137	329	466

Im Studienjahr 08/09 gab es 24 Lehrbeauftragte mehr als im Studienjahr 2007/2008.

12 Anlagen

12.1 Professoren

Name	Lehrfach	Fak.
Ade , Klaus	Kommunales Wirtschaftsrecht, Steuerpflicht öffentliche Betriebe, Öffentliche BWL, Kommunalverfassungsrecht	I
Alber , Dr. Peter-Paul	Grundlagen des Verwaltungsrechts, Öff. Dienstrecht	I
Alber , Matthias (ab Sept. 09)	Besitz- und Verkehrssteuern	II
Altpeter , Wolfgang	Grundlagen des Verwaltungsrechts, Baurecht	I
Bächle , Dr. Ekkehard	St.v.Eink.u.Ertr., Internat. SteuerR, UmsatzSt., Öff. R.,	II
Becker , Günther	StaatsR, Allg. VerwR, Privatrecht	I
Beckers , Dr. Markus	Besitz- und Verkehrssteuern	II
Berndt , Margarethe	Buchführung, BilanzsteuerR, UmsatzSt, WirtschaftsWiss., öff. Recht	II
Brehm , Bernhard	PrivatR, Umsatzsteuer, VerfahrensR	II
Buchfink , Rolf	Staatsrecht, Grundlagen des VerwR	I
Büchner , Dr. Hans	Grundlagen des VerwR, Baurecht	I
Buttler , Walter	Öffentliche Finanz- und Betriebswirtschaft	I
Dehner , Klaus	Bewertg., öff. Recht, PrivatR	II
Diebold , Annemarie	Allg. VerwR, SozialR, insbes. SGB I und X, SGG	I
Diringer Dr. , Arnd	Privatrecht	I
Erwe , Dr. Helmut	SozVersRecht, RentenversR, Staatslehre/Staatsrecht, IK Öffentliche Betriebe, Krankenhauswesen	I
Faiß , Stefan (ab Sept. 09)	Besitz- und Verkehrssteuern, Ertragssteuern, Steuerliches Verfahrensrecht	II
Fanck , Bernfried	Buchführung, BilanzsteuerR, St.v.Eink.u.Ertr., Umsatzsteuer	II
Fellmeth , Peter	Buchführung, BilanzsteuerR, St.v.Eink.u.Ertr., Umsatzsteuer	II
Grau , Michael	Staatl. Liegenschaftswesen, Privatrecht	I
Götzenberger , Wolfgang	UmsatzSt., VerfahrensR, PrivatR	II

Grobshäuser, Dr. Uwe	St.v.Eink.u.Ertr., WirtschWiss., Internat. Steuerrecht, öff. II Recht	
Haas, Rudi	Bewertung, Erbschaft- und SchenkungsSt., St.v.Eink.u.Ertr.	II
Hänel, Dr. Kathrin	St. v. Einkommen und Ertrag	II
Hahn, Volker	St.v.Eink.u.Ertr., EuropaR, Internat. SteuerR, öff. Recht, II Umsatzsteuer	
Heinz, Joachim	UmsatzSt., St.v.Eink.u.Ertr., Lohnsteuer	II
Hopp, Dr. Helmut	Management: Organisation und Personal	I
Horschitz, Dr. Harald	Bewertung, St.v.Eink.u.Ertr., BilanzsteuerR, II WirtschaftsR	
Hottmann, Jürgen	Buchführung, BilanzsteuerR, St.v.Eink.u.Ertr.	II
Hübner, Dr. Claudia	Privatrecht, Zivilprozessrecht, Kulturmanagement	I
Hufnagel, Hans	Staatl. Liegenschaftswesen	I
Karg, Helmut	UmsatzSt., VerfahrensR, Vorlesungsplanung	II
Kese, Dr. Volkmar	Staatsrecht, Europarecht	I
Kies, Dieter	EuropaR, Umsatzsteuer, VerfahrensR, öff. Recht	II
Kirschbaum, Jürgen	Buchführung, BilanzsteuerR, St.v.Eink.u.Ertr., II WirtschaftsR	
Klink, Dr. Joachim	Privatrecht, Zivilprozessrecht, OWi-Recht	I
Knies Dr., Jörg	Privatrecht, Einkommensteuer	II
Kohler-Gehrig, Dr. Eleonora	Privatrecht, Zivilprozessrecht, Arbeitsrecht, I OWi-Recht	
Loos, Dr. Dorit	Statistik, Volkswirtschaftslehre	I
Maier, Walter	St.v.Eink.u.Ertr., Bilanzsteuerrecht, Wirtschaftswissen- II schaft, Öffentl. Recht	
Matjeka, Manfred M.A.	Staats- und Europarecht, Privatrecht, Arbeitsrecht, Zivilpro- I zessrecht	
Maus, Günter	Buchführung, Bilanzsteuerrecht, Ertragsteuern	II
Mergenthaler, Henner	VerfahrensR, Bewertung, Internat. SteuerR	II
Neeser, Dr. Alexander	Besitz- und Verkehrssteuern	II
Pfeifer, Günter	Öffentl. Dienstrecht, Staatliches Liegenschaftswesen	I
Rath, Dr. Hans-Dieter	Staatslehre/Staatsrecht, Allg. Verwaltungsrecht, I Umweltrecht	

Raviol, Peter	Öffentliches Dienstrecht, insbesondere Besoldungs-, Versorgungs-, Beihilfe- und Personalvertretungsrecht, Kindergeldrecht und Verwaltungslehre	I
Reimer, Dr. Monika	Allg. BWL, Schwerpunkte Rechnungswesen, Betriebliche Steuerlehre und Controlling	II
Reinhardt, Helmut	Sozialversicherungsrecht, Rentenversicherungsrecht, SGB I, IV und X	I
Reschl, Dr. Richard	Soziologie der Öffentlichen Verwaltung, Kulturmanagement	I
Rick, Eberhard	Buchführung, BilanzsteuerR, St.v.Eink.u.Ertr., PrivatR	II
Rieth, Wolfgang	Komm. Wirtschaftsrecht, Komm. Abgabenrecht, EDV-Anwendung im kommunalen Finanzwesen	I
Rogler, Klaus	Verwaltungsinformatik	I
Sauter, Jürgen	Buchführung, BilanzsteuerR, St.v.Eink.u.Ertr.	II
Schad, Thomas	Verwaltungsrecht, insbes. Bau-, Boden-, Planungsrecht, Staatliches Liegenschaftswesen, Umweltrecht	I
Schaeberle, Jürgen	St.v.Eink.u.Ertr.	II
Schäfer, Dr. Norbert	Organisationspsychologie	I
Scheel, Thomas	PrivatR, Umsatzsteuer, VerfahrensR, Öff. Recht	II
Schilling, Peter	Verwaltungsinformatik	I
Schmitt, Hans-Peter	Buchführung, BilanzsteuerR, St.v.Eink.u.Ertr.	II
Schmitt, Jürgen	Jurist. Methodenlehre, VerfahrensR, PrivatR	II
Schneider, Dr. Claudia	Verwaltungsmanagement	I
Schnur, Peter	Bewertungsr. / Erbschaftsr. / Umsatzsteuer	II
Sievering, Dr. Oliver	Öffentliche Finanz- und Betriebswirtschaft	I
Steck, Bernd	Kommunales Wirtschaftsrecht, Kommunales Abgabenrecht	I
Volk, Regine	St.v.Ein.u.Ertr., Bilanzsteuer, PrivatR, Vollstreckung	II
Vollmer, Dr. Günther	Psychologie	I
Vondung, Ute	Grundlagen des Verwaltungsrechts, Sozialrecht	I
Walter, Volkmar	St.v.Eink.u.Ertr.	II
Wendland, Dietrich	Rhetorik, SozialPsych. Gruppentraining, Umsatzsteuer, Privatrecht, Vorlesungsplanung	II

Ziegler, Eberhard Privatrecht, Zivilprozessrecht, Familienrecht I

12.2 Ehrensenator

Klaus Herrmann, MdL

12.3 Honorarprofessoren

Fakultät

Bader, Johann Staatsrecht I
Richter am VGH

Beerweiler, Dr. Dietrich Öffentliches Dienstrecht II
Finanzpräsident a. D.

Birk, Dr. Hans-Jörg Komm. Abgabenrecht, Seminar I
Rechtsanwalt

Dobler, Klaus Volkswirtschaftslehre I
Ministerialrat a.D.

Giebler, Peter Komm. Wirtschaftsrecht, Seminar I
Erster Bürgermeister a.D.

Hauffe, Ingo Privatrecht I
Rechtsanwalt

Hilbertz, Hans-Joachim Management: Organisation und Personal I
Vorstand a.D. der KGSt

Hoss, Dr. Hans VerwLehre, KommunalVerfR I
Oberbürgermeister a.D.

Katz, Dr. Alfred Staatsrecht I
Erster Bürgermeister a.D.

Quaas, Dr. Michael Staatsrecht,
Wahlpflichtfach „Bauen in BW“ I
Rechtsanwalt

Rotberg, Konrad Freiherr von Kommunalverfassungsrecht I
Ministerialdirigent a.D.

Schlotterbeck, Karlheinz Baurecht, Seminar I
Vors. Richter am VG

Seeger, Richard Kommunalverfassungsrecht I
Hauptgeschäftsführer a. D.

Trumpp, Eberhard Kommunalverfassungsrecht I
Hauptgeschäftsführer Landkreistag

12.4 Professoren im Ruhestand

Altpeter, Wolfgang
Bähr, Uwe
Bauer, Horst
Büchner Dr, Hans
Brändle, Siegfried
Faiß, Konrad
Fellmeth, Peter
Fröhle, Hubertus
Geppert, Manfred
Goller, Jost, Rektor a.D.
Götzenberger, Wolfgang
Groß, Walter
Grotz, Elmar
Haas, Rudi
Hahn, Volker
Hebler, Manfred
Helmschrott, Hans
Hieber, Fritz
Horschitz Dr, Harald
Jenetzky, Dr. Johannes
Jourdan, Rudolf
Karg, Helmut
Kirchhoff, Dr. Gerd
Kölz, Heinz
Kopp, Joachim
Krause, Dr. Hans
Läpple, Roland
Lober, Ernst
Loos Dr., Dort
Matischiok, Georg
Matschinski, Peter
Meng, Herbert
Mergenthaler, Henner
Mußmann, Eike
Müller-Hedrich, Dr. Bernd
Neunhöffer, Friedrich
Pfander, Dr. Heinz
Plath, Roland
Reyher, Ulrich
Ruf, Konrad
Schaeberle, Jürgen
Schapals, Dr. Werner
Schmid, Hansdieter
Schmitt, Hans-Peter
Steinmetz, Dr. Helga
Thoma, Hans
Treuer, Brigitte

Vollmer Dr., Günther
Völkel, Dieter
Waibel, Gerhard
Walter, Volkmar
Weidner, Werner
Weiss, Manfred
Wintzen, Wolfgang
Wuttke, Ralf
Zimmermann, Herbert
Zimmermann, Reimar, Prorektor a.D.

Anmerkung:

Professoren, die im Berichtszeitraum in den Ruhestand getreten sind, werden sowohl bei den aktiven Professoren als auch bei den Ruhestandsprofessoren aufgeführt.

12.5 Mitglieder des Hochschulrats

Mitglieder aufgrund von Wahlen:

	<u>Amtszeit 3 Jahre</u>
Jochen K. Kübler, MdL, Hochschulratsvorsitzender	01.09.09 – 31.08.12
Oberfinanzpräsidentin Andrea Heck	01.09.07 – 31.08.10
Landrat Dr. Rainer Haas	01.10.08 – 30.09.11
Hans-Joachim Haug (Vorstandsvorsitzender WGV)	06.12.07 – 30.11.10
Roger Kehle, Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg	01.09.09 – 31.08.12
Prof.'in Margarete Berndt	01.09.09 – 31.08.12
Prof.'in Dr. Kathrin Hänel	01.09.09 – 31.08.12
Prof. Eberhard Ziegler	01.09.09 – 31.08.12
ROI'in Katja May-Ruckwied	01.09.09 – 31.08.12

Teilnehmer nach § 20 Abs. 5 LHG:

Prof. Walter Maier, Rektor
Prof. Dr. Helmut Hopp, Prorektor
Prof. Wolfgang Rieth, Prorektor
Kanzler Walter Veigel
RD Norbert Pohl

Teilnehmerin aufgrund eines Beschlusses des Hochschulrats:

Prof.'in Ute Vondung, Gleichstellungsbeauftragte
Prof.'in Dr. Claudia Schneider (Stellvertreterin)

12.6 Mitglieder des Senats

Mitglieder kraft Amtes:

Prof. Walter Maier, Rektor (Vorsitzender)	
Prof. Dr. Helmut Hopp, Prorektor (1. Stv.)	
Prof. Wolfgang Rieth, Prorektor (2. Stv.)	
Walter Veigel, Kanzler	Stv. OAR Claus Wendolsky
Prof. Thomas Schad, Dekan Fakultät I	Stv. Prof. Wolfgang Altpeter
Prof. Dr. Ekkehard Bächle, Dekan Fakultät II	Stv. Prof. Jürgen Hottmann
Prof. 'in Vondung, Gleichstellungsbeauftragte	Stv. Prof. 'in Dr. Schneider

Mitglieder aufgrund von Wahlen:

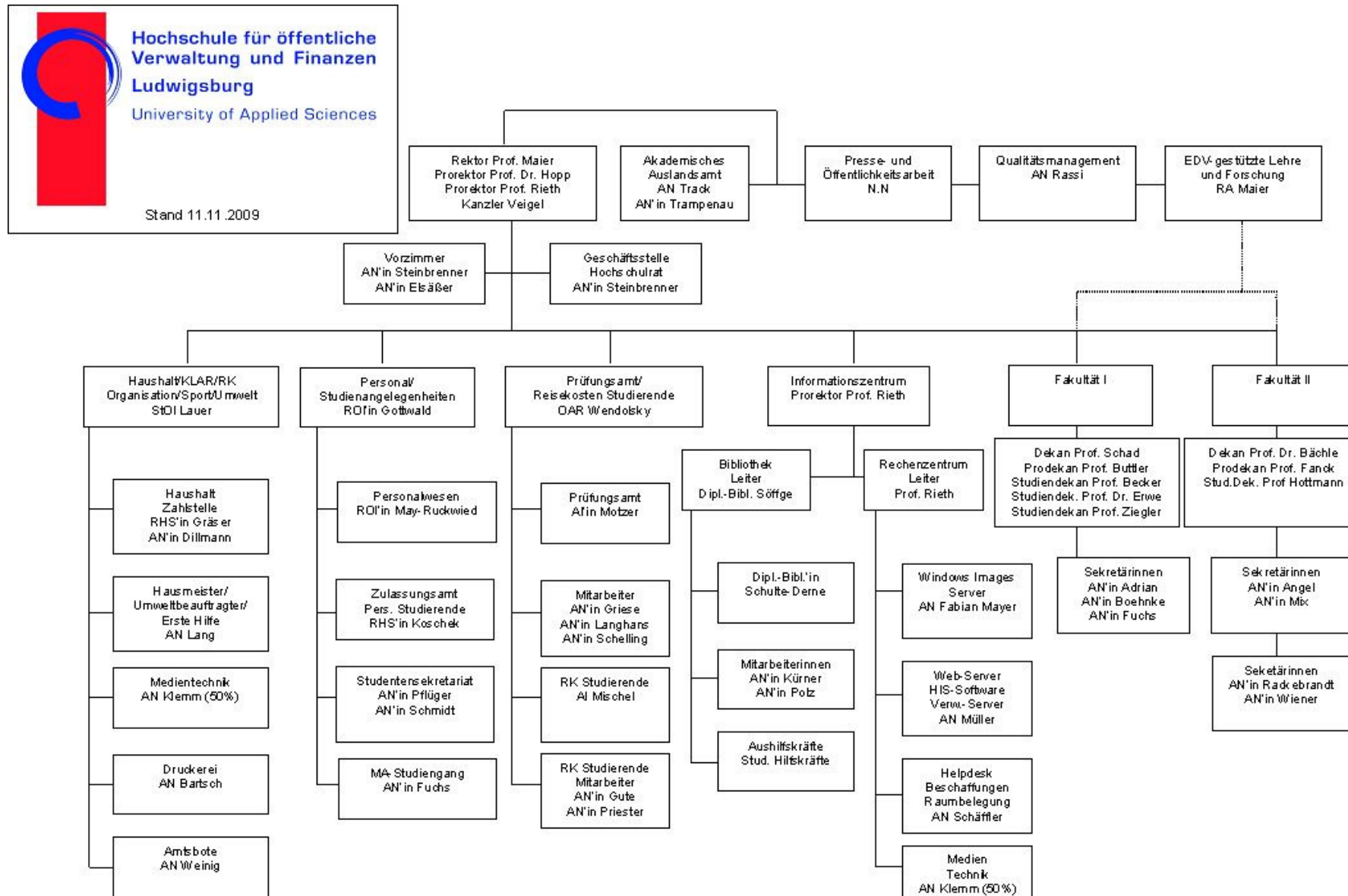
Prof. Dr. Peter-Paul Alber	<u>Amtszeit 4 Jahre</u>
Prof. Dr. Arnd Diring	01.09.06 - 31.08.10
Prof. Bernfried Fanck	
Prof. Manfred Matjeka (Nachfolge ab Juni 07)	
Prof. Dr. Norbert Schäfer	
Prof. 'in Regine Volk	
Prof. Dietrich Wendland (Nachfolge ab März 09)	

ROI'in Ulla Gottwald	<u>Amtszeit 4 Jahre</u>
StOI Günter Lauer	01.09.06 - 31.08.10
VAe Lore Steinbrenner	

Studentische gewählte Vertreter:

	<u>Ersatzmitglieder:</u>	<u>Amtszeit 1 Jahr</u>
Salat, Marco B/08	Arnold, Christina 08/08	
Höppel, Friederike A/08	Huzel, Vinzenz D/08	
Steinert, Claudia 01/08	Schönian, Katharina 01/08 (Vors.)d	02.12.08 – 30.10.09
Busch, Marina A/08	Saß, Daniela 01/08	

12.7 Organigramm der Hochschule



13 Schlussbemerkung und Dank

Der Jahresbericht ist aufgeteilt in einen Bericht, den das Rektorat direkt verantwortet, und Berichte, deren Autoren bei der jeweiligen Überschrift gekennzeichnet sind. Für die Mitarbeit danke ich

Herrn Prorektor Prof. Dr. Dr. h.c. Helmut Hopp

Herrn Prorektor Prof. Wolfgang Rieth

Herrn Kanzler Walter Veigel

Herrn Prof. Klaus Ade

Herrn Dekan Prof. Dr. Ekkehard Bächle

Herrn Prof. Günther Becker

Herrn Prof. Dr. Arnd Diring

Herrn Prof. Dr. Helmut Erwe

Frau ROI'in Gottwald

Frau Prof. Dr. Kathrin Hänel

Herrn Prof. Dr. Volkmar Kese

Herrn Prof. Dieter Kies

Herrn Prof. Dr. Joachim Klink

Frau Prof.'in Dr. Eleonora Kohler-Gehrig

Herrn StOI Günter Lauer

Herrn Henning Rassi

Herrn Prof. Dr. Hans-Dieter Rath

Herrn Prof. Peter Raviol

Herrn Dekan Prof. Thomas Schad

Herrn Prof. Dr. Norbert Schäfer

Herrn Prof. Peter Schilling

Herrn Bibl. Dipl. Michael Söffge

Herrn Ulrich Track

Frau Prof. Ute Vondung

Herrn OAR Klaus Wendolsky

Herrn Prof. Eberhard Ziegler